Novemberrevolution: Die Kieler Matrosen gaben das Signal Seite 13

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 44, 3. November 1978 — 12. Jahrgang — 50 Pfennig

Untersuchungen am AKW Lingen

Erhöhte Krebsgefahr durch Atomkraftwerke

Das „Niedersächsische Ärzteblatt" berichtet in seiner jüngsten Ausgabe von Untersuchungen eines Bremer Instituts im Bereich des 1976 stillgelegten Atomkraftwerks Lingen. Dabei wurde eine ungewöhnlich hohe Anzahl von Erkrankungen an Leukämie (Blutkrebs), vor allem bei Kindern, festgestellt. Die Untersuchung hat weiter folgende alarmierende Tatsachen ergeben:

1. Nur 30 der festgestellten Erkrankungen traten vor 1968, dem Jahr der Inbetriebnahme des AKWs, auf. 2. Mehr als zwei Drittel der an Leukämie erkrankten Menschen lebten im Bereich nördlich und nordöstlich des Atomkraftwerks und damit, von Lingen aus gesehen, in der vorherrschenden Hauptwindrichtung. Aufgrund dieser Tatsachen kamen die Wissenschaftler zu der Auffassung, daß die Häufigkeit der Leukämiefälle auf die radioaktive Verseuchung der Luft durch das Atomkraftwerk zurückzuführen ist. Das „Ärzteblatt" berichtete auch von ähnlichen Untersuchungen in den USA, die ergeben haben, daß im Bereich des Atomreaktors in Big Rock Point am Michigansee die Leukämie um 400 Prozent und die Häufigkeit angeborener Mißbildungen um 230 Prozent über dem Durchschnitt des Staates Michigan liegt.

Das Bekanntwerden der Untersuchungen im Bereich des AKWs Lingen hat in der vergangenen Woche erhebliche Unruhe ausgelöst. Das niedersächsische Sozialministerium versuchte abzuwiegeln und auf eigene Erhebungen zu vertrösten. Aber ein Sprecher des Ministeriums räumte schließlich zynisch ein: „Grundsätzlich kann ein gewisses Risiko, in der Nähe eines Kernkraftwerks an Leukämie zu erkranken, nicht ausgeschlossen werden." So stellen sich die Herren das vor. Wir sollen einfach ein solches „gewisses Risiko" tragen.

Und es sind ja nicht nur die vielfältigen Gefahren für Leben und Gesundheit durch den Betrieb der Atomkraftwerke. Ebenfalls in der vergangenen Woche ergab eine ärztliche Untersuchung in Duisburg, daß auch hier die Werktätigen und ihre Kinder, die in der Nähe der großen Industriebetriebe leben, ein „gewisses Risiko" zu tragen haben. Kinder nämlich, die während der Schwangerschaft ihrer Mütter oder auch während der Geburt bleihaltiger Luft ausgesetzt waren, können wesentlich schlechter lernen als ihre Altersgenossen, die beispielsweise in den Villenvierteln am Stadtrand aufwachsen. Die Werktätigen aber, das haben zahlreiche Kämpfe der letzten Zeit gezeigt, sind nicht bereit, die zunehmende Vergiftung der Umwelt durch die kapitalistischen Konzerne hinzunehmen.

Berufsverbote in Hamburg

Zum Beispiel Sabine Dege

„Scharfer Linksdrall im Senat: In Hamburg können Kommunisten Lehrer werden" — so „Bild"-Hamburg am 27. 9. 1978. Schön wär's. Tatsächlich aber braucht man heutzutage in Hamburg noch nicht einmal Kommunist zu sein, um Berufsverbot zu bekommen.

Michael Jung beispielsweise, Diplom-Volkswirt und seit drei Jahren Mitglied der SPD, wurde bei der Deutschen Bundesbank in der Landeszentralbank Hamburg abgelehnt, weil er Mitglied des Sozialistischen Hochschulbundes und für Organe der Verfaßten Studentenschaft tätig war. Der Lehrer Karl-Heinz Kuke erhielt unter anderem deshalb Berufsverbot, weil er sich außer Dienst dafür aussprach, daß Lehrer im Unterricht gegen Atomkraftwerke Stellung nehmen können. „Ankündigung von Indoktrination" nannte der Hamburger Senat das. Und die Lehrerin Sabine Dege schließlich erhielt Berufsverbot, weil sie einen Kollegen im Kampf gegen sein Berufsverbot unterstützt und sich gegen das ihr drohende Berufsverbot gewehrt hat.

Amtlich wurde das Berufsverbot für Sabine Dege am 2. 10. 1978. Ihr oberster Dienstherr heißt Professor Joist Grolle. Der gleiche Professor Grolle, der für das Berufsverbot gegen Sabine Dege verantwortlich ist, erklärte am 25. 9. und am 5. 10. 78 auf den Personalversammlungen für Gymnasien und Gesamtschulen in Hamburg zu den Berufsverboten: „Ich halte die gegenwärtige Praxis für unerträglich." Und was die derzeit anhängigen Verfahren angehe, werde er, Grolle, „solange die Räder anhalten, bis eine neue Senatsvereinbarung getroffen ist". (Zitiert nach Hamburger Lehrerzeitung 13/78). **Im Fall Sabine Dege hätte er Gelegenheit gehabt, seinen Worten Taten folgen zu lassen, seine Glaubwürdigkeit unter Beweis zu stellen. Er nutzte sie nicht...**

(Interview mit Sabine Dege auf der Seite 6 dieser Ausgabe; Kommentar zu den Berufsverboten auf Seite 2).

Streikwelle in Frankreich und Italien

Die Kämpfe der Werktätigen in der EG gegen die Lohnraub- und Rationalisierungsfeldzüge der Kapitalisten und ihrer Regierungen haben in den letzten Wochen ein immer größeres Ausmaß angenommen. In Italien und Frankreich wird inzwischen schon von dem „heißen Herbst" gesprochen, vor dem sich die Herren seit langem fürchten.

Frankreich. Seit zwei Wochen liegen die Hafenbetriebe am Atlantik und am Mittelmeer fast vollständig still. Der Streik hatte begonnen, als eine große Reederei daran ging, Seeleute aus asiatischen Ländern zu Hungerlöhnen einzustellen. Für das gesamte Postwesen wurde in der vergangenen Woche der Generalstreik ausgerufen, um gegen die verschärfte Vernichtung von Arbeitsplätzen durch die Einführung neuer Techniken zu kämpfen. Im Ausstand standen weiter Tausende von Müllmännern und U-Bahn-Arbeitern in Paris, sowie Eisenbahner und die Angestellten der staatlichen Fernsehanstalt. Zu zahlreichen Warnstreiks und Protestdemonstrationen gegen Massenentlassungen kam es in der letzten Zeit vor allem in der Stahl- und Werftindustrie.

Italien. Seit vier Wochen dauert der Streik des Hilfspersonals in den Krankenhäusern für höhere Löhne und Verbesserungen des Gesundheitssystems an. Inzwischen hat die Regierung Militär in vielen Krankenhäusern eingesetzt. In Rom kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Streikenden und der Polizei. Auch die römischen Busfahrer, die Feuerwehrleute und etwa die Hälfte der Beschäftigten bei der Post waren oder sind noch im Ausstand. Streiks haben jetzt auch die Landarbeiter angekündigt. Ebenso wird mit Kampfaktionen in der Metallindustrie gerechnet. Fast alle diese Kämpfe in Italien werden von den revisionistischen und sozialdemokratischen Gewerkschaftsbonzen offen sabotiert.

Wußten Sie schon...?

...daß das Bahnfahren schon wieder teurer wird? Die Bundesbahn hat für das nächste Frühjahr eine Tariferhöhung von 3 Prozent im Personenverkehr angekündigt. Eine Zahl, die allerdings mit Vorsicht zu genießen ist. Denn auch in diesem Jahr war der Personentarif schon offiziell um 3 Prozent gestiegen. Tatsächlich sah es aber so aus, daß im Nahverkehr die Preiserhöhungen wesentlich drastischer waren und teilweise nicht 3, sondern 30 Prozent betrugen. Es ist zu erwarten, daß es im nächsten Jahr ähnlich sein wird, daß gerade die Werktätigen, die im Berufsverkehr auf die Bundesbahn angewiesen sind, verstärkt zur Kasse gebeten werden.

Mit Unterstützung deutscher Behörden

Großkundgebung türkischer Faschisten



2.000 Menschen demonstrierten in Dortmund gegen die Großkundgebung der türkischen Faschisten.

Am Wochenende veranstaltete die faschistische türkische „Nationale Bewegungs-Partei" (MHP), zu der auch die berüchtigte Terrororganisation „Graue Wölfe" gehört, in der Dortmunder Westfalenhalle und in Westberlin Großkundgebungen. Die Teilnehmer (in Dortmund waren es 10.000) waren aus ganz Westeuropa angereist. Auf beiden Kundgebungen trat der Chef der MHP, Alpaslan Türkes, als Hauptredner auf. Er ist für die Ermordung Tausender von Demokraten und Antifaschisten verantwortlich. In Dortmund kam es gegen diese unerhörte Provokation zu einer Gegendemonstration, an der sich rund 2.000 Antifaschisten, hauptsächlich türkische Arbeiter und Studenten, beteiligten.

Die MHP erklärt offen Hitler und die NSDAP zu ihrem Vorbild. Allein in diesem Jahr haben ihre Mordbanden in der Türkei mehrere hundert Menschen auf bestialische Weise umgebracht, teils durch bewaffnete Überfälle, teils durch Bombenanschläge auf Cafés, in denen Antifaschisten verkehren. Ziel der MHP ist es, den revolutionären Kampf des türkischen Volkes für Unabhängigkeit und Volksdemokratie aufzuhalten.

Auch in der Bundesrepublik und in Westberlin treiben die „Grauen Wölfe" mit zunehmender Dreistigkeit ihr Unwesen. So werden immer wieder antifaschistische türkische Arbeiter überfallen, unter anderem auch bei Streiks und Demonstrationen. Die deutschen Behörden und die Polizei decken diesen Terror mehr oder weniger offen. Die Stadt Dortmund hat der MHP die Westfalenhalle für ihre Kundgebung zur Verfügung gestellt. Die Gegendemonstration der Antifaschisten, zu der die ATIF (Föderation der Arbeiter aus der Türkei) und die ATÖF (Studentenföderation der Türkei) aufgerufen hatten, wurde von der Polizei zur Auflösung gezwungen, bevor sie die Westfalenhalle erreicht hatte.

Als Gott die soziale Marktwirtschaft schuf . . .

Sieben Jahre haben die Herren der „Christlich Demokratischen Union" an ihrem Grundsatzprogramm gebastelt, das jetzt auf dem CDU-Parteitag verabschiedet wurde. Es waren „sieben magere Jahre" der Opposition, und mager ist auch das Ergebnis. Das mußten selbst wohlwollende Pressekommentatoren feststellen. So lautet etwa der lapidare Kommentar des „Handelsblattes" zu diesem Programm: „Grundsätze muß man so hoch halten, daß man darunter hinwegschlüpfen kann."

In der Tat hielten die Herren der „Christlich Demokratischen Union" ihre Grundsätze sehr hoch, genau genommen hoben sie sie in den Himmel. Gleich zu Beginn des Grundsatzprogramms heißt es nämlich: „Die Politik der CDU beruht auf dem christlichen Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott." Gottgewollt ist für die CDU nach wie vor vor allem eines — die „soziale Marktwirtschaft", wie Ludwig Erhard 1949 den Kapitalismus taufte. Sie zu erhalten und zu verteidigen ist deshalb auch höchstes Gebot für die CDU.

Dabei kommen angesichts der seit Jahren anhaltenden Massenarbeitslosigkeit natürlich auch die Herren der CDU nicht darum herum, einige sozial klingende Sprüche von sich zu geben. So wurde etwa mit großem Tamtam die Frage der Arbeitszeitverkürzung aufs Tapet gebracht. Das Ergebnis dieser Debatte liest sich im Programm dann so: „Maßnahmen zur Arbeitszeitverkürzung müssen im Einklang mit dem wirtschaftlichen Wachstum und der Vollbeschäftigung stehen." Fürwahr eine wirklich „christliche" Formulierung — geprägt von Nächstenliebe zu den Unternehmern nämlich.

Der Kern der sozialen Demagogie und zugleich der Politik der CDU zeigte sich besonders deutlich an anderer Stelle. Dort, wo CDU-Funktionär Geißler erläuterte, was die CDU unter Solidarität versteht, nämlich „nicht den Aufruf im Kampf der Klassen, sondern die Aufforderung, füreinander einzustehen". Und zwar die Arbeiter und die anderen Werktätigen für die Unternehmer, versteht sich. Um zweifelsfrei klarzustellen, wie das gemeint ist, schaffte der CDU-Parteitag denn auch gleich den bisher auch von CDU-Politikern verwandten Begriff der „Chancengleichheit" ab und ersetzte ihn durch den Begriff der „Chancengerechtigkeit". Begründung: Die Menschen seien verschieden, und jeder müsse das ihm gemäße erhalten. Zum Beispiel könne es Chancengleichheit in der Schule nicht geben, weil die angeborenen Fähigkeiten der Menschen eben unterschiedlich seien. So gilt — laut Programm der CDU — in der „sozialen Marktwirtschaft" also wie zu Kaiser Wilhelms Zeiten: Die einen werden arm geboren und müssen arm bleiben, die anderen werden reich geboren und müssen reich bleiben! Dafür, daß das möglichst lange gilt, will die CDU mit ihrer „neuen Ordnungspolitik" sorgen: mit Berufsverboten, mit noch mehr Polizei, mit noch mehr Klassenjustiz!

So bestätigt dieser Parteitag erneut, daß die Werktätigen von dieser Partei nichts zu erwarten haben. Denn sie ist geblieben, was sie immer war — eine reaktionäre Partei des westdeutschen Monopolkapitals.

Es bleibt alles beim alten

„30 Jahre Bundesrepublik lehren", erklärte Herbert Mies, der alte und neue Vorsitzende der DKP auf dem Parteitag in Mannheim: „Der Krebsschaden in unserem Land war und ist die Herrschaft des Monopolkapitals." Sehr richtig. Und was folgt für Herbert Mies daraus? Etwa die Schlußfolgerung, daß es also höchste Zeit ist, die notwendige Operation vorzubereiten und für die Abschaffung, den Sturz der Herrschaft des Monopolkapitals zu kämpfen? Nein. Er fährt fort: „Was unser Volk also braucht, das ist die Zurückdrängung (!) der Monopolmacht... Das ist letztendlich der Sozialismus." Ein Sozialismus, der mit dem Krebsschaden des Kapitalismus behaftet ist? Einen solchen „Sozialismus" brauchen wir nicht. Den haben wir schon. In der DDR nämlich, wo hinter Mauer, Stacheldraht und Minengürtel die Werktätigen ausgebeutet und unterdrückt werden wie bei uns.

Der „Sozialismus", den die DKP verspricht, ist Betrug. Und wie sollte es auch anders sein, wenn die DKP einerseits den Sozialismus verspricht und andererseits gleich zu Beginn ihres neuen Programms verkündet, daß sie dafür „auf dem Boden des Grundgesetzes wirkt"? Denn auf dem Boden dieses Grundgesetzes läßt sich nur der Kapitalismus verwirklichen. Dafür wurde es geschaffen. Der Sozialismus läßt sich nur verwirklichen, wenn die Werktätigen in der gewaltsamen, proletarischen Revolution den imperialistischen Staat stürzen und auf seinen Trümmern die Diktatur des Proletariats errichten. Davon findet sich aber im neuen Programm der DKP kein Wort. Was den Verrat am Kommunismus angeht, bleibt alles beim alten.

Übrigens auch, was die Unterwürfigkeit gegenüber den heimlichen Parteivorsitzenden in Moskau angeht. Tosender Beifall belohnte Herbert Mies in Mannheim, als er verkündete, eher würden Rhein und Neckar bergauf fließen, als daß die DKP sich auf eine Position der „kritischen Solidarität" zu Moskau drängen lasse. Auch in Zukunft können die Herren in Moskau also auf die DKP als ihr treuestes Pferd im europäischen Revisionistenstall setzen.

Aus dem Inhalt

Reedereibelegschaft über Nacht entlassen	4
Konjunkturaufschwung auf dem Rücken der Arbeiter	5
Interview mit Sabine Dege	6
Neue antisemitische Vorfälle in der Bundeswehr	7
Professor Sigrist verurteilt	7
Volkskorrespondenzen	8
Oktober im Bild	9
Pekings Pakt mit dem japanischen Militarismus	10
Für die Festigung der Einheit der marxistisch-leninistischen Parteien	11
Programmentwurf der Revolutionären Landvolkbewegung erschienen	12
1918: Die Kieler Matrosen gaben das Signal	13
Helden des Volkes: Fiete Peter	14
Die Kurzgeschichte: Ludwik Turek, Funker Hein Briggs	14
Zum Brecht-Kolloquium in Frankfurt	15

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag ROTER MORGEN GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Postscheckkonto Nr. 79600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr.: 321 000 290 (Verlag Roter Morgen). Telefon: 0231/433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund, Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr wird mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Weg mit dem Radikalenerlaß!

Vor sieben Jahren waren sie vorn, als es um die Verschärfung der Bestimmungen für die Einstellung von Bewerbern in den öffentlichen Dienst ging. Denn bereits 1971 einigte sich der Hamburger Senat auf einen Beschluß, der ein Jahr später von der Ministerpräsidentenkonferenz der Länder übernommen wurde. Über 4.000 Lehrer und andere Bewerber für den öffentlichen Dienst erhielten seitdem aufgrund des berüchtigten Radikalenerlasses Berufsverbot. Jetzt sind sie wieder vorneweg, die Hamburger Senatoren. Bei Versprechungen über eine angebliche Liberalisierung dieses Radikalenerlasses nämlich.

Bereits in seiner Regierungserklärung im Juni verkündete Bürgermeister Klose: „Ich sage offen, daß wir die gegenwärtige Praxis so nicht weiterbetreiben können." Inzwischen, nachdem einige Monate ins Land gegangen sind, ist allerdings klar geworden, daß der Herr Senator keineswegs ehrlich meinte, was er so „offen" sagte. Denn auch nach dem Juni 1978 gab es in Hamburg Berufsverbote, und wer die inzwischen veröffentlichten Vorstellungen Kloses über die zukünftige Praxis bei der Einstellung von Bewerbern für den öffentlichen Dienst liest, der weiß, daß es sie auch in den nächsten Jahren in Hamburg sowie in den anderen Bundesländern geben soll.

Was sind denn die Neuerungen, die Klose will? Will er tatsächlich die Freiheit des weltanschaulichen Bekenntnisses und die Freiheit, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten, wie das Grundgesetz sie den Bürgern dieses Staates verspricht, für Lehrer, Bundesbahnbeamte usw. gelten lassen? Will er Schluß machen mit Überwachung, Bespitzelung und politisch begründeter Ablehnung von Bewerbern für den Staatsdienst? Keineswegs.

Die erste „Neuerung" Kloses lautet: „Der Staat hat von der Vermutung auszugehen, daß der einzelne Bewerber und der Angehörige des öffentlichen Dienstes die Gewähr der Verfassungstreue bietet." Das soll heißen, daß erstens nicht mehr wie heute üblich über ausnahmslos jeden Bewerber für den Staatsdienst eine Auskunft des Verfassungsschutzes angefordert werden soll und daß zweitens bei einem Berufsverbotsverfahren nicht mehr wie heute üblich der Bewerber seine **Treue** zum Staat, sondern der Staat die Untreue des Bewerbers nachweisen muß.

Dazu ist zunächst einmal festzustellen, daß diese „Neuerung" so neu nun auch wieder nicht ist. Denn sie galt bis 1976. Vor zwei Jahren erst wurde also die jetzige Regelung beschlossen. Im gleichen Jahr übrigens, als Kloses Parteifreund Willy Brand den Radikalenerlaß einen „großen Irrtum" nannte und Klose selbst mit fast den gleichen Worten wie heute beklagte, daß durch die Diskussion um den Radikalenerlaß das „politische und geistige Klima unserer jungen Demokratie leidet"! Warum Klose das jetzt wieder ändern will? Weil er sich davon „eine Entlastung der Verfassungsschutzämter, die durch die bisherige Regelung in ihren eigentlichen Aufgaben nachhaltig behindert würden" (FAZ vom 27.9.78) verspricht!

Der Verfassungsschutz soll also nicht weniger, sondern gezielter schnüffeln! Und zwar bei den Bewerbern, bei denen den Einstellungsbehörden bereits „Informationen über mangelnde Verfassungstreue des Bewerbers" vorliegen. Fragt sich nur: Wie kommen die Einstellungsbehörden an diese Informationen? Die Antwort liegt auf der Hand: Indem an den Hochschulen und in den Schulen das Bespitzelungswesen und das Denunziantentum verstärkt wird! Sollte Kloses „Neuerung" Wirklichkeit werden, dürfte das Klima an unseren Schulen und Hochschulen also keineswegs freier werden. Vielmehr besteht die Gefahr, daß es noch unfreier wird, als es heute schon ist.

Das hängt auch mit einer weiteren „Neuerung" Kloses zusammen, um die viel Wind gemacht wird, der Regelung nämlich, daß künftig niemand mehr allein aufgrund seiner Mitgliedschaft in einer sogenannten verfassungsfeindlichen Partei aus dem Staatsdienst ausgeschlossen werden kann, sondern nur aufgrund konkreter Taten gegen die sogenannte freiheitlich-demokratische Grundordnung.

Zunächst einmal gilt auch hier, daß die „Neuerung" so neu nicht ist. Denn ähnlich entschied 1976 bereits das Bundesverfassungsgericht. Was allerdings nichts daran änderte, daß auch seitdem Lehrer Berufsverbote oder Berufsverbotsverfahren bekamen, weil sie linke oder kommunistische Veranstaltungen oder Demonstrationen besucht oder auch nur ihr Auto in der Nähe solcher Veranstaltungen geparkt hatten. Das entscheidende ist eben: Was wird unter „Taten gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung" verstanden?

Dazu Klose in einem Interview mit der „Frankfurter Rundschau" am 30.9.: „Parteipropaganda und Indoktrinationsversuche eines Lehramtsanwärters etwa wären eine Verletzung seiner Dienstpflichten, die zur Ablehnung führen könnten." Das aber ist eine der berüchtigten Gummiformulierungen, unter die man im Notfall alles packen kann, was mit den Richtlinien der Schulbehörden für den Unterricht nicht übereinstimmt! Und tatsächlich wurde in Hamburg auch bereits verwaltungsgerichtlich festgestellt, daß das Tragen von Anti-AKW-Plaketten „Indoktrination" und deshalb verboten sei. Genauso wie es in Hamburg auch verboten ist, als Lehrer im Unterricht etwas gegen den Bau von Atomkraftwerken zu sagen.

Während Klose also scheinbar verspricht, daß man auch als Kommunist in Zukunft Lehrer werden darf, ist es in Wirklichkeit so, daß man noch nicht einmal Kommunist zu sein braucht, um Berufsverbot zu bekommen. Es reicht, wenn man ein ehrlicher Demokrat und Antifaschist ist.

Senator Klose und seine Mitstreiter für die Neuregelung des Radikalenerlasses haben oft genug erklärt, warum sie diese — und vor allem ihre demagogischen Sprüche — für nötig halten: Weil sie die Wogen der Empörung im In- und Ausland über die Berufsverbotte glätten wollen, weil sie dem wachsenden Mißtrauen gegen diese angeblich so freiheitliche und demokratische Ordnung begegnen wollen. Diesen Zweck der Übung allerdings haben sie — und das läßt sich bereits heute sagen, wo die Neuregelung noch nicht einmal unter Dach und Fach ist — gründlich verfehlt. Im Gegenteil. Der eklatante Widerspruch zwischen den demokratischen Versprechungen und der reaktionären Praxis empört Lehrer, Studenten, Schüler und Eltern noch mehr. Immer lauter wird der Ruf nach Taten, nach der vollständigen Abschaffung des Radikalenerlasses und jeglicher politischen Überwachung und Bespitzelung. Die Forderungen heißen:

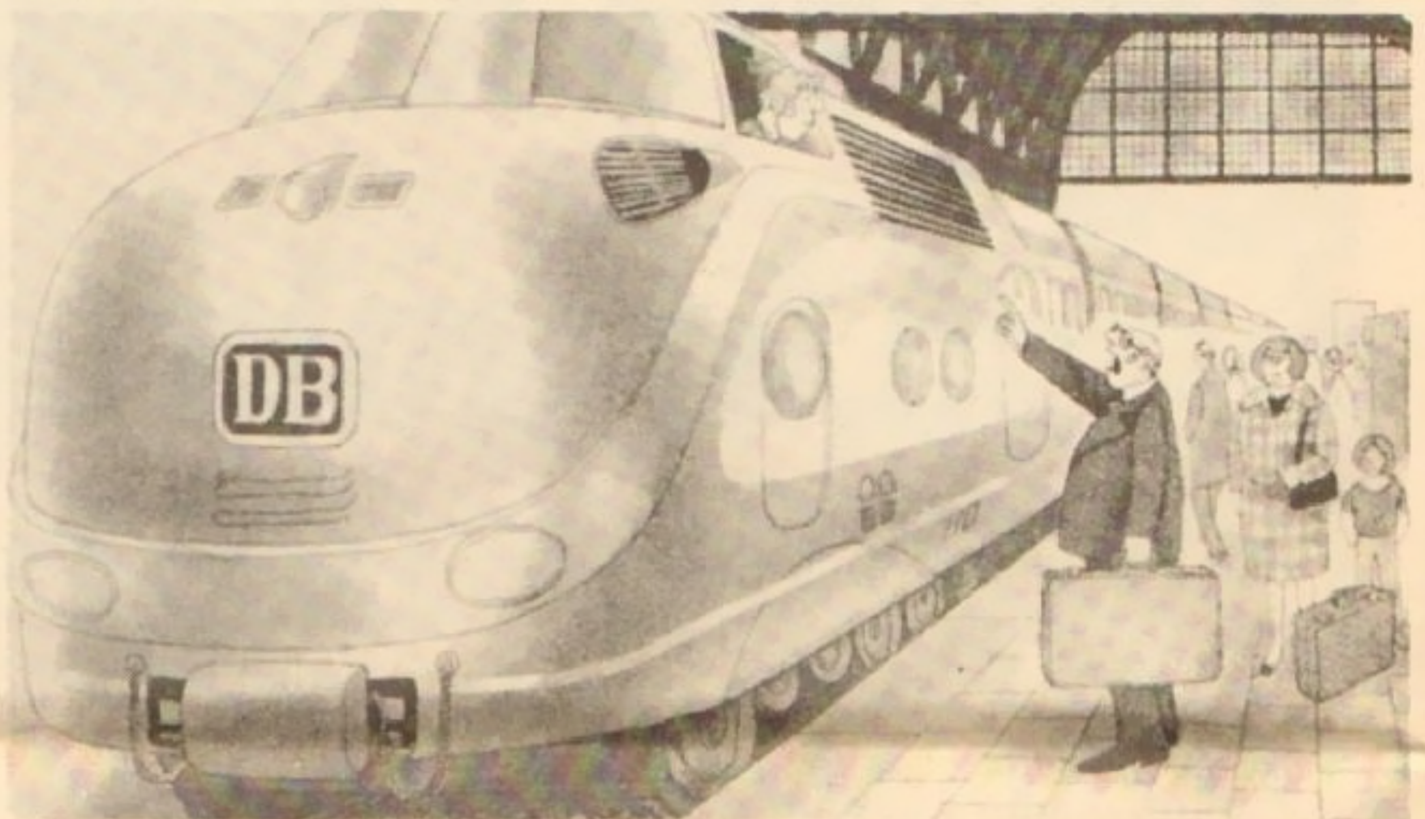
Ersatzlose Streichung des Radikalenerlasses und aller entsprechenden Länderrichtlinien!

Sofortige Einstellung aller Berufsverbotsverfahren!

Einstellung aller Lehrer, die von Berufsverbot oder von Berufsverbotsverfahren betroffen sind!

Weg mit dem Berufsverbot!

Für freie politische Betätigung in Schule, Gewerkschaft und Betrieb!



„Sind Sie Kommunist?"

Offen gesagt . . .

Der Preisträger

Der diesjährige Friedensnobelpreis ist an einen namhaften Terroristen gefallen. Sein Name ist Menachim Begin. Der Preisträger steht seit seiner Jugend in den vierziger Jahren aktiv in der terroristischen Bewegung. Als Gründer und Führer der „Irgun"-Bande wurde er berühmt durch den Bombenanschlag auf das King-David-Hotel in Jerusalem. Zahlreiche Menschen, vor allem britische Staatsbürger, fanden dabei den Tod. Der Preisträger war auch der Organisator des Massakers von Deir Yassin, bei dem 250 Palästinenser, in erster Linie Frauen und Kinder, zusammengetrieben und erschossen wurden. Er zeichnet sich durch ein festes Bekenntnis zu seinen Taten aus. „Das Massaker", so schrieb er in seiner Biographie, „war nicht nur gerechtfertigt, sondern es würde auch ohne den ‚Sieg' von Deir Yassin keinen Staat Israel geben."

Der Träger des diesjährigen Friedensnobelpreises trat noch mit einer Reihe ähnlicher Anschläge hervor. Er gilt auch als einer der Erfinder der sogenannten Briefbomben. Später als Ministerpräsident Israels konnte er seine terroristische Tätigkeit erheblich ausweiten. Dazu rechnen ungezählte Bombenangriffe auf palästinensische Flüchtlingslager, militärische Überfälle auf den südlichen Libanon usw. Der Preisträger hat dabei als erster ausländischer Terrorist die von den Amerikanern entwickelte und über Vietnam abgeworfene Splitterbombe eingesetzt, die besonders verheerende Wirkungen unter der Zivilbevölkerung zeigt. (Für den amerikanischen Überfall auf Vietnam wurde schon der ehemalige Minister Kissinger mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.)

Begin, der diesjährige Preisträger, zeigte sich bewegt über die Ehrung. Er selbst, wie auch sein getreuer Helfer Sadat, der ebenfalls ausgezeichnet wurde, machten deutlich, daß die eigentliche Ehre dem amerikanischen Präsidenten Carter gebühre. Merkwürdigerweise war der Chef des Weißen Hauses jedoch nicht in die engere Wahl gezogen worden. Ebensowenig übrigens wie Leonid Breschnew, der sich gleichfalls um den Frieden im Nahen Osten und in der Welt verdient gemacht hat. Breschnew war schon nach dem russischen Einmarsch in die Tschechoslowakei leer ausgegangen. Wie aus Stockholm zu erfahren war, ist auch im nächsten Jahr nicht mit einer Verleihung des Nobelpreises an Carter oder Breschnew selbst zu rechnen. Als aussichtsreichste Kandidaten gelten wieder sogenannte Stellvertreter. Dabei wurden folgende Namen genannt: der chilenische Staatschef Pinochet, der tschechoslowakische Parteiführer Husak und der Schah von Persien.



Interview mit einem türkischen Arbeiter

„Behandelt wie die Sklaven . . ."

Wie sieht in der Bundesrepublik die Behandlung der ausländischen Arbeiter und ihrer Familien durch die Kapitalisten und die Regierung aus? Was sind ihre brennendsten Probleme und Nöte? Vor kurzem besuchten wir eine türkische Arbeiterfamilie in Hohensyburg bei Dortmund. Dabei entstand das folgende Interview mit dem Metallarbeiter Mehmet Deniz*.

RM: Wann bist du nach Deutschland gekommen?

Mehmet: Ich bin 1972 nach Deutschland gekommen. Drei Jahre später kam erst meine Familie nach, also meine Frau und unsere drei Kinder. In den ersten drei Jahren habe ich allein gelebt.

RM: Hattest du bei deiner Übersiedlung schon einen Arbeitsvertrag?

Mehmet: Ja. Ich bin mit einem Arbeitsvertrag von einer Firma hergekommen, der mich verpflichtete, ein Jahr bei dieser Firma zu arbeiten. Außerdem wohnte ich in einem Wohnheim dieser Firma. Das war im Vertrag so festgelegt.

RM: Was kannst du uns über diese Firma berichten?

Mehmet: Meine erste Firma war eine Gießerei. Wir sind ohne Geld nach Deutschland gekommen. Die Firma hat uns nur 70 Mark Vorschuß für den kommenden Monat gegeben. Von diesen 70 Mark mußten wir unter anderem auch die notwendigsten Dinge wie Geschirr usw. kaufen. In den Zimmern, in denen wir einzogen, war nur ein Bett. Sonst war da nichts. Deshalb mußten wir von den anderen Kollegen, die wir überhaupt noch nicht kannten, Geld leihen.

RM: Was habt ihr bei dieser Firma für einen Lohn bekommen?

Mehmet: Als wir anfingen, haben wir 5,70 Mark Stundenlohn bekommen. In der Türkei, beim Abschluß des Vertrages, hatte man uns versprochen, daß uns am Anfang noch etwas leichtere und einfachere Arbeit zugeteilt wird, bis wir uns eingearbeitet haben, und daß wir nur in dieser Zeit 5,70 Mark bekommen, später aber dann einen besseren Lohn. Aber die Wirklichkeit war dann ganz anders. Schon nach zwei Tagen wurden wir zu schwerster Arbeit in der Gießerei gezwungen. Eigentlich braucht man mindestens zwei Monate, um diese Arbeit zu lernen. Und obwohl wir also nun die gleiche Arbeit wie die anderen machen mußten, haben wir ein Jahr lang nur 5,70 Mark Stundenloan bekommen.

RM: Man hat euch also schlechter behandelt als die anderen Arbeiter?

Mehmet: Ich muß sagen, daß man uns Ausländer wie die Sklaven behandelt. Von Anfang an mußten wir ja die schwerste Arbeit machen. Es waren in dieser Abteilung auch deutsche Kollegen beschäftigt. Aber sie waren schon seit Jahren hier und waren an diese Arbeit gewöhnt. Unsere Aufgabe war es, sehr heiße Eisen vom Ofen zu holen und auf eine Art Fließband zu stellen. Jedesmal, wenn ich anfassen mußte, mußte ich die Handschuhe vorher in Wasser tauchen. Trotzdem habe ich mir die Hände verbrannt. Da habe ich gesagt: „Ich kann das nicht mehr machen", und habe die Handschuhe weggeschmissen. Ich habe gesagt: „Ich möchte meinen Vertrag auflösen." Aber die Firma zwang uns, weiterhin diese Arbeit zu machen. Sie sagten: „Wenn du das nicht mehr machst, dann mußt du zurück in die Türkei."

RM: Hat der Betriebsrat sich nicht für euch eingesetzt?

Mehmet: Nein. Der Betriebsrat hat sich auf die Seite der Unternehmer gestellt. Die Unternehmer haben uns auf verschiedene Weise betrogen, ohne daß der Betriebsrat oder die Gewerkschaft etwas dagegen unternommen haben. Zum Beispiel hatten wir eine Pause, die uns vom Lohn abgezogen wurde. Aber während der Pause lief das Band weiter. Da haben dann immer drei Mann Pause gemacht, und die drei anderen mußten in dieser Zeit für sechs arbeiten. Trotzdem wurde die Pause vom Lohn abgezogen.

RM: Ihr habt sicherlich am Anfang auch große Schwierigkeiten gehabt, weil ihr überhaupt noch kein Deutsch konntet?

Mehmet: Ja, natürlich. Zum Beispiel hat man uns mit dem Lohn betrogen. Einmal erhielten am Monatsende einige Kollegen, darunter ich, nur 900 Mark. Das war zu wenig. Deshalb gingen wir ins Lohnbüro und beschwerten uns. Wir wurden da aber nur beschimpft, weil wir so schlecht deutsch konnten. Es war zwar ein türkischer Dolmetscher da. Aber der wird gut bezahlt und arbeitet mit den Kapitalisten zusammen. Wir konnten uns praktisch nicht wehren. Wir hatten wegen unserer Sprachschwierigkeiten ja auch nicht das nötige Wissen. Wir kannten die Gesetze nicht und wußten nicht, wie wir zu unserem Recht kommen konnten.

RM: Wie waren denn die Verhältnisse in dem Wohnheim der Firma?

Mehmet: In der Regel stand pro Person ein Wohnraum von drei Quadratmetern zur Verfügung. Wir waren 15 Mann in einem Gebäude. Was heißt Gebäude? Das waren Baracken, die provisorisch aus Holz gebaut waren. Und obwohl in einer Baracke 15 Personen wohnten, die alle in der gleichen Schicht arbeiteten, gab es nur einen Herd und nur ein Spülbecken. Duschgelegenheiten gab es überhaupt nicht. In die Einzelzimmer paßte gerade ein Bett und ein kleiner Schrank. Könnt ihr euch das vorstellen: 15 Personen auf einen Herd und ein Waschbecken? Morgens mußte man sich anstellen, um auf die Toilette zu gehen. Tee für alle zu kochen — das war morgens gar nicht möglich. Die Miete, die wir der Firma für diese menschenunwürdigen Unterkünfte zahlen mußten, betrug monatlich 80 Mark pro Person. Übrigens wurden wir in den Baracken auch politisch bespitzelt. Der Drahtzieher dabei war der Dolmetscher, der ein Faschist war. Er sorgte dafür, daß die politischen Diskussionen der Kollegen der Firmenleitung berichtet wurden. Und die Kollegen, die dadurch als Antifaschisten bekannt wurden, erhielten dann immer Druck von den Bossen.

RM: Wie lange warst du bei dieser Firma?

Mehmet: Ein Jahr. Solange war ich durch den Vertrag gebunden. In dieser Zeit erhielt ich nur 5,70 Mark Stundenlohn. Als das Jahr um war, wollte ich kündigen. Man holte mich deshalb ins Personalbüro. Auch der Betriebsrat war anwesend. Weil ich inzwischen bei der Arbeit einiges gelernt hatte und hart arbeiten konnte, wollte man mich aber nicht gehen lassen. Sie sagten: „Wenn du bleibst, bekommst du 6 Mark Stundenlohn." Ich sagte nein. Da boten sie 7 Mark, dann 7,50 Mark und zuletzt sogar 9 Mark. Ich lehnte aber ab. Sie sagten übrigens, ich dürfe den anderen natürlich nichts sagen, falls ich mehr verdienen würde. Da kann man sich vorstellen, wie stark unterbezahlt wir in dieser Firma waren. Ich sagte ihnen: „Da sieht man ja die Ungerechtigkeit, die hier herrscht."

RM: Warum hast du deine Familie erst nach drei Jahren nachkommen lassen?

Mehmet: Anfangs hatte ich mir vorgestellt, daß ich ein paar Jahre lang Geld spare und dann wieder in die Türkei zu meiner Familie zurückkehre. Aber das war ein Traum. Das Geld reicht bei dem teuren Leben nicht aus, um groß zu sparen. Aber in der Türkei ist die Arbeitslosigkeit noch viel schlimmer als hier. So habe ich mich nach drei Jahren entschlossen, hierzubleiben und meine Familie nachkommen zu lassen.

RM: Was ist dein jetziger Lohn? Wie kommt ihr als fünfköpfige Familie damit zurecht?

Mehmet: Netto komme ich auf 1.200 Mark. Die Miete kostet 160 Mark, und dazu kommen die Nebenkosten und die Heizkosten. Wir haben nur einen Kohleofen. Die Wohnung ist zu klein für unsere Familie. Zwei Zimmer und Küche. Bad gibt es nicht. Es ist eine Mansardenwohnung. Eine teure Wohnung können wir uns nicht leisten. Außerdem ist es für uns als Ausländer sehr schwer, überhaupt eine vernünftige Wohnung zu bekommen. Diese Wohnung habe ich nach jahrelangem Warten von der Firma bekommen. Sie gehört der Firma. Die Firma bezahlt einen niedrigen Lohn und kassiert für diese schlechte Wohnung noch viel Miete. Wir müssen uns überall einschränken. Beim Essen, bei der Kleidung und bei allem. Sparen können wir nichts. Außerdem haben wir noch Schulden. Für die Kinder ist es sehr schlecht. Sie gehen in die Schule und müssen Hausaufgaben machen. In der Küche ist nicht geheizt.

RM: Habt ihr versucht, eine bessere Wohnung zu bekommen?

Mehmet: Ich habe beim Wohnungsamt in Hagen eine Wohnung beantragt. Zweieinhalb Jahre später meldete sich das Wohnungsamt dann erstmals wieder mit der Frage, ob ich immer noch eine Wohnung suche. Bis heute habe ich keine Wohnung angeboten bekommen. Ich habe es auch mit Annoncen versucht. Aber die erste Frage der Vermieter ist immer: „Sie sind Ausländer, haben Sie Kinder?" Dann weiß man gleich, daß man abgewiesen wird. Bevor wir diese Werkswohnung in Hohensyburg bekamen, wohnten wir übrigens in Hagen. Da hatte ich einen Fahrtweg von dreieinhalb Stunden zur Arbeit, denn wir haben kein Auto. Damals mußte ich zudem jeden Tag zwölf Stunden arbeiten.

RM: Hat deine Frau versucht, Arbeit zu bekommen?

Mehmet: Ja. Sie hatte sogar etwas gefunden. Aber da wurde nichts draus, denn nach den Gesetzen erhält sie keine Arbeitserlaubnis. Wegen der Arbeitslosigkeit erhielten Familienangehörige, die nach dem 31. 12. 74 nach Deutschland nachgezogen sind, keine Arbeitserlaubnis.

RM: Welche Probleme haben die Kinder mit der Schule?

Mehmet: Die Probleme mit den Kindern sind noch größer als die Probleme, die ich auf der Arbeit habe. Ich habe zwei Töchter und einen Jungen. Die beiden Mädchen wären, als sie nach Deutschland kamen, normalerweise in die vierte bzw. fünfte Klasse gekommen. Beide wurden aber erst einmal um ein Jahr zurückgesetzt, und zwar in Vorbereitungsklassen mit türkischem Unterricht. Als die Große dann in die deutsche Hauptschule kam, wurde sie noch einmal zwei Jahre zurückgesetzt. Sie hat also drei Jahre verloren. Das hängt einerseits mit den Schulgesetzen zusammen, andererseits aber damit, daß der türkische Lehrer in der Vorbereitungsklasse ein Faschist war. Er wußte, daß ich ein Antifaschist bin. Unsere Kleine mußte dann in der Hauptschule auch wieder eine Klasse wiederholen.

RM: Der Bonner Staat tut offensichtlich nicht das geringste, damit die Kinder der ausländischen Arbeiter wirklich etwas lernen können?

Mehmet: Nicht nur wir ausländischen Arbeiter werden von der deutschen Bourgeoisie doppelt unterdrückt. Auch unsere Kinder. Unsere Kinder können hier weder die türkische noch die deutsche Sprache richtig lernen. Wir haben jetzt schon große Angst um unsere Kinder. Wenn es so weitergeht, können sie nicht richtig lernen, und sie werden auch keine Berufsausbildung bekommen. Wir sind für die deutschen Kapitalisten eine Reserve, die sie einsetzen und wieder rausjagen können, wie es ihnen paßt.

RM: Du bist in einem türkischen Arbeiterverein organisiert?

Mehmet: Ja. Wir müssen den Klassenkampf führen, weil wir unterdrückt werden. Das weiß die Polizei, und das wissen die Ausländerbehörden. Deshalb haben sie ihre Gesetze, nach denen sie jeden Ausländer abschieben können, der sich politisch betätigt und am Kampf für unsere Rechte teilnimmt. Die deutschen Behörden arbeiten beispielsweise auch mit den türkischen Faschisten, den Terrorbanden „Graue Wölfe", zusammen und unterstützen sie. Aber wir kämpfen trotzdem. Die Kapitalisten betreiben Spaltung zwischen uns ausländischen und den deutschen Arbeitern. Zum Beispiel geben sie den deutschen Arbeitern etwas bessere Arbeit, damit sie denken: „Uns geht es ja besser." Wir müssen diese Spaltung überwinden und gemeinsam gegen unsere Ausbeuter und Unterdrücker kämpfen.

*) Der Name des Kollegen wurde von der Redaktion geändert.

Man nennt sie „Gastarbeiter" . . .

Offiziell nennt man sie Gastarbeiter. Aber behandelt man Gäste wie Sklaven? In der Regel sind sie dazu verdammt, die schwersten, schmutzigsten und gesundheitsschädlichsten Arbeiten zu übernehmen. Und das zu den niedrigsten Löhnen. Sie gehören zweifellos zu jenen Teilen des Proletariats, die am hemmungslosesten ausgebeutet und am brutalsten unterdrückt werden.

Politisch sind sie fast völlig entrechtet. Die reaktionären Ausländergesetze liefern sie der Willkür der Unternehmer und der Staatsmacht aus. Aller Abschaum der sogenannten freien Marktwirtschaft — ob die profitgierigen Monopolherren, ob gewissenlose Mietwucherer, kriminelle Subunternehmer oder was auch immer an skrupellosen Halsabschneidern unsere Umwelt verpestet — fällt über sie her, um sich an ihnen zu mästen. Ihre nationalen Besonderheiten und kulturellen Werte und Sitten werden mit Füßen getreten. Die reaktionäre Schmutzpresse — die „Bild"-Zeitung voran — verhöhnt sie und versucht, in der deutschen Bevölkerung rassistische Vorurteile, chauvinistische Gefühle und Verachtung gegen sie zu züchten.

Die deutschen Kapitalisten haben sie — unter Ausnutzung des Elends in ihren Heimatländern — hierher geholt, um Extraprofite aus ihnen herauszupressen. Gleichzeitig wollen diese Ausbeuter sie mißbrauchen, um Spaltung und Zwietracht in den Reihen der Arbeiterklasse zu schüren. Man will sie als Hebel zum Drücken der Löhne ausnutzen, als zusätzliche Heerschar der Reservearmee an Arbeitskräften, um stärkeren Druck auf die gesamte Arbeiterklasse ausüben zu können. Seit dem Beginn der Wirtschaftskrise wurden Hunderttausende ausländischer Arbeiter in ihre Heimatländer zurückgejagt, wo die Arbeitslosigkeit noch schlimmer ist als hierzulande, nach dem Motto: „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen." Gleichzeitig wurde für alle Familienangehörigen, die seit dem 30. November 1974 in die Bundesrepublik nachzogen, ein generelles Arbeitsverbot erlassen. Inzwischen wurde der Stichtag diesbezüglich auf den 31. Dezember 77 verlegt. Die Jugendlichen dürfen in der Regel weder arbeiten noch eine Lehrstelle antreten. Der Staat tut nicht nur nichts, um den Kindern der ausländischen Kollegen zu helfen, die Sprachschwierigkeiten zu bewältigen, damit sie eine vernünftige Schulbildung erhalten. Er verhindert dies geradezu systematisch und zwingt sie dazu, Analphabeten in zwei Sprachen zu werden. Planmäßig wird dafür gesorgt, daß dieser Arbeiterjugend jede berufliche Existenz, jede Zukunftsperspektive versperrt und abgeschnitten wird. Der Bonner Staat versucht zu verhindern, daß die Kinder und Frauen der ausländischen Kollegen überhaupt nach Deutschland nachkommen. So leben über eine Million der Kinder unserer „Gastarbeiter" noch in den Herkunftsländern. Genau besehen wollen die westdeutschen Kapitalisten und ihr Bonner Staat den ausländischen Arbeitern nur eine Existenz als nackte Arbeitskraft zubilligen. Alles andere bedeutet für die Ausbeuter unnötige „Unkosten". Man will den Kollegen nicht einmal das elementare menschliche Recht zugestehen, eine Familie zu haben, Kinder zu zeugen und großzuziehen.

Können wir deutschen Arbeiter mit Erfolg gegen die Angriffe der Kapitalisten und der Regierung auf unsere Interessen kämpfen, können wir uns gegen den Rationalisierungsterror, die Entlassungsfeldzüge, gegen den Abbau unserer Reallöhne wehren, ohne uns mit unseren ausländischen Klassenbrüdern zu vereinen, ohne solidarisch an ihrer Seite zu stehen? Nein! Wer im Stich läßt seinesgleichen, läßt ja nur sich selbst im Stich. Einigkeit macht stark! Noch weniger können wir jemals Freiheit und Gerechtigkeit erkämpfen, die Lohnsklaverei von uns abschütteln, ohne daß wir auch für die Rechte unserer ausländischen Arbeitskollegen eintreten und auch in diesem Sinn für Gerechtigkeit und Gleichheit kämpfen. Das muß jeder klassenbewußte Arbeiter beherzigen. Kämpfen wir gegen die besondere Ausbeutung und Unterdrückung unserer ausländischen Klassenbrüder! Egal ob sie aus der Türkei, aus Jugoslawien, aus Griechenland oder woher auch immer stammen. Unsere Losung muß sein: Ausländische und deutsche Arbeiter — eine Kampffront — eine Klasse!

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Duisburger Kupferhütte wird verkauft

Die Duisburger Kupferhütte, die bereits seit 102 Jahren existiert, soll jetzt verkauft werden. Während des Krieges gehörte sie zur IG Farbenindustrie AG, dem großen Chemietrust, der zu den aggressivsten Kriegsbrandstiftern des deutschen Monopolkapitals zählte. Jetzt sind die Chemie-Riesen BASF, Bayer und Hoechst mit jeweils 31,45 Prozent an der Hütte beteiligt. Nach bisher unbestätigten Berichten soll die Hütte nun in den Besitz der britischen Rio Tinto Zinc Corp. London übergehen, die zu den größten NE-Metall-Erzeugern der Welt gehört. Angeblich wird die Belegschaft von den künftigen Eigentümern übernommen. Die Kollegen müssen jedoch auf der Hut sein, denn mit Sicherheit wird dieser Besitzwechsel mit einem brutalen Rationalisierungfeldzug einhergehen.

Klöcknerhütte: Arbeitsgerichtsprozeß wegen Überstunden

In ihrem Kampf gegen die von den Klöcknerbossen angekündigte Entlassung von 700 Belegschaftsmitgliedern hatten die Stahlwerker die Forderung an den Betriebsrat gestellt: Keinen Überstunden darf mehr zugestimmt werden. Auch der Vertrauensleutekörper hat diese Forderung unterstützt. So sah sich der Betriebsrat gezwungen, seine Zustimmung zu beantragten Überstunden zu verweigern. Trotzdem ordnete die Werksleitung 20.000 Überstunden für den September an. Jetzt kam es deshalb zu einem Arbeitsgerichtsprozeß, bei dem das Gericht entschied: Ohne Zustimmung des Betriebsrats darf die Klöckner-Werke AG Hütte Bremen ab sofort keine Überstunden mehr anordnen.

Streik bei den britischen Ford-Werken — Ford-Bosse wollen im Werk Saarlouis Kurzarbeit verfahren

Seit über vier Wochen dauert inzwischen der Streik bei den britischen Fordwerken an. Die 57.000 Fordarbeiter kämpfen für eine 25prozentige Lohnerhöhung und gegen das von der britischen Regierung festgesetzte Lohnlimit von maximal 5 Prozent. Jetzt wollen die Konzernbosse die Fordbelegschaften in anderen Ländern für diesen gerechten Kampf der britischen Kollegen büßen lassen. Mit der Begründung, die Vorräte an Motoren, Kühlern und Instrumentenbrettern, die aus England geliefert werden, gingen zur Neige, wollen sie 6.000 Kollegen im Saarlouiser Werk (Saarland) zu Kurzarbeit zwingen. Die richtige Antwort der IGM-Bonzen auf diese Provokation der Fordbosse hätte lauten müssen: Ausrufung des Solidaritätsstreiks. Aber die Gewerkschaftsbonzen halten nichts von der Einheit und internationalen Solidarität der Arbeiterklasse. Der Betriebsrat hat statt dessen in einer Betriebsvereinbarung der Kurzarbeit zugestimmt und zudem noch nicht einmal auf einem vollen Lohnausgleich bestanden. Die Fordkapitalisten haben inzwischen gedroht, wenn der Streik in den britischen Fordwerken andauert, muß auch im Kölner Werk kurzgearbeitet werden.

Kurzarbeit bei HDW Hamburg

In den Hamburger Betriebsstätten der Howaldtswerke Deutsche Werft AG (HDW) sollen 1.500 Kollegen von den rund 5.000 Beschäftigten vom 1. November an für sechs Monate kurzarbeiten. Betroffen sind etwa ein Drittel aller Kollegen, die in den Hauptarbeitsbereichen Schiffsreparatur, Stahlschiffbau, Maschinenbau und Bordmontage beschäftigt sind. Der Betriebsrat hat der Kurzarbeit zugestimmt. Bereits vom 1. März bis 31. Juli ist bei HDW-Hamburg Kurzarbeit verfahren worden. Damals waren 2.800 Kollegen betroffen. HDW hat angekündigt, in Hamburg 1.500 Kollegen und in den Kieler Werken 500 Kollegen zu entlassen. Im übrigen werden die Arbeiter bei HDW immer wieder zu Überstunden gezwungen. Kurzarbeit, Überstunden, Massenentlassungen — mit allen Mitteln wälzen die Bosse die wirtschaftlichen Lasten der Überproduktionskrise in der Schiffbauindustrie auf die Belegschaften ab und machen gleichzeitig Rekordprofite. Im vergangenen Geschäftsjahr belief sich der ausgewiesene Nettogewinn bei HDW auf 255,8 Millionen Mark. HDW befindet sich übrigens in staatlichem Besitz.

Über 60.000 Schichtarbeiter im Saarland

Eine Untersuchung, die von der Fachhochschule und der Arbeitskammer in Saarbrücken durchgeführt wurde, ergab jetzt, daß weit mehr Arbeiter als bisher angenommen im Saarland den schweren Belastungen durch Nacht- und Wechselschicht unterworfen sind. Bislang war immer von 23.000 im Saarland die Rede. Jetzt stellte sich heraus, daß es allein in den Industriebetrieben mit über 500 Beschäftigten 60.000 sind. Die Gesamtzahl muß aber noch erheblich höher angesetzt werden. Die öffentlichen und privaten Dienstleistungsbetriebe waren in die Untersuchung überhaupt nicht einbezogen. Nach der Untersuchung ist von den Arbeitern und Angestellten jeder zweite in Nacht- oder Wechselschicht tätig. Mehr als jeder dritte ist im Dreischichtwechsel und somit auch in Nachtschichten tätig. Da aber unter den Arbeitern gegenüber den Angestellten der Anteil der Dreischichtbeschäftigten ungleich größer ist, muß davon ausgegangen werden, daß mindestens jeder zweite Arbeiter im Saarland Nachtschichten machen muß.

Die Nachtschicht ist bekanntlich in hohem Maße gesundheitszerrüttend. Alle Nachtschichtarbeiter leiden mit der Zeit an Kreislaufstörungen, Magengeschwüren oder anderen chronischen Krankheiten. Wer längere Zeit Nachtschichten bzw. Wechselschicht machen muß, stirbt früher. Die Kapitalisten aber machen durch Nachtschicht höheren Profit. Es liegt auf der Hand, daß teure Maschinen und Produktionsanlagen sich mehr auszahlen, wenn sie ständig in Betrieb sind und damit optimal ausgenutzt werden. Und Profit rangiert im Kapitalismus bekanntlich vor der Gesundheit des arbeitenden Menschen. Das Saarland ist übrigens auch das Bundesland mit der höchsten Arbeitslosenquote. Sie liegt gegenwärtig bei ca. 8 Prozent.

10 Prozent Lohnerhöhung für Spitzenbeamte

Der nordrhein-westfälische Innenminister Hirsch hat dem Landtag einen Entwurf vorgelegt, nach dem die Oberstadt- und Oberkreisdirektoren, die zwischen 5.000 und 10.000 Mark verdienen, Gehaltserhöhungen bis zu zehn Prozent erhalten können. In der höchsten Besoldungsgruppe würden dann statt bisher 10.082,71 DM immerhin 10.922,67 DM monatlich bezahlt. Unter diesen Umständen ist es für die Stahlarbeiter sicherlich leichter, sich mit der Miniforderung der IGM-Führung von fünf Prozent bei der jetzigen Lohnrunde zu befreunden. Wenn schon derartige Lohnerhöhungen für die Staatsbonzen aufgebracht werden müssen, dann müssen ja wenigstens die Arbeiter ihren Gürtel enger schnallen. Wo kämen wir denn sonst hin?!

Reedereibelegschaft über Nacht entlassen

Von heute auf morgen hat der Hamburger Reeder Willy Bruns, bekannt als der deutsche „Bananenkönig", die Besatzungen seiner Kühlschiff-Flotte (mit sechs Schnellfrachtern die zweitgrößte der Bundesrepublik) auf die Straße geworfen. 254 Seeleute und 18 Kontorangestellte verlieren über Nacht ihre Existenzgrundlage.



Proteste der Seeleute gegen die Reeder

Mitte Oktober hat Bruns seine Flotte an den USA-Konzern „Standard Fruit" verkauft. Der Hamburger „Tägliche Hafenbericht" nennt als Verkaufssumme 40 Millionen US-Dollar. Die Belegschaft der Bruns-Flotte sieht von diesem Geld keinen Pfennig. Einen Sozialplan gibt es nicht. Selbst Kollegen, die lange Jahre die Knochen für Bruns hingehalten haben, wie zum Beispiel der 57 Jahre alte Bootsmann E. W., der 16 Jahre lang bei Bruns fuhr, erhalten keinerlei Abfindung. Und schon seit Jahren hatte Bruns keine Nacht- und Sonntagszuschläge mehr bezahlt. Die meisten Kollegen können sich keine Hoffnung machen, wieder Arbeit zu finden. Der Reeder, für den sie ihre Arbeitskraft verschlissen, ihre Gesundheit ruiniert und oft genug ihr Familienleben geopfert haben, hat seine Millionen im Sack. Sie aber stehen nun am Schalter der amtlichen Nächstenliebe . . .

So sieht die Realität unserer „sozialen Marktwirtschaft" aus. Da wird der Arbeiter abgeschoben wie Sperrmüll, nachdem er den Kapitalisten durch seinen Schweiß und sein Blut zu Reichtum, Macht und Luxus verholfen hat. Heißt es nicht immer, wir leben in einem „sozialen Rechtsstaat"? Der Reeder Bruns klärt uns darüber auf, was von solchen Phrasen zu halten ist. Auf Vorhaltungen eines Journalisten über seine brutale Art, die Belegschaft aufs Pflaster zu werfen, antwortete er: „Was wollen Sie eigentlich, das geht Sie nichts an, das ist doch in Ordnung, das ging alles nach dem Gesetz."

Nach dem Gesetz ging es auch, daß Bruns für sämtliche vier Schiffe, die er auf den Werften der Bundesrepublik seit 1967 bauen ließ, von der Regierung zehn Prozent der Einkaufssumme als Bundeszuschüsse geschenkt bekam. Es ist nicht anzunehmen, daß der Reeder nun, nachdem er die Schiffe verkauft hat, auch nur einen Pfennig davon zurückzuzahlen braucht. Der kapitalistische Staat sorgt schon dafür, daß die Verbrechen der Profithaie vom Gesetz gedeckt werden.

Und Schützenhilfe erhalten die Herren auch durch den Gewerkschaftsapparat des DGB. Da reden die Bonzen von „Sicherung des sozialen Besitzstands", von „Recht auf Arbeit" usw. Aber wenn es darauf ankommt, die Arbeiterinteressen zu verteidigen, lassen sie die Kollegen im Stich oder wiegeln gar noch ab. So hat die ÖTV nichts unternommen, um die Machenschaften von Bruns zu verhindern. Und daß Bruns die Kollegen so einfach über Nacht entlassen konnte, verdankt er folgender Tatsache: Nach dem seit Beginn dieses Jahres gültigen Manteltarifvertrag für die Seeschifffahrt beträgt die Kündigungsfrist für ein einfaches Mannschaftsmitglied ganze 48 Stunden!

Gründungskongreß der RGO wird vorbereitet

Nachdem bei den vergangenen Betriebsratswahlen und in den letzten Tarifbewegungen in vielen Betrieben Gruppen der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition (RGO) entstanden sind, wird jetzt ein wichtiger Schritt beim weiteren Aufbau der RGO getan: in wenigen Wochen soll der Gründungskongreß der RGO stattfinden.

Die Initiative zu diesem Schritt ergriff vor einiger Zeit die Zeitschrift „RGO-Nachrichten". Es bildete sich ein Vorbereitungsausschuß, in dem neben einer Reihe revolutionärer Betriebsräte aus der Bundesrepublik und Westberlin auch der Herausgeber der RGO-Nachrichten vertreten ist. Dieser Vorbereitungsausschuß hat sich die Aufgabe gestellt, Vorschläge für eine Gründungserklärung, ein Aktionsprogramm und eine Satzung der RGO zu erarbeiten und den Gründungskongreß organisatorisch vorzubereiten.

Aus dem Gründungskongreß soll die RGO als eine zentral zusammengeschlossene Organisation für die Bundesrepublik und Westberlin hervorgehen, die über einen gewählten Vorstand, ein gemeinsames Programm und ein Statut verfügt. Der Kongreß wird unter die Losung gestellt: „Die Solidarität ist unsere Stärke — die Organisation unsere Waffe". In dem Aufruf des Initiativausschusses heißt es unter anderem:

„Was wir brauchen, ist Klarheit über die Aufgaben, über die richtige Taktik, und wir brauchen auch Organisation. Wir müssen in der Lage sein, unsere Erfahrungen auszutauschen, über unseren Betrieb und unsere Ortsgruppe der Gewerkschaft hinauszugehen. Der zentralisierten Macht des Kapitals und der straff organisierten, arbeiterfeindlichen DGB-Bürokratie müssen wir in der Bundesrepublik und in Westberlin einheitlich und geschlossen entgegentreten können."

Herbstgutachten der Konjunkturforscher

Preise steigen, Profite steigen, Arbeitslosenheer bleibt

Die bürgerlichen Konjunkturforschungsinstitute haben wieder einmal ihr sogenanntes Herbstgutachten abgegeben. Im wesentlichen werden für die wirtschaftliche Entwicklung im kommenden Jahr folgende Prognosen gestellt:

— Die Preise werden stärker steigen. Die Institute nennen eine Steigerungsrate von 3,5 Prozent. Die gegenwärtige offizielle Steigerungsrate wird mit 2,5 Prozent angegeben.

— Die Konjunkturentwicklung soll weiterhin nach oben gehen. Es wird ein Wachstum des realen Sozialprodukts von 4 Prozent vorausgesagt.

— Die Arbeitslosigkeit soll im wesentlichen unverändert bleiben, das heißt, die Zahl der amtlich registrierten Arbeitslosen wird weiter um die Millionengrenze pendeln. Es wird ein leichtes Absinken vorausgesagt.

Einmal unterstellt, daß die Prognosen der bürgerlichen Konjukturforscher sich im großen und ganzen bewahrheiten, ergibt sich folgende Perspektive für das kommende Jahr: Die Profite der Unternehmer — vor allem der großen Konzerne und Banken — werden noch mehr steigen als schon in diesem Jahr. Die Werktätigen sollen mit höheren Preisen, aber auch durch unverminderte Fortsetzung des Rationalisierungsterrors und der Arbeitsplatzvernichtung die Zeche bezahlen. Ihnen droht eine weitere Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lage, ein weiteres Absinken des Lebensstandards. Das Elend, in das bestimmte Schichten des arbeitenden Volkes durch die anhaltende Massenarbeitslosigkeit gestoßen werden, wird nicht abgebaut, sondern wird zunehmen.

Wie immer sind die Herren Konjunkturforscher der Meinung, daß sich die Arbeiter und kleinen Angestellten den Gürtel enger schnallen sollen. Nur durch Mäßigung bei den Lohnforderungen könnten sich die günstigen konjunkturellen Tendenzen durchsetzen. Natürlich! Fragt sich nur, was die Werktätigen eigentlich für ein Interesse an einer Konjunktur haben, die sich bei ihnen selbst mit sinkenden Reallöhnen auswirkt, bei den Kapitalisten jedoch mit höheren Gewinnen.

Die angegebene voraussichtliche Preissteigerungsrate von 3,5 Prozent beschönigt im übrigen die zu erwartende wirkliche Verteuerung der Lebenshaltungskosten für die Werktätigen. Das kann man sogar in dem Gutachten selbst zwischen den Zeilen herauslesen. Da wird nämlich festgestellt, daß es vor allem die Nahrungsmittelpreise, die Post-, Rundfunk- und Fernsehgebühren sind, die in die Höhe steigen werden. Also in der Hauptsache diejenigen Dinge werden teurer, für die der Arbeiter oder kleine Angestellte einen Großteil seines Einkommens verwenden muß.

Und mit dem angeblichen leichten Absinken der Arbeitslosigkeit ist es auch so eine Sache. Das Gutachten gibt für seine diesbezügliche Einschätzung folgende Gründe an: „Rückwanderung ausländischer Arbeiter in ihre Heimatländer und frühzeitiger Rückzug aus dem Arbeitsleben." Von der Schaffung neuer Arbeitsplätze bzw. der Wiedereinstellung Arbeitsloser ist keine Rede. Auch nicht von einer Abschwächung der Arbeitsplatzvernichtung und der Entlassungsfeldzüge. Kann also von einer Verminderung der realen Arbeitslosigkeit überhaupt ausgegangen werden? Keinswegs.

Es bleibt der Arbeiterklasse nur ein Weg, eine weitere Verschlechterung ihrer Lebenslage aufzuhalten: Mit aller Macht den Kampf für echte Lohnerhöhungen und gegen die Rationalisierungsfeldzüge der Kapitalisten verstärken.

Neuer Konjunkuraufschwung

Auf dem Rücken der Arbeiter

Die Konjunkturforscher reden wieder vom Aufschwung. Hoffnungsvoll — so meinen sie — könnten wir wieder in die Zukunft sehen. Und in der Tat läßt sich in einigen Branchen eine wieder stärkere Zunahme der Aufträge feststellen, insbesondere in der Bauindustrie. Ein Grund zum Jubeln für uns Werktätige?

Jahrelang hat uns die Bundesregierung erzählt: Wenn erst wieder der Rubel rollt, dann gibt es auch mehr Investitionen, dann werden auch wieder Arbeitsplätze geschaffen und die Arbeitslosigkeit abgebaut. Aber sehen wir uns die Tatsachen an.

Und da läßt sich nicht bestreiten, daß die Unternehmer die ganze Zeit über horrende Gewinne gemacht haben. An ihrer Spitze das Finanzkapital, die Großbanken, deren Profite allein im Jahre 1977 um 27 Prozent gestiegen sind! Die „Deutsche Gesellschaft für Anlageberatung" (Degab) hat bei 140 deutschen Aktiengesellschaften Unternehmensgewinne von 12,5 Milliarden Mark festgestellt (1977). Dasselbe Institut hat für 1978 eine Steigerung der Unternehmergewinne von 8 bis 10 Prozent vorausgesagt, ebenso für 1979. Man sieht, die Unternehmer haben keinen Grund zu klagen, ihr Aufschwung findet statt.

Gleichzeitig aber rollt die Rationalisierungs- und Entlassungswelle gegen die Werktätigen weiter wie bisher. Die Unternehmen haben ihre Profite durch rücksichtslose Rationalisierungen und Verschärfung der Antreiber- und Ausbeutungsmethoden saniert! Ein offenes Wort spricht hier das „Handelsblatt", wenn es über „Rollei", einen der größten optischen Konzerne, feststellt: *„Kräftig aufgeräumt wird noch dieses Jahr in Braunschweig. So soll die Personalreduktion von ursprünglich 1.200 Mitarbeitern auf 700 Ende dieses Jahres abgeschlossen sein!"* Der grenzenlose Zynismus, mit dem hier die Profitgier der Kapitalisten und ihre Rücksichtslosigkeit gegenüber dem Schicksal der Arbeiter und Angestellten zum Ausdruck kommt, ist typisch.

Die folgenden Beispiele können nur einen kleinen Ausschnitt des rücksichtslosen Rationalisierungsterrors zeigen:

Thyssen will in seinem Düsseldorfer „Gußstahlwerk" einen Teil der 800 Stahlarbeiter auf die Straße setzen. Im „Schalker Verein" sind ebenfalls Entlassungen geplant. Gleichzeitig konnte Thyssen aber die besten Abschlüsse in der eisenschaffenden Industrie Westeuropas vermelden.

„3K-Wohnmöbel" in Bürstadt soll geschlossen werden, 340 Arbeiter verlieren dann ihren Arbeitsplatz. Das gleiche Schicksal erleidet das „Wertheim-Kaufhaus" in Steele, 400 Beschäftigte werden arbeitslos!

Während die Klöckner-Hütte in Bremen die Entlassung von 700 Kollegen ankündigte und im Klöckner-Mannstaedt-Werk in Troisdorf zum zweiten Mal jetzt 300 Kolleginnen ihren Arbeitsplatz verlieren, stiegen bei Klöckner im letzten Jahr die Umsätze im Maschinenbau um 53 Prozent, im Export von Walzstahl um 8 Prozent und in der Röhrenproduktion um 12 Prozent!

In der deutschen Uhrenindustrie sind von 1972 bis 1977 insgesamt 7.600 Arbeitsplätze vernichtet worden. Bis 1985 sollen noch 5.400 folgen. Die Bayer-Agfa-Gaevert AG will bis 1979 1.200 Beschäftigte rausschmeißen. Die Schließung des Perkinswerkes (Dieselmotoren) in Hannover vernichtet die Existenzgrundlage von 120 Kollegen. Während sich die Farbwerke Hoechst vornehmen, 2.000 Arbeitsplätze abzubauen, konnten sie allein in ihrem westdeutschen „Herrschaftsbereich" einen Konzernumsatz von 12,9 Milliarden Mark tätigen.

Bekannt sind die großen Entlassungspläne in der Werftindustrie. Und in der europäischen Stahlindustrie sollen allein 100.000 Arbeitsplätze vernichtet werden. Die Deutsche Bundesbahn hat in den letzten vier Jahren 57.000 Beschäftigte rausgeschmissen.

Die westdeutsche Industrie hat ihren Aufschwung auf 1.170.000 Entlassungen seit 1970 begründet!

Gegen die Entlassungspläne der Werftindustrie:

Werftarbeiter im Warnstreik

Die Empörung unter den Werftarbeitern über die Rationalisierungspläne der Werftkapitalisten wächst an. Ein Ausdruck dafür war der Warnstreik vom 23. 10. auf den 40 norddeutschen Werften.

Die IGM-Bonzen hatten den Streik für 11 Uhr angesetzt. Damit spekulierten sie offensichtlich darauf, daß die Kollegen, die auf den meisten Werften um 11.30 Uhr Mittagspause machen, nicht auf ihr Essen verzichten und deshalb den Streik Streik sein lassen würden. Auch in jeder anderen Hinsicht ist vom Gewerkschaftsapparat so gut wie nichts zur Organisierung des Streiks getan worden. Trotzdem sind die meisten Kollegen zum Streik angetreten und haben bis 12 Uhr durchgemacht.

So lief es auch bei Howaldt-Deutsche Werft (HDW) in Kiel auf dem Werk Gaarden. Dort versammelten sich etwa 600 Kollegen, die Transparente trugen mit Parolen wie „35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich", „6 Wochen Mindesturlaub" und „Keine Entlassungen auf HDW!". Die einstündige Streikversammlung verlief in einer kämpferischen Stimmung.

Als IGM-Betriebsrat Horst Seidel zu den Kollegen sprach und, statt sie zu informieren, versuchte, den Kampf abzuwürgen, bekam er den Zorn der Kollegen zu spüren. Einige drohten damit, ihre Gewerkschaftsbücher zu verbrennen. Trotzdem kann man feststellen, daß sich die Belegschaft durch diesen Kampf weiter zusammengeschlossen hat. Die Flugblätter der RGO stießen auf großes Interesse bei den Kollegen und wurden den Verteilern förmlich aus der Hand gerissen.

Auf der HDW-Werft in Hamburg, Werk Ross, sind auch fast alle Kollegen zum Streik angetreten. Auch hier hatte der Gewerkschaftsapparat die Mittagspause ausnutzen wollen, um den Kampf auf Sparflamme zu halten. Den Kantinenfrauen, die am Kampf teilnehmen wollten, wurde das vom Betriebsrat verboten mit dem Argument, daß ab 11.30 Uhr die Kollegen die Möglichkeit haben müßten, das Essen in der Kantine einzunehmen!

Belegschaftsversammlungen bei Hoesch:

Nur die RGO stellt klare Forderungen

In der letzten Woche fanden Belegschaftsversammlungen bei den drei Dortmunder Hoesch-Betrieben Westfalenhütte, Phönix und Union statt. Auf der Versammlung der Westfalenhütte brachten es Leute wie der DKP-Betriebsrat Bekier fertig, eine Resolution zur Abstimmung zu stellen, die zwar die trügerische Forderung nach Verstaatlichung der Stahlindustrie enthielt, in der von einer Lohnforderung jedoch keine Rede war, geschweige denn von einem Protest gegen die 5-Prozent-Provokation der Tarifkommission. Ähnliche Anträge brachten auch die Vertrauenskörperleitungen der anderen beiden Werke ein. Bei Union hieß es zusätzlich nur unverbindlich: „Für ausreichende Lohnerhöhung."

Allein die Vertreter der RGO brachten die Forderungen der Kollegen zum Ausdruck. So beantragte der ehemalige RGO-Betriebsratskandidat Sturmi Siebers auf der Versammlung von Phönix eine Entschließung, in der gegen das 2,5-Prozent-„Angebot" der Unternehmer protestiert und eine Lohnforderung von 10 Prozent verlangt wurde. Diese Entschließung wurde auch von den RGO-Betriebsräten bei Union vorgetragen. Durch Tricks verhinderten die Versammlungsleiter, daß die Mehrheit der versammelten Kollegen ihre Zustimmung zu diesen Anträgen bekunden konnte. Durch stundenlanges Reden gewisser berüchtigter Bonzen wurde die Abstimmung endlos verschleppt, bis die überwiegende Mehrheit der Kollegen bereits gegangen war. Was die Bonzen allerdings nicht verhindern konnten: Viele einfache Kollegen haben zu konkreten betrieblichen Problemen das Wort ergriffen.

Stahlindustrie — bis 1985 jeder dritte Arbeitsplatz vernichtet?

Der IG-Metall-Vorsitzende Loderer erklärte kürzlich, falls es in der eisen- und stahlerzeugenden Industrie nicht zu einer drastischen Herabsetzung der Arbeitszeit komme, werde bis 1985 jeder dritte Stahlarbeiter seinen Arbeitsplatz verlieren.

Die Steigerung der Arbeitsproduktivität werde bis 1985 5 Prozent pro Jahr betragen. Da keine wesentliche Erhöhung der Stahlproduktion zu erwarten sei, sagte Loderer, könnte 1985 die Jahresproduktion mit zwei Dritteln des heutigen Arbeitsaufwandes erzeugt werden.

Rund 305.500 Arbeiter und Angestellte waren 1977 in der eisen- und stahlerzeugenden Industrie der Bundesrepublik beschäftigt. Bis 1985 droht also rund 100.000 Kollegen der Verlust ihres Arbeitsplatzes, falls Loderers Rechnung realistisch ist. Und geht man von den Plänen der Stahlkonzerne aus, so ist sie es zweifellos. Sie wollen die schwere Krise in diesem Industriezweig vollständig auf dem Rücken der Arbeiter und Angestellten austragen.

Loderer appellierte in diesem Zusammenhang an die Herren der Stahlkonzerne, sie sollten endlich ihren Widerstand gegen eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit aufgeben.

Aber es ist völlig klar, daß die Kapitalisten sich durch Appelle nicht beeindrucken lassen. Es gibt nur einen Weg, den Arbeitsplatzkillern einen Strich durch die Rechnung zu machen: die kompromißlose Verteidigung der Arbeitsplätze. Keiner einzigen Entlassung darf zugestimmt werden. Organisierung des unbefristeten Streiks für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.

Der IGM-Apparat aber sabotiert diesen Kampf mit allen Mitteln. Und wenn Loderer gerade jetzt die Entlassungsfeldzüge der Stahlbosse zur Sprache bringt, so hat er dabei offenbar gewisse Hintergedanken. Er will die Frage der Arbeitszeitverkürzung gegen den Kampf für eine echte Lohnerhöhung ausspielen und die Empörung über die unverfrorene 5-Prozent-Forderung der Großen Tarifkommission abwiegeln.

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen

Prämienlohn — ein neuer Plan zur Verschärfung der Arbeitshetze

Siemens will für die Kollegen, die bisher im Zeitlohn arbeiten (Prüffeld, Werkzeugbau/BU, Lager usw.), eine neue Lohnart einführen: den Prämienlohn. Also eine Art Akkordlohn für die Bereiche, in denen ein echter Akkord nur schwer möglich wäre. Der Sinn der Sache liegt eigentlich auf der Hand: Den Akkordlöhnern werden an allen Ecken die Minuten gekürzt. Bei den Zeitlöhnern ist es nicht so einfach. Das würde mit dem Prämienlohn anders. Er vereinfacht es, die Zeitlohnbereiche durchzurationalisieren und „effektiver" zu machen. „Effektiver" heißt natürlich, mit weniger Arbeitern mehr rausbringen. Da lacht der Profit! Der erste Versuch, den Prämienlohn einzuführen, wurde im Prüffeld gestartet...



Vor etwa zwei Monaten fing es an. Und wie es anfing! Die Herren Vorgesetzten und die Herren von der Apla (Arbeitsvorbereitung), die ja eigentlich dafür bezahlt werden, daß sie das wenige, was wir verdienen, noch weniger machen, — also alle diese Herren erklärten etwa folgendes: wie sehr es ihnen ans Herz ginge, daß die Kollegen vom Prüffeld so wenig verdienen. Wie sie gesucht und gesucht hätten nach Möglichkeiten, daß die Kollegen mehr verdienen. Und da hätten sie jetzt was: den Prämienlohn! Die Kollegen sollten ganz freiwillig entscheiden. Wenn sie mehr Geld verdienen wollten, würde der Prämienlohn eingeführt. Wenn nicht, dann eben nicht!

Sowas! Ganz neue Töne bei Siemens! Es konnte einem geradezu warm ums Herz werden. — Mit anderen Worten: Die Sache stank. Sie stank sogar ganz enorm!

Was ist dieser Prämienlohn?

- Eine Art Gruppenakkord. Nur daß — anders als beim Akkord — ein Mindestlohn garantiert ist. Allerdings liegt dieser garantierte Mindestlohn unter dem, was die Kollegen jetzt verdienen. Die Prämie wird dann auf den Mindestlohn aufgeschlagen. Sie richtet sich nach der Stückzahl der ganzen Gruppe.
- Wie beim Akkord wird eine Zeit pro Gerät festgelegt. Und natürlich garantiert einem keiner, daß diese Zeit nicht gekürzt wird. Der Prämienlohn ebnet also den Weg zu einer ständigen Verschärfung der Arbeitshetze.

Mehr Geld als bisher kann nur verdient werden, wenn weniger Leute als bisher die Arbeit machen. Sonst kann der einzelne gar nicht auf seine Stückzahl kommen. Es werden also in diesem Prüffeld Kollegen „überflüssig", und die übrigen müssen für sie mitarbeiten.

- Das System öffnet der Abgruppierung Tür und Tor. Jedes halbe Jahr soll die Lohngruppe neu festgelegt werden, je nachdem, was für Geräte man in diesem halben Jahr hauptsächlich gemacht hat. Damit ist ja nun bestimmt nicht bezweckt, daß wir jedes halbe Jahr in eine höhere Lohngruppe kommen. Und ist man erst mal in einer niedrigeren Lohngruppe, dann hat man es schon schwer, mit der Prämie überhaupt den jetzigen Lohn zu erreichen.

Was also bei diesem Lohn nicht garantiert ist, jedenfalls nicht auf Dauer, ist der Mehrverdienst. Was allerdings garantiert ist, ist die Mehrarbeit. Garantiert ist auch, daß Siemens 1/3 der Löhne in diesem Bereich spart. Vorläufig! In einem Jahr vielleicht die Hälfte.

Und da wollen sie uns verkaufen, daß sie sich dieses System nur in unserem Interesse ausgedacht haben. Damit wir mehr verdienen! Dennoch ist diese Lüge nicht wirkungslos. Das ist ja eben das Gemeine. Nur weil Siemens den Zeitlöhnern viel zu niedrige Löhne bezahlt, können sie darauf spekulieren, daß die Kollegen „freiwillig" den Prämienlohn annehmen. Das ist ein Skandal, daß die Lagerarbeiter mit unter 9 DM und die Facharbeiter im Prüffeld mit 11 DM nach Hause gehen. Jeden Kampf der Kollegen um höhere Löhne werden wir unterstützen. Aber der Prämienlohn ist da kein Ausweg. Im Gegenteil!

Der erste Versuch ist gescheitert. Die Kollegen vom Prüffeld haben den Prämienlohn abgelehnt. Und die Mehrheit ist trotz Schwierigkeiten dabei geblieben. Deshalb hat auch der Betriebsrat den Prämienlohn im Prüffeld vorläufig abgelehnt. Aber wir können sicher sein, trotz allem Gerede von „Freiwilligkeit": Das ist nicht das Ende. Der nächste Versuch, durch Prämienlohn oder etwas Ähnliches die Ausbeutung im Zeitlohnbereich zu verschärfen, kommt bestimmt...

Tarifverhandlungsbetrug!

Als im letzten Frühjahr die alljährlichen Tarifverhandlungen begannen und die Hafenarbeiter nach hartem Streikkampf eine Lohnerhöhung von 6,4 Prozent durchsetzten, dachte ich: das ist ein guter Anfang!

KÄMPFENDE STATION

Zeitung der KPD/ML für die Krankenhäuser Hamburgs

Dann, als in den anderen Berufszweigen von den Gewerkschaftsführungen ein Abschluß so um die 4,5-Prozent-Marke ausgehandelt wurde, war ich schon etwas skeptischer im Hinblick auf einen guten Abschluß im öffentlichen Dienst (Gesundheitswesen).

Und richtig: „Nach langem und zähem Ringen" mit dem Tarifpartner wurde von der ÖTV-Führung das Ergebnis bekanntgegeben: 4,5 Prozent mehr Lohn und tatsächlich zwei Tage Urlaub mehr im Jahr. Na ja, viel mehr hatte ich nun auch nicht mehr erwartet (obwohl doch die Inflationsrate bei 6 bis 7 Prozent liegen soll), denn es waren immerhin zwei Tage mehr Jahresurlaub dabei. Die zwei Tage kann man ganz gut gebrauchen, weil der Streß doch irgendwie immer mehr zunimmt.

Jetzt aber, wo die Urlaubszeit da ist, und viele Kollegen in Urlaub sind, natürlich zwei Tage länger als im letzten Jahr, bekomme ich immer mehr das Gefühl, daß der Tarifabschluß doch ein totaler Betrug war.

Nicht nur diese lächerlichen 4,5 Prozent, die noch nicht einmal die Inflationsrate decken, sondern er bedeutet auch Mehrarbeit, weil für jeden Kollegen, der in Urlaub ist, zwei Tage länger mitgearbeitet werden muß, denn es gibt ja keine Urlaubsvertretungen.

Da fragt man sich doch, mit wem die ÖTV-Bonzen da lang und zäh verhandelt haben. Diese zwei Tage kosten den Arbeitgeber doch keinen Pfennig! Das ist doch Augenwischerei und nicht etwa ein guter Verhandlungserfolg, so wie es die ÖTV-Bonzen hinstellen.

Ich finde, daß, wenn man mehr Urlaub fordert, man gleichzeitig auch mehr Planstellen fordern muß, weil alles andere nur Mehrarbeit für uns bedeutet.

Leserbrief eines Kollegen vom St.-Georg-Krankenhaus

Inhaltsverzeichnis
1. Halbjahr 1978

ROTER MORGEN Inhaltsverzeichnis 1978 1. Halbjahr

Preis 1 DM
zu bestellen beim
Verlag Roter Morgen,
Wellinghoferstr. 103,
4600 Dortmund 30

— GEGEN REAKTION UND FASCHISMUS! —

Am 2. 10. 1978 stand fest, daß die Lehrerin Sabine Dege entlassen ist. In einem Prozeß, den sie angestrengt hatte, wurde der Schulbehörde Recht gegeben. Daraufhin wurde in einem Flugblatt aufgerufen, beim Oberschulrat gegen dieses Berufsverbot zu protestieren. Ein Teilnehmer dieser Protestaktionen berichtet:

Der Oberschulrat war zu feige . . .

„Über 40 Schüler, Eltern und Lehrer befolgten die Aufforderung, zur Schulbehörde in der Hamburger Straße zu kommen. Sie verteilten auch auf dem Weg dorthin, in der S- und U-Bahn, noch Flugblätter. Bei der Ankunft wurde in großer Eile das 14-stöckige Hochhaus an sämtlichen Eingängen abgeriegelt und verbarrikadiert. Das vergrößerte die Empörung der Anwesenden. Einige wollten sogar mit Gewalt versuchen, hereinzukommen. Sie wurden aber unsanft mit Fußtritten wieder herausbefördert. In einer Kundgebung wurden die Passanten darüber aufgeklärt, was man wollte: sein Recht, in einer öffentlichen Sprechstunde Herrn Kaiser, den Oberschulrat, zur Rede zu stellen. Der aber verkroch sich unter seinem Schreibtisch und ließ ausrichten, man solle nur zu zweit hereinkommen, da das (riesige!) Haus für 40(!) Mann zu klein sei! Spontan kam im Sprechchor die Antwort: alle oder keiner! Schließlich ließ man Herrn Kaiser ausrichten, man wolle geschlossen hereinkommen, aber nur fünf wollten reden, die anderen zuhören. Aber nicht einmal darauf ließ Kaiser sich ein. Er wußte, gegen uns alle würden seine Argumente nicht ankommen. Wir blieben dann bis zum Büroschluß gegen fünf Uhr dort und verabredeten, den Oberschulrat am nächsten Tag in seiner Sprechstunde in Wilhelmsburg zu stellen.

Am nächsten Tag, in Wilhelmsburg vor dem Rathaus, standen wir wieder vor verschlossenen Türen. Herr Kaiser war angeblich wegen einer ‚wichtigeren' Sache gar nicht erst da. Dafür wurde aber gleich die Polizei geholt. Ein Mannschaftswagen mit ungefähr fünf Polizisten kam gerade, als wir versuchten, ein Plakat an einer Brücke zu befestigen. Es geschah aber weiter nichts. Dann versuchte uns der stellvertretende Ortsamtsvorsitzende von der Straße wegzulotsen, wo wir Flugblätter verteilten und viel Aufmerksamkeit erregten. Er bot uns an, uns doch in der Kantine aufzuwärmen. Den Gefallen taten wir ihm aber nicht. Stattdessen entwarfen wir einen Brief an die Behörde, in dem wir Kaiser aufforderten, sich endlich blicken zu lassen und teilten ihm auch gleich mit, daß wir ihn zu einer Veranstaltung einladen würden, wo er hinkommen und seinen Mut beweisen solle.

Mutig ist Kaiser nämlich nur da, wo er nicht viel Mut braucht: gegenüber einzelnen Schülern. So hagelt es zum Beispiel in den Klassen, in denen ehemalige Schüler von Sabine Dege sind, jetzt nur so von Fünfen und Sechsen. So will man die Schüler kleinkriegen. Aber so einfach ist das nicht. Wir machen weiter und haben dabei auch Unterstützung. So haben sich zum Beispiel bei den bisherigen Aktionen auch andere Jugendliche eingereiht. Und einige Schüler sagten, sie hätten auch eine Lehrerin gehabt, die geflogen sei. Sie hätten damals nichts dagegen gemacht, hätten sich nur unheimlich geärgert. Jetzt sehen sie, daß Schüler ihre Lehrerin unterstützen und bewundern das. Weg mit dem Berufsverbot gegen Sabine Dege und alle anderen fortschrittlichen Lehrer!"

Berufsverbote in Hamburg

Zum Beispiel Sabine Dege . . .

Ein Hamburger Rotgardist bat Sabine Dege um ein Interview. Sie sagte zu und stellte sich zunächst kurz vor:

Ich bin 27 Jahre alt. 1969 habe ich in Hamburg angefangen Pädagogik und Germanistik zu studieren. 1973 habe ich mein Examen gemacht und ging dann als Referendarin in den Schuldienst. 1975 legte ich mein zweites Staatsexamen ab. Danach war ich arbeitslos. Zunächst bekam ich dann in Schleswig-Holstein eine Lehrerstelle und wurde 1976 hier an der Schule Stübenhofer Weg angenommen. Zunächst allerdings nur für 14 Stunden die Woche. Voll unterrichten konnte ich erst ein Jahr später, als ich Klassenlehrerin der 6. Klasse wurde. Dort habe ich insgesamt sieben Fächer unterrichtet. Außerdem bin ich Vertrauensfrau für das Lehrerkollegium und Kreisvertrauensfrau für alle Wilhelmsburger Lehrer.

Frage: Wann begannen die Schwierigkeiten an der Schule?

S. D.: Eigentlich schon in den ersten 14 Tagen. Ein Schüler brachte das Thema Lehrerarbeitslosigkeit und Stundenausfall in den Unterricht ein. Ein Thema, das auch die anderen interessierte. Denn ständig fiel Unterricht aus, obwohl — wie auch die Schüler wußten — die Lehrerarbeitslosigkeit groß ist. Schüler brachten ein Plakat der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft mit, auf dem stand: „Reiches Land — arme Kinder." Außerdem stand dort, daß in den Erziehungsbereich sehr wenig, in die Rüstung und in Einrichtungen, die nur der Großindustrie nützen, aber sehr viel Geld gesteckt würde. Die Schüler meinten, daß es nichts nutze, darüber nur zu reden. Sie schrieben während des Unterrichts einen Brief an die arbeitslosen Lehrer, die damals (August 1976 — RM) die Schulbehörde belagerten. In diesem Brief forderten sie die Einstellung aller Lehrer, damit die Lehrer nicht arbeitslos sind und für die Schüler kein Unterricht ausfällt.

Daraufhin rief mich Oberschulrat Kaiser an und forderte eine schriftliche Rechtfertigung für diesen Unterricht, und zwar binnen zwei Tagen, sonst würde ich fliegen. Ich habe dann ein Protokoll des Unterrichtsverlaufs und der Forderungen der Schüler verfaßt, vervielfältigt und dem Oberschulrat, aber auch den Kollegen, Eltern und Schülern zur Verfügung gestellt. Das führte zu einer breiten Diskussion. Der Oberschulrat wurde von Kollegen aufgefordert, in die Schule zu kommen und sich seinerseits zu rechtfertigen. Er antwortete, aus Zeitmangel könnte er erst in einem halben Jahr kommen. Den Termin hat er aber bis heute nicht wahrgenommen.

Mit kleinlichen Schikanen ging es weiter. So mußte ich einmal zum Oberschulrat in die Sprechstunde, weil es hieß, ich würde zu wenig Hausaufgaben aufgeben usw.

Dann — im August 1977 — meldete ein Herr Jürgen Detering, Vater eines Schülers, den ich nie unterrichtet hatte, er habe gesehen, daß ich ein Flugblatt gegen einen Polizeieinsatz gegen einen Informationsstand des KBW verteilt habe. Den Namen habe ich allerdings erst später erfahren, auch daß Herr Detering Mitglied des Kirchenvorstandes in Hamburg-Wilhelmsburg ist und seine Frau die Tochter des Konservenfabrikanten aus Moorweder, einem Dorf, aus dem auch Schüler von mir kommen. Auf diese Denunziation hin sollte ich zu einem Gespräch mit dem Oberjuristen Reimers der Schulbehörde kommen. Das tat ich aber nicht, weil er mir nicht sagen wollte, wozu Ermittlungen geführt werden und wer sein angeblicher Zeuge war.



Volle Klassen (Schüler einer Gesamtschule werden im Hörsaal unterrichtet).

Lange Zeit hörte ich dann nichts mehr von der Schulbehörde. Allerdings händigte man mir den Arbeitsvertrag über die volle Zahl von 28 Stunden, die ich seit Herbst 1977 unterrichtete, nicht aus. Mündliches, telephonisches und schriftliches Anmahnen nützte nichts. Also klagte ich vor Gericht. Am 4. April 1978 reichte ich die Klage ein. Am 20. April wurde mir mitgeteilt, daß die Schulbehörde meine Kündigung beim Personalrat eingereicht hatte. Übrigens bekam ich den Arbeitsvertrag noch — einen Tag vor Prozeßtermin!

Acht Tage später teilte mir der Personalrat dann mit, daß ich entlassen werden sollte. Am nächsten Tag habe ich die Schüler darüber informiert. Sie haben daraufhin beschlossen, einen Brief an den Personalrat zu schreiben, daß er meinem Berufsverbot nicht zustimmen solle. Nachdem ich auch die Eltern auf einem Elternabend darüber informiert hatte, verbot mir der Schulleiter, noch einmal von diesem Berufsverbot zu reden. Denn dieses Berufsverbot sei eine private Angelegenheit zwischen der Schulbehörde und mir und nach §28 des Schulverfassungsgesetzes dürfe ich mit Eltern und Schülern nicht über private Angelegenheiten, sondern nur über Fragen des Unterrichts und der Erziehung sprechen.

Frage: Was war die offizielle Begründung für Deine Kündigung?

S. D.: Es hieß, ich hätte schon während meiner Referendarzeit gezeigt, daß ich mich meinem Dienstherrn gegenüber unloyal verhalten hätte, zum Beispiel, indem ich gegen das Berufsverbot eines damaligen Kollegen protestiert hätte. Desweiteren wurde beklagt, daß ich ein Flugblatt des KBW verteilt hätte, und im übrigen warf die Behörde mir dann nur noch vor, daß ich mich gegen das drohende Berufsverbot gewehrt habe. Mein Verhalten wurde durchweg als Verstoß gegen das Beamtengesetz gewertet. Diese Kündigung erhielt ich in den Sommerferien.

Frage: Wie reagierten Deine Kollegen, Schüler und deren Eltern darauf?

S. D.: Meine Kollegen waren zuerst so betroffen, daß sie es nicht glauben konnten, daß man nur für einen fortschrittlichen Unterricht, für die Forderung nach mehr Rechten für Schüler, Eltern und Lehrer entlassen werden kann. Auf der Personalversammlung der Volks-, Real- und Sonderschullehrer Ende September wurde fast einstimmig eine Resolution verabschiedet, in der der Personalrat, der der Kündigung zugestimmt hatte, aufgefordert wurde, sofort meine Kündigung zurückzunehmen. Einzelne Zwischenrufe forderten sogar den Rücktritt des Personalrats aufgrund seiner Zustimmung zu meiner Kündigung.

Die Reaktion der Eltern ist nicht einheitlich. Ich hatte sieben Schüler aus Moorweder, von deren Eltern fünf Großbauern sind. Sie haben sich voll gegen mich gestellt und das auch der Schulbehörde geschrieben. Von den 24 Eltern aus Kirchdorf stehen 21 auf meiner Seite und haben in einem Brief an die Schulbehörde meine sofortige Wiedereinstellung gefordert, da sie mit meinen Unterrichtsmethoden und meinem gesamten pädagogischen Verhalten einverstanden sind.

Frage: Kannst Du das näher erläutern?

S. D.: Diese Eltern merkten, daß ich auf ihrer Seite stand. So bin ich beispielsweise gemeinsam mit ihnen gegen einen Lehrer eingeschritten, der Schüler schlug und ihnen sehr schlechte Noten gab. Wir erreichten, daß es im letzten Zeugnis keine Fünfen und Sechsen gab und daß dieser Lehrer Helle die Schüler nicht mehr schlagen durfte. Oder ein anderes Beispiel. Die Väter vieler Schüler meiner Klasse arbeiten im Hafen. Ich habe deshalb über den Hafenarbeiterstreik gesprochen und ihn gutgeheißen. Das war Information und solidarische Unterstützung zugleich.

Die Eltern meiner Klasse haben schon einmal einen Schulkampf geführt. Ihre Kinder waren in der 4. Klasse am Karl-Arnold-Ring und sollten in der 5. Klasse umgeschult werden zum Stübenhofer Weg. Die Eltern forderten nun, daß eine 5. Klasse am Karl-Arnold-Ring eingerichtet werden soll, um den Kindern einen weiteren Schulwechsel zu ersparen. Sie gingen bis zum Schulstreik, der aber keinen Erfolg hatte. Meiner Ansicht nach auch deshalb, weil eine richtige Front gegen die Behörde nicht da war. Außerdem hatte sich Bürgermeister Klose eingeschaltet und versprochen, bei einer Zurücknahme der Klagen gegen die Behörden würde er sich selbst für die Forderungen der Eltern einsetzen. Die Eltern glaubten ihm. Aber Klose hielt sein Versprechen nicht. Dadurch verlief der Kampf nicht erfolgreich und einige Eltern resignierten. Aber einige sagen heute auch, diesmal machen wir es anders. Jetzt erst recht. Sie wollten Bürgermeister Klose das erste von drei Flugblättern, die zu meinem Fall erschienen, persönlich auf den Tisch knallen.

Frage: Wie verlief der Prozeß, den Du gegen die Kündigung angestrengt hattest?

S. D.: Ich hatte sofort in den Sommerferien, als mir die Kündigung zugestellt wurde, Kündigungsschutzklage erhoben. Außerdem habe ich eine einstweilige Verfügung auf Weiterbeschäftigung bis zur Entscheidung über die Kündigungsschutzklage beantragt. Diese beiden Klagen wurden zusammengelegt und in einem Prozeß verhandelt. Dabei wurde weder eine Beweisaufnahme geführt, noch die Argumente der Behörde überprüft. Trotz des Verbots der Schulleitung waren auch einige Schüler aus meiner Klasse zum Prozeß gekommen. Ihre Eltern hatten ihnen für die Schule eine Entschuldigung geschrieben, in der es hieß, daß sie ihr Recht beanspruchen, am Prozeß teilzunehmen. Eine ganze Schulklasse einer anderen Schule war ebenfalls anwesend, außerdem mehrere Einzelpersonen.

Frage: Du hast bereits von einem gewissen Herrn Detering gesprochen, der Dich bei der Behörde denunziert hat. Gab es weitere solcher Versuche?

S. D.: Ja, es gibt noch den Brief eines Herrn Lutz Dörffling, Mitglied des Kreiselternrats von Wilhelmsburg, an die Behörde. Er hat, als die Eltern vor der Schule Stübenhofer Weg Flugblätter verteilt haben, sofort geschrieben, daß er fürchte, bestimmte Lehrkräfte und Schulleiter Knüppel sollten diffamiert und ihre Autorität in den Dreck gezogen werden.

An Stelle einer Schlußbemerkung

sei hier aus dem dritten Flugblatt zitiert, das Schüler, Eltern und Kollegen zum Fall Sabine Dege verfaßten:

„Gestern hat das Gericht entschieden, daß Frau Dege nun doch endgültig entlassen wird; das heißt, daß sie ab Montag, den 2. 10. 1978 nicht mehr Lehrerein sein darf ... Die Schulbehörde fürchtet Lehrer, die uns unterstützen. Solche Lehrer brauchen wir aber gerade. Die Schulbehörde braucht andere Lehrer: Solche, die die Unterrichtsrichtlinien in jedem Fall durchsetzen, egal, ob wir mitkommen; wer es nicht schafft, ist eben zu dumm und gehört schließlich auf die Sonderschule ... Warum will die Schule unterwürfige Lehrer? Weil sie uns dauernd was beibringen müssen, was nicht stimmt ... **Wir** sollen als die Verschmutzer der Umwelt dastehen und nicht die **Fabrikherren**, die aber Mensch und Umwelt aus Profitgier vernichten. (...)

Viele Lehrer lassen sich das nicht gefallen. Auch die Wilhelmsburger Lehrer nicht! (...) Was an der Schule Stübenhofer Weg passiert ist, kann auch bei Euch jeden Tag vorkommen. (...) Setzt mit uns zusammen durch, daß Frau Dege Lehrerin bleibt, dann kann der Senator Grolle auch bei Euch so leicht keinen Lehrer feuern. (...) Schließt Euch mit den Lehrern zusammen, die auf Eurer Seite stehen, diskutiert mit ihnen den Rausschmiß von Sabine Dege und fordert:

Frau Dege muß Lehrerin bleiben! Weg mit dem Berufsverbot gegen Sabine Dege!"

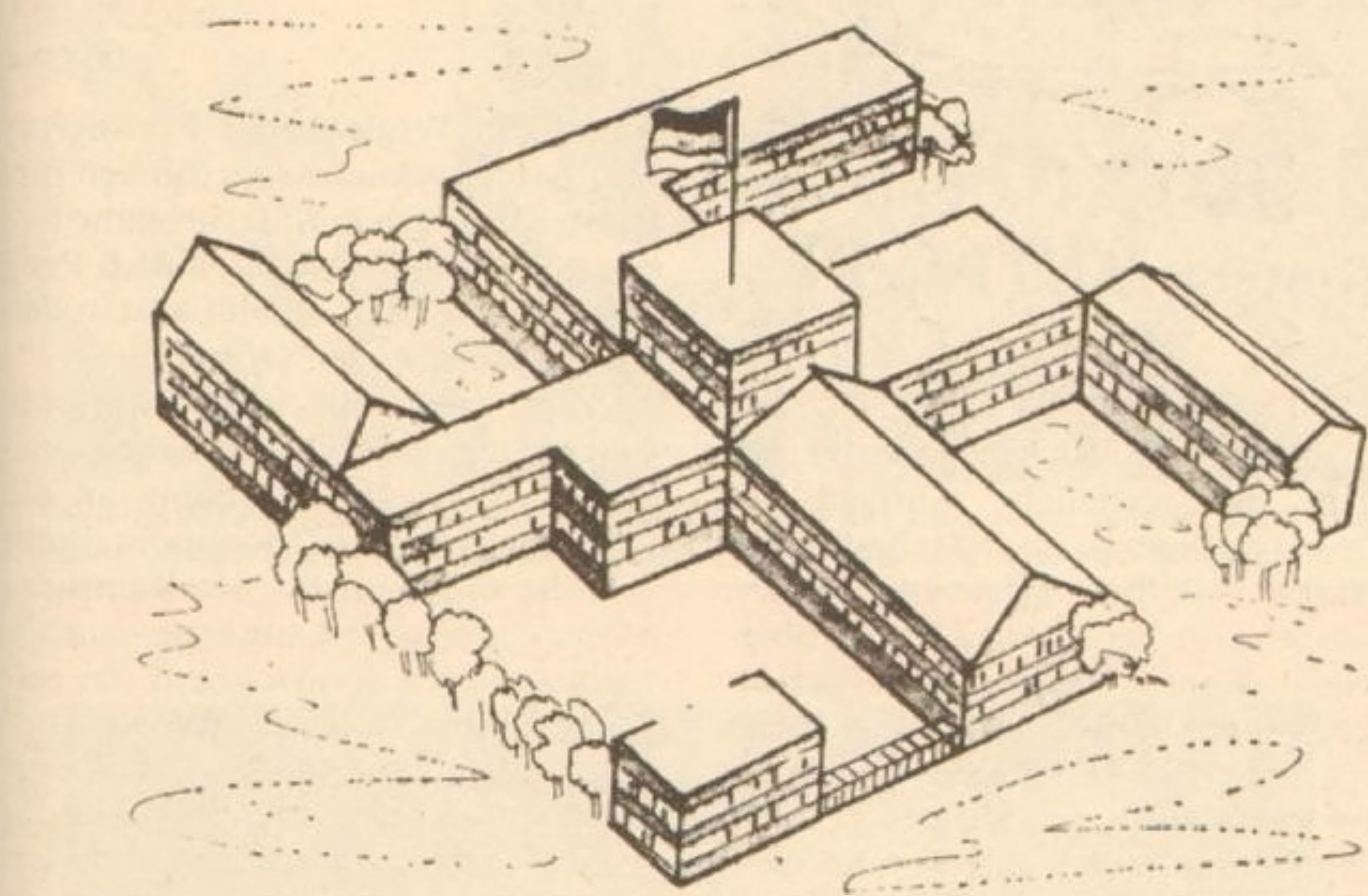


Schüler demonstrieren (erfolgreicher Kampf gegen das Berufsverbot für die Hamburger Lehrerin Ursula Oehler).

Neue antisemitische Vorfälle in der Bundeswehr

Nazistische Tradition

Wieder sind aus der Bundeswehr Vorfälle nazistischen Charakters bekanntgeworden. Im Mittelpunkt der Anschuldigungen steht diesmal der Flottenadmiral Horst Wenig, stellvertretender Chef des Marineamtes Wilhelmshaven und einer der ranghöchsten Offiziere der Bundeswehr. Er soll in einer feuchtfröhlichen Offizierskasinorunde bedauert haben, daß Hitler noch viel zu wenig Juden vergast habe. Wörtlich: „Er hätte diese Plage restlos vergasen müssen, dann ginge es uns besser."



Das neueste Modell der Bundeswehrhochschule.

Diese — und weitere bekanntgewordene — Äußerungen haben sofort Empörung in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit erregt. Zu verhaßt sind bei vielen die Greueltaten des Nazi-Regimes. Zu frisch sind die Erinnerungen an die „symbolische Judenverbrennung" in der Bundeswehrhochschule München und an die Affäre um den Wehrmachtoberst und Altnazi, Rudel. Eine Untersuchung wurde eingeleitet. Der Verteidigungsminister Apel sah sich umgehend genötigt, die Bundeswehr in Schutz zu nehmen — gegen „ungerechtfertigte Angriffe", wie er sagte. Er wandte sich energisch gegen den Vorwurf von Rechtstendenzen in der Bundeswehr und stellte fest, daß die Bundeswehr eine demokratische Armee unter klarer politischer Führung sei.

Die Lächerlichkeit der Äußerungen Apels liegt jedoch auf der Hand. Mehr als alle ministeriellen und parlamentarischen Schönfärbereien zeigt eine Auswahl von wirklichen Vorfällen, wie es mit der Bundeswehr — und vor allem ihrem Offizierskorps — tatsächlich bestellt ist. Die Beispiele stammen aus der Illustrierten „Stern":

— In der Panzerkaserne von Dornstadt bei Ulm ließ ein Oberleutnant seine Soldaten singen: „Panzergrenadiere, vorwärts, wir greifen an! Wie einst in Polen und Flandern ..." Ein Stabsunteroffizier trainierte ein anderes Lied: „ . . . ziehn die Grenadiere mit ihren Mardern in Moskau ein, dann wird endlich Frieden in ganz Europa sein."

— Bei einer Reise von Offiziersstudenten der Bundeswehrhochschule München riefen Teilnehmer in der Wiener Judengasse: „Juden, raustreten zum Erschießen!"

— In der Pfalz fragte ein Oberfeldwebel seine Stammtischkollegen, ob sie etwas gegen Juden hätten — die Antwort gab er gleich selbst: „Ja, Gas."

— In der Pionierkaserne erklärte ein Ausbilder den Wehrpflichtigen, daß das wichtigste Instrument eines Pioniers die Kombizange sei, „die wir brauchen, um den toten Russen die Goldzähne auszubrechen".

Die Beispiele ließen sich fortsetzen. Wir zitieren nur noch einen Fall, der zeigt, wie sich die westdeutsche Justiz gegenüber solchen nazistischen Kundgebungen verhält: In der Kaserne von Barme bei Oldenburg präsentiert eine „Traditionsvitrine" Orden, Ehrenzeichen und Urkunden, die mit Hakenkreuzen geschmückt sind. In der gleichen Kaserne gibt es im Unteroffizierskasino eine Gedenkstätte, die aus einer Landkarte mit Hitlers Großdeutschland, einem Wehrmachtsstahlhelm und dem Spruch „Pioniere — stets die ersten am Feind" besteht. Beides ist legal. Der Celler Generalstaatsanwalt lehnte im September die Eröffnung eines Ermittlungsverfahrens ab, da solche Traditionspflege nicht strafbar sei.

Die aufgeführten Beispiele, die in derselben Linie liegen wie die jüngst bekanntgewordenen Wilhelmshavener Vorfälle, finden ihre Entsprechung in dem Drill und der Schikane, dem die Wehrpflichtigen in dieser Armee ausgesetzt werden. Jeder Protest und jede oppositionelle Äußerung eines Soldaten wird in der Bundeswehr unterdrückt. Antifaschistische und kommunistische Soldaten werden verfolgt, werden bespitzelt und überwacht vom Militärischen Abschirmdienst MAD, der von den Soldaten bereits Marx-Abwehrdienst genannt wird.

Die Bundeswehr ist keine demokratische Armee. Sie kann es auch nicht sein, denn sie ist eine Armee der westdeutschen Imperialisten, der Krupp und Thyssen. Diese Armee steht in der finstersten militaristischen Tradition: in der der schwarz-weiß-roten kaiserlichen Armee; in der der Freikorps, die die deutsche Revolution im Blut ertränkten; in der der Reichswehr und späteren Hitler-Wehrmacht, die Europa in ein Leichen- und Trümmerfeld verwandelte. In einer solchen Armee muß der Geist solch reaktionärer Generale wie Ludendorff, Hindenburg, von Seeckt und Keitel noch immer lebendig sein und sich ausbreiten; er muß sich zwangsläufig äußern in solchen barbarischen Worten, wie sie aus Wilhelmshaven gemeldet wurden.

Dieser Fall wurde zum Skandal, war aber sicher nur einer von vielen, die nicht bekannt wurden: Faschist Rudel beim „Immelmann"-Geschwader.

Der Bonner Staat rächt sich

Professor Sigrist verurteilt

In Münster ist jetzt der Soziologieprofessor Sigrist wegen „Verunglimpfung des Staates in Tateinheit mit Beleidigung" zu 5.400 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Sein Verbrechen? Er hatte das getan, weswegen auch zahlreiche Genossen und Sympathisanten unserer Partei vor Gericht gezerrt und verurteilt worden sind: er hatte die Duisburger Polizei angeprangert, 1974 den Tod unseres Genossen Günter Routhier verursacht zu haben. Im Zusammenhang damit und der Tatsache, daß zahlreiche Werktätige unter Polizeikugeln ihr Leben ließen, hatte Sigrist von „diesem Staat als mörderischer Bestie" und auch von der „faschistischen Praxis der Berufsverbote" gesprochen. Diese Äußerungen wurden nun zum Anlaß genommen, Christian Sigrist zu verurteilen.

Was die Anwälte dieses Staates besonders erboste, war die Tatsache, daß diese Äußerungen im Mai 1976 in einer öffentlichen Podiumsdiskussion in Stockholm fielen, im Ausland also, das nach Selbstverständnis der Bonner Herren schon immer dem deutschen Wesen mit Neid und Mißgunst begegnet ist. In einer Veranstaltung zudem, bei der auch ein Vertreter des Bonner Staates, der ehemalige Düsseldorfer Justizminister Posser auf dem Podium saß. Und dieser Herr konnte vor den aufmerksamen schwedischen Zuhörern die Anklagen des Professors Sigrist nicht widerlegen.

Aber wenn diese Herren glauben, jetzt hier, wo sie seiner habhaft werden können, kalte Rache an Christian Sigrist nehmen zu können, ohne daß ein Hahn danach kräht, so haben sie sich geirrt. Die antifaschistische und demokratische Öffentlichkeit erfüllt die Tatsache mit Empörung, daß ein deutscher Wissenschaftler seine Schlußfolgerungen aus der gesellschaftlichen Praxis der Bundesrepublik nicht mehr sagen kann, ohne von den Organen dieses Staates verfolgt zu werden, zumal diese Schlußfolgerungen einer ständig zunehmenden Zahl von Werktätigen aus dem Herzen spricht. Als einen besonderen Maulkorb muß man aber die Tatsache verstehen, daß man sogar wegen seiner Äußerungen **im Ausland** verfolgt wird. In der schwedischen Öffentlichkeit hat allein die Anklageerhebung gegen Professor Sigrist große Empörung ausgelöst. Hier wie bei den anderen europäischen Völkern, hat man das „Modell Deutschland" noch in schlechter Erinnerung.

Christian Sigrist hat angekündigt, daß er diese „bedenkliche Inkriminierung von öffentlichen Diskussionsbeiträgen" nicht hinnehmen wird und Berufung gegen das Urteil einlegen will. Er hat dabei die Solidarität aller Menschen, die die Faschisierung des Bonner Staates mit Mißtrauen und Ablehnung betrachten. Weg mit dem Urteil gegen Christian Sigrist!

Lehrer Apel doch nicht eingestellt

Wie der RM berichtete, wollte die Volkshochschule Westberlin-Kreuzberg den aus dem Schuldienst entlassenen Lehrer Hans Apel einstellen. Das ist der Schule jetzt vom Westberliner Innensenator verboten worden.

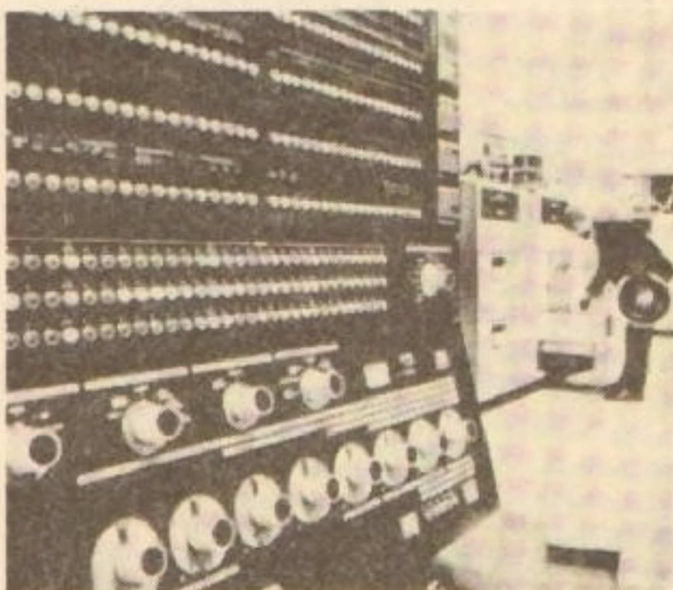
Gutachter: Werner Hoppe haftunfähig

Selbst ein von der Hamburger Justizbehörde bestellter Gutachter, der Professor Wilfrid Rasch, mußte jetzt den politischen Gefangenen Werner Hoppe für haftunfähig erklären. Werner liegt gegenwärtig auf der Intensivstation des Allgemeinen Krankenhauses Altona in Hamburg. Rasch führte den kritischen Gesundheitszustand des Gefangenen auf die „weit überdurchschnittlich belastende Haftbedingung" zurück. Damit ist die siebenjährige extreme Isolationshaft umschrieben, der Werner Hoppe ausgesetzt war. Rasch stellte fest, „daß der weitere Vollzug der Strafhaft aus den eingehend dargelegten Gründen sowohl unter den Bedingungen des Regelvollzugs wie auch eines Gefängniskrankenhauses die Besorgnis naher Lebensgefahr begründen würde". Werners Anwälte haben bereits bei seiner Einlieferung in das AKA Antrag auf Haftentlassung gestellt. Freiheit für Werner Hoppe!

Nazis holen Kripo in die Schule

Am Morgen des 14. 10. standen mehrere teilweise schwarz gekleidete Faschisten von den „Jungen Nationaldemokraten" vor den Toren des Gymnasiums Willmsstraße in Delmenhorst und verteilten ihre faschistische Jugendzeitung an die Schüler. Rudolf Heß sei ein „Märtyrer des deutschen Volkes" und ähnliches war darin zu lesen. Die Schüler sahen sich aber die Provokation nicht lange mit an. Die Oberstufenschüler umringten bald die Faschisten gemeinsam mit anderen Jugendlichen, die von der Straße aus mit hinzueilten. Es kam zu militanten Aktionen gegen die Faschisten; teilweise wurden ihre Zeitungen vernichtet. Die Faschisten zogen sich schleunigst dorthin zurück, wo sie sich in Sicherheit wähnen durften: ins nächste Polizeirevier. Wenig später konnten sie mit zwei Beamten der Kripo im Schulgebäude Aufstellung beziehen, flankiert von den Beamten, um die Schüler zu identifizieren. Ursprünglich wollten sie sogar durch die Klassenräume gehen. Trotzdem gelang es den Faschisten nicht, auch nur einen Schüler zu identifizieren. Sie wurden abgeschirmt von anderen Schülern an den Faschisten vorbeigeleitet. Nazis und Kripo mußten unverrichteter Dinge wieder abziehen.

BKA-Tagung: Noch mehr Polizeistaat



Der BKA-Computer

Auf einer Arbeitstagung des Bundeskriminalamtes (BKA) mußte BKA-Chef Herold eingestehen, daß die 44 Millionen Fahndungszettel und Plakate, die seit 1972 verteilt worden sind, bei der Fahndung nach „Terroristen" so gut wie gar nichts bewirkt haben. Nachdem also der Apell an die Bevölkerung mitzufahnden nicht das gewünschte Echo gefunden hat, beriet man auf dieser Tagung, wie die Ermittlungsmethoden mit Datenbank und Elektronik, also ohne Bevölkerung, effektiver werden können.

Auf dem Wege zum totalen Überwachungs- und Kontrollstaat sollen jetzt alle möglichen persönlichen Kennzeichen vermessen, in Daten zerlegt und elektronisch gespeichert werden. 50 Prozent aller gesammelten Fingerabdrücke sind auf diese Weise bereits im Computer gelandet. Jetzt soll auch die Handschrift der Menschen zerlegt und in Zahlenwerte gefaßt und gespeichert werden. Das gleiche gilt auch für die menschliche Stimme, bei der man eine „Stimmanalyse" mit für jeden Menschen kennzeichnenden Vokalen und Konsonanten machen kann. Der Gipfel ist aber die Vermessung der Kopfform und Zerlegung in typische Größen wie Augenabstand, Mundform, Ansatz der Nasenwurzel usw. Damit soll es möglich sein, eine Tarnung durch Perücke, Bart usw. unmöglich zu machen.

Die Quittung bekommen . . .

. . . für seine widerliche Denunziation des KBW-Lehrers Bernhard Hanfland, wodurch dieser zuerst aus der Schule und dann aus dem Betrieb „Daimon" flog, hat jetzt der CDU-Handelsvertreter Herbert Land (siehe auch RM 34). Er wurde nämlich jetzt selbst entlassen — wegen „Störung des Betriebsfriedens". Der Hintergrund: Nachdem Lands Spitzeltätigkeit ans Tageslicht gekommen war, konnte sich dieser feine Herr nicht mehr retten vor heftigen Beschimpfungen durch die empörten Nachbarn und Kollegen. Seinem Unternehmer war der Herr Land offenbar zu „heiß" geworden, deshalb ließ er ihn lieber fallen. Ob jetzt die Bonner Schnüffeldienste ihrem arbeitslosen Freizeitdenunzianten einen festen Arbeitsplatz anbieten?

Kritik am Faschismus — „ungeeignet"

Wie sehr eine Kritik am Faschismus, selbst auf bürgerlicher Ebene, heute schon als unerwünscht betrachtet und demgemäß unterdrückt wird, beweist eine Entscheidung der Staatlichen Landesbildstelle Südbayern.

Es ging um den Film „Aus einem deutschen Leben" von Theodor Kotulla. Der Film zeichnet das Leben des millionenfachen Mörders Rudolf Heß nach, des ehemaligen Kommandanten des Vernichtungslagers Auschwitz. „Nichts anderes wollte der Film deutlich machen" — schreibt ein bürgerlicher Kritiker — „als die Erkenntnis, daß jene Situationen, die die deutsche Geschichte nach dem 1. Weltkrieg für den einzelnen mitbrachte, kombiniert mit dem weitverbreiteten antidemokratischen Geist in der Gesellschaft, aus einem so erzogenen Menschen einen perfekten Massenmörder machen können."

Das aber war der Landesbildstelle schon zuviel. Sie lehnte den Film für eine Aufführung an Schulen als „ungeeignet" ab. Zynisch war die Begründung der Ablehnung. Der Film würde den KZ-Kommandanten „glorifizieren", hieß es; die Darstellung der gesellschaftlichen Verhältnisse würde seine Handlungsweise „fast entschuldigen". — „Es fröstelt einem", bemerkte der oben zitierte Kritiker zu der Entscheidung.

In ein besonderes Licht gerät die Ablehnung des Films noch durch folgende Tatsache: Die Landesbildstelle hatte vor einiger Zeit den Film „Hitler — eine Karriere", der die Hitler-Herrschaft wirklich glorifiziert, ausdrücklich für den Gebrauch in den südbayrischen Schulen zugelassen.


Sitzstreik vor der Schulbehörde

Erfolge im Kampf der Hamburger Berufsschüler

(Volkskorrespondenz aus Hamburg)

Der Kampf der Hamburger Berufsschüler gegen die Einführung eines Kurssystems an allen Hamburger Gewerbeschulen hat erste Erfolge gebracht!

Am Abend des 16. Oktober sah sich Schulsenator Joist Grolle zu entscheidenden Zugeständnissen an die Schüler gezwungen:

- Die Kurse werden nicht in „Stütz- und Förderkurse" aufgeteilt. In dieser Einteilung sahen die Schüler mit Recht eine Begleit- bzw. Vorbereitungsmaßnahme der Schulbehörde für Stufenausbildung und Kurzausbildungsgänge. Sie sollte den Kapitalisten die Aussiebung der Kollegen in der Lehre entscheidend erleichtern.
- Im Zeugnis findet keine Zensierung der Kurse statt.
- In den Kursstunden (vier in der Woche) sollen keine Inhalte vermittelt werden, die in direktem Zusammenhang mit der Ausbildung stehen.

Das sind wichtige Erfolge im Kampf der Hamburger Berufsschüler gegen die Einführung des Kurssystems. Von seiten der Schulbehörde ist das natürlich in erster Linie der Versuch, die Peitsche hinterm Zuckerbrot zu verbergen: Die Kurse als solche sind ja noch nicht vom Tisch! Man hofft, daß sich die Schüler erst einmal an die grundsätzliche Existenz des Wahlpflichtbereichs gewöhnen, um dann zu einem Zeitpunkt, wenn die Kampfbereitschaft der Kollegen abgeflaut sein sollte, die alten Pläne voll durchzusetzen. Die Schüler der Gewerbeschulen, an denen sich die Kämpfe konzentriert hatten, erkennen dieses Manöver der Behörde auch ganz klar.

Dort werden in den nächsten Wochen Gesamtschülerratssitzungen stattfinden, um die Kollegen aller Blöcke über die Pläne der Behörde zu informieren. Einen Beschluß der Schülerräte, der sich zustimmend zu den Maßnahmen von Grolle äußert, wird es dort mit Sicherheit nicht geben. Die Kollegen werden die Zeit nutzen, um in einem Jahr, wenn das Kurssystem neu „zur Diskussion gestellt werden soll", noch besser gewappnet zu sein. Lehrlingsgruppen bereiten unter anderem Ausstellungen über die Auswirkungen der Stufenausbildung vor, die in den Schulen gezeigt werden sollen.

Das „Hamburger Abendblatt" berichtete in seiner Ausgabe vom 17. 10. 1978: „Das teilweise Einlenken der Schulbehörde ist die Folge eines längeren Gespräches, das Senator Prof. Dr. Joist Grolle am Wochenende mit Vertretern des DGB, der IG Metall und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft hatte."

Dadurch soll offensichtlich der Eindruck erweckt werden, die DGB-Führer hätten sich plötzlich auf die Seite der kämpfenden Schüler gestellt. Tatsache ist: Alle DGB-Gewerkschaften haben sich bisher in ihren offiziellen Stellungnahmen für die Einführung von Stufenausbildung und Kurzausbildungsgängen und vor allem für die Angleichung des Berufsschulunterrichts an diese Maßnahmen ausgesprochen.

Der Hamburger DGB hat sich bis heute nicht zu der Forderung der Kollegen der G10/G16 (Elektrotechnik) und der G5 (Drucktechnik) geäußert, allen Schülern, die wegen der Organisierung und der Teilnahme an den Streikaktionen angezeigt wurden (bisher sind es vier Kollegen) vollen Rechtsschutz zu gewähren. Auf die Organisierung von Unterrichtsboykott stehen laut neuem Hamburger Schulgesetz sechs Monate Gefängnis!

Die Maßnahmen sind einzig und allein auf den Kampf der Berufsschüler zurückzuführen. Das zeigt sich nicht zuletzt durch das unterschiedliche Vorgehen der Behörde. An der G10/G16, dem Streikzentrum, sind die Kurse vorerst für ein Jahr vollständig gestrichen worden. An der G5, wo die Kämpfe ihren zweiten Höhepunkt fanden, wird den Schülern zusätzlich die Möglichkeit eingeräumt, in ganzen Klassenverbänden zu wählen!

(Der RM berichtete in Nr. 41/78 über die Streikaktion.)

Kantinenboykott in Schleswiger Kaserne

In der Schleswiger Kaserne „Auf der Freiheit" haben einige Kompanien mit einem Kantinenboykott begonnen. Die Soldaten wollen sich nicht mehr von den Kantinenpächtern durch überhöhte Preise ausplündern lassen. Der „Rote Marder", die Soldatenzeitung der Roten Garde für Norddeutschland, hat alle Kameraden aufgerufen, sich an diesem Boykott zu beteiligen. Die Genossen von der RG schlagen vor, den Kampf für folgende Forderungen zu führen:

„Als kurzfristiges Ziel: Die Preise dürfen nicht ohne Vertreter der Mannschaften kalkuliert werden. Hält sich der Kantinenpächter nicht daran bzw. geht er mit der Qualität der Waren runter, muß er rausfliegen.

Als langfristiges Ziel: Die Kantine muß unter die Selbstverwaltung der Mannschaften gestellt werden, das heißt, freigestellte Kameraden übernehmen die Kantine. So ist es ausgeschlossen, daß man uns bescheißt, denn die Waren können ohne Gewinn zum Selbstkostenpreis verkauft werden."

Einige Soldaten aus der Kaserne verfaßten den folgenden Brief, den sie sowohl an die „Schleswiger Nachrichten" als auch an den „Roten Morgen" schickten. Der Brief ist von insgesamt 227 Kameraden unterschrieben.

„Wir sind Soldaten der Kaserne ‚Auf der Freiheit' (sp Batl, 620). Wir wenden uns an Sie, um Zustände mitzuteilen, die der Öffentlichkeit bedürfen. Es handelt sich um das Kantinenproblem bei der Bundeswehr, in unserer Kaserne. Wir wissen, daß in der Bevölkerung jene unsozialen Praktiken weitgehend unbekannt sind, mit denen Kantinenpächter den Wehrpflichtigen (190-240 DM Wehrsold) das Geld aus der Tasche ziehen. Wir wollen Ihnen eine Auswahl von Mißständen geben, die aus erhöhten Preisen und Nichteinhaltung gesetzlicher Auflagen bestehen. Dazu einige Beispiele:



1.) Für die Kantinenpächter besteht die gesetzliche Auflage des Grundsortiments, nach der bestimmte Waren verbilligt angeboten werden müssen. Von der langen Liste anzubietender Waren werden in der Mannschaftskantine A zum Beispiel lediglich Cola, Eis, Billigbiere und Waren des persönlichen Bedarfs (Seife, Zahncreme usw.) angeboten. Verschiedenste Arten von Brötchen und anderen Speisen, die im Grundsortiment aufgeführt sind, werden entweder gar nicht oder zu Phantasiepreisen angeboten. Zum Beispiel:

		lt. Grundsortiment
1/2 Käsebrötchen	0,75 DM	0,55-0,60 DM
1 Riesen-Bockwurst	2,00 DM	1,25 DM
1 Protion Pommes frites	1,20 DM	1,00 DM
1 Fl. Holsten Edel	0,90 DM	0,85 DM

2.) Die anderen, frei kalkulierten Waren sollen nach der Kantinenverordnung mäßig kalkuliert, ihre Preise nicht höher sein als die vergleichbarer anderer Gaststätten (zum Beispiel Kantinen privater Betriebe). Beispiele ‚mäßiger Kalkulation':

1/2 Eibrötchen	0,75 DM
1/2 Schinkenbrötchen	1,00 DM
1/2 Hackbrötchen	0,75 DM
Kotelett kalt	ab 2,70 DM
Frikadelle	1,00 DM

3.) Ein Vergleich der Preise von fünf häufig gekauften Getränken mit einem SB-Laden in Kasernennähe hat einen Preisunterschied von 31,6 Prozent ergeben. Man bezahlt also in der BW-Kantine um ein Drittel mehr.

Diese unglaublichen Mißstände sind es, die uns bewogen haben, uns an Sie zu wenden und damit an die Öffentlichkeit. Die Monopolstellung und die Gewinnsucht der Kantinenpächter sind es, die unseren ohnehin schon geringen Wehrsold auf das unerträglichste schmälern. Wir sind der Meinung, daß die Mannschaftskantinen nicht länger unter Ausschluß der Wehrpflichtigen betrieben werden dürfen. Die Kantinenwirte dürfen sich nicht länger auf unsere Kosten bereichern!

Keine Schließung des Kalker Krankenhauses!

(Volkskorrespondenz aus Köln)

Das Kalker Krankenhaus ist eines der Häuser, die dem Kostendämpfungsgesetz zum Opfer fallen sollen. Der Träger ist die katholische Kirche, die der Schließung ebenfalls zustimmte. Weitere fünf Krankenhäuser sollen in Köln geschlossen werden. 1.400 Betten weniger in den nächsten Jahren — so lautet die Planung für Köln.

Tausende Bürger haben durch ihre Unterschrift gegen die Schließung des Kalker Krankenhauses protestiert. Denn diese Schließung bedeutet:

- **Schlechtere medizinische Versorgung durch Überfüllung der übrigen Krankenhäuser, lange Anfahrtswege für die Patienten und Überforderung des Personals.** Zwar wird in Kalk ein neues Krankenhaus gebaut, aber das wird die bisherige Bettenzahl längst nicht erreichen. Durchschnittlich über 4.000 Patienten werden jährlich im Kalker Krankenhaus behandelt. Das ist knapp ein Fünftel der Bevölkerung dieses Stadtteils. Seine Auslastungsquote liegt bei 85 Prozent. Das zeigt: Die Kalker brauchen dieses Krankenhaus.
- **Wegfall der Unfallchirurgie in Kalk.** Das Kalker Krankenhaus war Unfallchirurgie für KHD (Klöckner-Humboldt-Deutz) und die Chemische Fabrik Kalk. Zuständig ist ab 1980 dann nur noch ein weit entferntes Krankenhaus in Köln-Merheim. Spätestens hier wird ganz deutlich, wen die Schließung des Krankenhauses trifft. Nicht etwa die Reichen und deren Statthalter wie etwa den Herrn van Nes Ziegler (Oberbürgermeister von Köln), der dieser Schließung zustimmte. Der wird mit seinen fetten Diäten bestimmt ein Privatzimmer zur Verfügung gestellt bekommen. Die einfachen Leute, die Arbeiter, Angestellten, Rentner, Hausfrauen und Jugendlichen wird diese Schließung treffen. Bei einem Unfall geht's oft um Minuten. Wie vielen wird der lange Anfahrtsweg das Leben kosten?
- **280 Beschäftigte des Krankenhauses sollen ihren Arbeitsplatz verlieren!** Für viele ist es bereits das zweite Mal in kurzer Zeit. Sie saßen schon bei der Schließung eines Krankenhauses im nahe gelegenen Stadtteil Deutz auf der Straße. Bis heute wissen die Angestellten nicht, was mit ihnen passiert. Eine neue Stelle zu finden ist schwer. 8.000 Arbeitslose gibt es im Gesundheitsbereich in NRW — „Erfolge" des Kostendämpfungsgesetzes.

Minister Farthmann sagte seinen Besuch im Kalker Krankenhaus am 21. 9. an. SPD, CDU und FDP trösteten, „er würde schon einsichtig sein". Ca. 100 Kalker Bürger kamen. Zwei Mannschaftswagen der Polizei und zahlreiche Spitzel fehlten auch nicht. Sicherlich zum Schutz des Herrn Ministers. Aber dieser hatte es nicht einmal nötig, sich an die Kalker Bevölkerung zu wenden. Statt dessen „besichtigte" er mit Oberbürgermeister van Nes Ziegler das Krankenhaus und überzeugte diesen von der Notwendigkeit der Schließung des Krankenhauses.

Großzügig machte er ein Zugeständnis. Man wolle die Umwandlung des Hauses in ein Altenpflegeheim prüfen. Man stelle sich vor: Mitten in Kalk, kein Baum, kein Strauch, die Chemische Fabrik gleich nebenan — genau das richtige für alte Leute! Ein halbes Jahr Abgase, und man ist sie los! Aber sicher wird daraus nur ein schlichtes Altersheim. Die alten Menschen können für einen Platz darin ihre gesamte Rente hinblättern, und alle freuen sich — die Kirche, die Stadt, die Herren Minister — nur wir nicht, die Kalker Bürger.

Darum — keine Schließung des Kalker Krankenhauses!

Auftritt des „Sprachrohrs", Hamburg

Hannover: 5. 11. 78, 11 Uhr, Hannover-Herrenhausen, Saal des Studentenwohnheimes in der Dorotheenstraße (der in der letzten Ausgabe des „Roten Morgen" angekündigte Termin war falsch).

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen"

○ Ich möchte den „Roten Morgen", das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren

○ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Datum: .... **Unterschrift:** ....

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.**

Spendenkampagne zum 10. Jahrestag der Gründung der KPD/ML

In der letzten Woche gingen für die Spendenkampagne anläßlich des 10. Jahrestags der Gründung der KPD/ML folgende Spenden bei uns ein:

20. 10.	
N. Sp., Bremen	10.00
H. D. Sch., Heidenheim	50,00
Genossen aus Hochheim	115,00
K. L. und M. H., Bremen	200,00
23. 10.	
Kunden des Buchladens „Roter Morgen", Bochum	103,00
T. und M. K., Goldene Hochzeit, Lünen	50.00
26. 10.	
H. Sch., Duisburg	300,00
Branchenzelle Druck und Papier, Stuttgart	230,00
27. 10.	
„Dat Rode Land", Kiel	200,00
Stadtteilzelle HH-Wilhelmsburg	80,00
Genossen aus Heilbronn und Öhringen	40,00
insgesamt	1.378,00

Damit gingen für die Spendenkampagne anläßlich des 10. Jahrestags der Gründung der KPD/ML bisher

29.175,92 DM

an Spenden bei uns ein.

Wir danken allen Freunden und Genossen herzlich für ihre Spenden.

100.000 DM für die KPD/ML

Spendet auf die Konten der KPD/ML:

Postscheckamt Dortmund Kto.-Nr.: 6420-467

Stadtsparkasse Dortmund Kto.-Nr.: 321 004 547

Stichwort: 10 Jahre KPD/ML

Oktober im Bild



Für die Verteidigung der Arbeitsplätze und gegen den Aussperrungsterror der Kapitalisten demonstrierten in Dortmund rund 40.000 Werktätige. Zu der Demonstration hatte auch die RGO aufgerufen.







Auf den Werften in Kiel, Hamburg und Bremen kam es in den vergangenen Wochen zu verschiedenen Warnstreiks und Protestdemonstrationen. Damit wollten die Kollegen zum Ausdruck bringen, daß sie den Feldzug gegen ihre Arbeitsplätze nicht hinnehmen werden.



Bei den Landtagswahlen in Hessen und Bayern hatte unsere Partei zum Wahlboykott aufgerufen. Die Bilder zeigen Szenen aus der Agitation gegen die bürgerlichen Parteien.



In Hamburg, wo faschistische Banden vor einigen Wochen mit Stahlkugelschleudern gegen Antifaschisten vorgegangen waren, erhielten einige der Nazi-Terroristen — wie unser Bild zeigt — die verdiente Abreibung.



Auch im Oktober gab es in mehreren Städten der Bundesrepublik Aktionen gegen das dreiste Auftreten der Faschisten. Unser Bild zeigt Nazis in Dortmund, die sich der Wurfgeschosse der Antifaschisten zu erwehren versuchen.



In Hamburg traten rund 2.000 Berufsschüler in den Streik gegen ein neues „Kurssystem", das der verschärften Einführung der Stufenausbildung dient. 1.000 Schüler beteiligten sich an einer Demonstration zur Schulbehörde.



Ein Ausdruck der breiten Bewegung gegen die reaktionären Berufsverbote waren zwei große Protestdemonstrationen in Westberlin, an denen jeweils 10.000 Menschen teilnahmen.

Britannien: Fordarbeiter weiter im Streik



Die Arbeiter der britischen Fordwerke haben am Wochenende ein Angebot der Geschäftsleitung über 12,5 Prozent Lohnerhöhung abgelehnt und setzen ihren Streik fort. In diesem Angebot war allerdings auch eine sogenannte Anwesenheitsprämie enthalten. Zieht man diese Prämie von dem Angebot ab, bleiben ganze 8 Prozent. Die Arbeiter jedoch hatten eine Lohnerhöhung von 25 Prozent gefordert.

Bemerkenswert ist die Tatsache, daß die Fordbosse unter dem Druck des seit Wochen anhaltenden Kampfes bereit waren, die von der britischen Regierung festgelegte Lohnleitlinie von fünf Prozent zu überschreiten. Das wird auch Auswirkungen auf die Arbeitskämpfe in anderen Branchen und Betrieben haben.

EG: Zunehmende Kurzarbeit in der Stahlindustrie

Fast 60.000 Arbeiter in Westeuropa sind von den Stahlbossen auf Kurzarbeit gesetzt worden. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das eine Zunahme um 14.729. Besonders betroffen davon sind die französischen Kollegen. In Frankreich hat sich die Zahl der Kurzarbeiter binnen eines Monats verdreifacht (von 12.941 auf 36.288). In der Deutschen Bundesrepublik stieg in der gleichen Zeit die Zahl der Kurzarbeiter um 1.554 auf 10.373 an.

USA: VW-Tarifvertrag angenommen

Durch ihren einwöchigen, gegen den Willen der Gewerkschaftsführer begonnenen, Streik erreichten die VW-Arbeiter eine Lohnerhöhung von 1,50 Dollar (entgegen einem Dollar nach dem alten, von den Bonzen ausgehandelten Vertrag). Ihr wesentliches Streikziel, nämlich die Angleichung ihrer Löhne an die der anderen großen Konzerne, konnten sie jedoch nicht erreichen. Noch immer liegt der Lohn bei VW mit sieben Dollar um einen Dollar unter dem Tariflohn der amerikanischen Autoindustrie.

Rhodesien: Rassistische Mörder feiern ihr Massaker

Als „totalen Erfolg" feierte der rhodesische Rassistenchef Smith das Massaker, das seine Mordbanden in Mosambik und Sambia angerichtet haben. Dabei sind noch mehr Menschen umgebracht worden, als zunächst vermutet wurde. Die Gesamtzahl der Opfer beläuft sich auf 2.000. Im Lager Mkushi, nahe der sambischen Hauptstadt Lusaka, haben die faschistischen Banden 80 Mädchen kaltblütig erschossen und weitere 30, die sich vor ihnen versteckt hatten, mit Handgranaten ermordet.

Lateinamerika: Massenarbeitslosigkeit

Nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) sind gegenwärtig 155 Millionen Menschen in Lateinamerika arbeitslos. Weitere 175 Millionen sind Almosenempfänger, weil ihr Einkommen unter den Mindestlöhnen liegt.

Spanien: Boykott gegen Waffen für Faschisten

Die spanische Seeleutegewerkschaft hat beschlossen, Schiffe zu boykottieren, die Waffen für faschistische Regime geladen haben.

Kanada: Mit Polizeiterror gegen Streikende

16 Tage nach dem Beginn eines Streiks, mit dem die kanadischen Postler eine Lohnerhöhung von 15,5 Prozent erkämpfen wollten, ist die Regierung mit nacktem Terror gegen die Streikenden vorgegangen. Auf der Grundlage eines reaktionären Sondergesetzes wurde gegen vier Führer der Postgewerkschaft Haftbefehl erlassen. Polizeitruppen durchsuchten im ganzen Land die Gewerkschaftsbüros.



Postarbeiter aus Vancouver im Streik

Iran: Neuer Mordterror des Regimes — Scheel sagt dem Schah Unterstützung zu

Bei neuen schweren Kämpfen im Iran haben die faschistischen Polizei- und Militäreinheiten wieder eine große Zahl von Werktätigen ermordet. Allein in der Stadt Hamadan fielen 30 Demonstranten diesem Mordterror zum Opfer. Zur gleichen Zeit saß der Schah mit dem Bonner Wirtschaftsminister Lambsdorff zusammen, um über neue Aufträge für die westdeutschen Monopole zu verhandeln. Lambsdorff überbrachte auch eine Botschaft des Bundespräsidenten Scheel, in der dieser dem Henker auf dem Pfauenthron seine ausdrückliche Unterstützung zusichert.

Während der Kämpfe in der vergangenen Woche wurde in Gorgan das örtliche Hauptquartier des faschistischen Geheimdienstes Savak in Brand gesetzt. In Qom wurde von Demonstranten ein Sprengkörper in einen Militärjeep geschleudert und in Jahrom der Polizeichef der Provinz Pars hingerichtet, als er von der Geburtstagsfeier des Schah zurückkehrte.

REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

Bandeira Vermelha

Portugal

VANGUARDIA OBRERA

Spanien

ΠΡΟΛΕΤΑΡΙΑΚΗ ΣΗΜΑΙΑ

Griechenland

PROLETARI DI TUTTI I PAESI, UNITEVI!

nuova unità

Italien

Lieber Leser des „Roten Morgen"

Abonnements für die abgebildeten Zeitungen und für andere Zeitungen der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über den Verlag Roter Morgen vermittelt werden. Wir bitten, insbesondere auch die ausländischen Kollegen auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Die Zeitungen sind nur im Abonnement erhältlich.

Bestellungen bitte an: Verlag Roter Morgen (Vertrieb), 46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/433691 u. 433692, Postfach 300526

Deng bei Japans Hitler

Pekings Pakt mit dem japanischen Militarismus

Die Szene wirkte gespenstisch. Im Kaiserpalast von Tokio sprachen zwei Männer vertraulich über die Vergangenheit, so als wären sie alte Freunde. Der eine war Deng Hsiao-ping, einer der führenden Repräsentanten des chinesischen Staates, der andere war Kaiser Hirohito, ehemals Oberbefehlshaber der japanischen Armee, die mordend und sengend in China eingefallen war. Der Dialog, der dort geführt wurde, ist es wert, festgehalten zu werden.

Deng erklärte, von jetzt an gelte es, alles Vergangene vergangen sein zu lassen. Darauf der Kaiser: „In der ungewöhnlich gemeinsamen Geschichte unserer beiden Länder hat es einmal unglückliche Ereignisse gegeben. Aber wie Sie eben selbst sagten, gehören sie der Vergangenheit an." Unglückliche Ereignisse! So kann man es auch nennen. 12 Millionen Chinesen wurden in den dreißiger und vierziger Jahren von den japanischen Eroberern grausam massakriert. An der Spitze des faschistischen Staates stand damals Kaiser Hirohito. Er gab als Oberbefehlshaber der faschistischen Armee den Befehl zum Überfall auf China, die Weisung zur Errichtung eines barbarischen Terrorregimes, das sich in der Geschichte nur mit dem der Nazis vergleichen läßt.

Aber Deng hat alles vergeben. Er spricht den Massenmörder seines eigenen Volkes von seinen Verbrechen frei. Und um diesen unglaublichen Kotau noch zu unterstreichen, wirft er sich dem heutigen Ministerpräsidenten Fukuda, damals einer der Statthalter des Kaisers im eroberten China, um den Hals und küßt ihn auf beide Wangen. Ein solcher Vorgang ist wahrhaftig einmalig in der jüngeren Geschichte. So offen und unverschämt haben sich noch nicht einmal die westlichen Imperialisten mit den alten faschistischen Kriegsbrandstiftern verbrüdert.

Das blieb den chinesischen Revisionisten vorbehalten. Und mit dieser Verbrüderung, die ein Schlag ins Gesicht des chinesischen Volkes, eine nicht zu überbietende Verhöhnung der Leiden und des Kampfes dieses Volkes ist, mit dieser Verbrüderung beginnt das neue Kapitel der chinesisch-japanischen Freundschaft, von der Deng in Tokio so viel redete.

Der Streit um die Hegemonieklausel

Es ist die Freundschaft, die Allianz zweier aggressiver Mächte, des wiedererstarkten japanischen Imperialismus und des chinesischen Revisionismus. Seinen Ausdruck findet diese Allianz in dem „Friedensvertrag", zu dessen Ratifizierung Deng jetzt nach Tokio gereist ist. Jahrelang hatte der Streit um diesen Vertrag gedauert. Im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen stand dabei die sogenannte Antihegemonieklausel. Sie lautet in der endgültigen Fassung des Vertrags:

„Die Vertragsparteien erklären: Keine von ihnen wird im asiatisch-pazifischen Raum oder irgendeinem anderen Gebiet nach Hegemonie streben, und jede Seite wird der Bestreben eines dritten Landes oder einer Gruppe von Ländern, eine solche Hegemonie zu errichten, entgegentreten."

Um das Wesen einer solchen Klausel zu verstehen, muß man die diplomatischen Formulierungen des Vertrags mit der Politik der Vertragspartner in Beziehung setzen. Wenn von Hegemonie im asiatisch-pazifischen Raum gesprochen wird, so muß in erster Linie der amerikanische Imperialismus genannt werden. Er hat die Länder dieses Raums, von Südkorea bis Malaysia, von Thailand bis zu den Philippinen mit einem Netz von Militärstützpunkten überzogen. Und nicht nur das. Er hält einen Teil Chinas, nämlich die Insel Taiwan, unter seinem Besatzerstiefel. Und er hat mit den Herren in Tokio einen sogenannten Sicherheitsvertrag geschlossen, auf dessen Grundlage 43.600 amerikanische Soldaten in Japan stationiert sind. Das ganze Land ist wirtschaftlich, politisch und militärisch eng mit der amerikanischen Supermacht verbunden.

Also richtet sich die Antihegemonieklausel gegen Washington? Nicht im geringsten. Bei seinem Aufenthalt in Tokio machte Deng noch einmal ausdrücklich klar, daß sein Regime entschieden für den „Sicherheitsvertrag" eintritt und die militärische Präsenz Washingtons ausdrücklich begrüßt. Weiter trieb Deng massive Propaganda für die weitere Stärkung des japanischen Militarismus, indem er bei jeder Gelegenheit nach einer verstärkten Aufrüstung der japanischen Streitkräfte schrie. Nun ist aber die japanische Militärmaschine nichts anderes als ein aggressives Machtinstrument der Tokioer Imperialisten, auf das sie sich bei dem Bestreben stützen, ihrerseits den Einfluß im asiatisch-pazifischen Raum zu stärken und diese Region unter ihre Kontrolle zu bekommen. Die Stärkung des japanischen Militarismus fordern, heißt also nichts anderes als den Hegemoniebestrebungen Tokios Vorschub zu leisten. Der gegenseitige Verzicht auf Hegemonie im Vertrag ist demnach nur Propagandageschwätz. Und auch die chinesischen Revisionisten gehen ja immer offener daran, ihren Einfluß in Südostasien auszuweiten.

Schirmherr — die amerikanische Supermacht

So läßt sich die Antihegemonieklausel darauf reduzieren, daß sie einseitig gegen die russischen Imperialisten gerichtet ist. Die Regierung in Tokio hat das auch von vornherein so verstanden. Noch 1975 formulierte Außenminister Miyazawa die Bedenken Tokios gegen die Klausel in einem Katalog von vier Bedingungen, darunter: 1) Die Klausel dürfe sich nicht gegen ein bestimmtes Land richten. 2.) Sie bedeute keine gemeinsame Aktion. Dabei ist bemerkenswert, daß die japanischen Imperialisten den Sinn der von Peking entworfenen Klausel nicht nur so verstanden, daß diese sich gegen ein bestimmtes Land, nämlich die Sowjetunion richtet, sondern auch so, daß sie zur „gemeinsamen Aktion" verpflichtet. Mit anderen Worten: Die Antihegemonieklausel und damit der ganze sogenannte Friedensvertrag ist ein imperialistischer Pakt, mit dem sich Peking und Tokio verpflichten, gemeinsam ihre aggressiven Pläne und Ziele gegenüber den Sozialimperialisten abzustecken. Und der Schirmherr dieses Paktes ist die amerikanische Supermacht, deren Verbleiben in Asien und im Pazifik beide Seiten ausdrücklich wünschen.

Die Bedenken Tokios gegen den Pakt rührten daher, daß sich die japanischen Imperialisten den Weg für einen Schacher mit Moskau um die gemeinsame Ausbeutung der riesigen Reichtümer Sibiriens offen halten wollten. Aber unter dem Eindruck der atemberaubenden Schnelligkeit, mit der die Pekinger Herren den Ausverkauf Chinas an die westlichen Imperialisten betreiben, entschlossen sie sich, alles auf die chinesische Karte zu setzen. 1977 ließ die Regierung Fukuda erklären, daß sie die obengenannten Bedingungen zurückziehen würde, daß sie bereit ist, den gemeinsamen Pakt mit Peking abzuschließen.

Japanische Kapitaloffensive

Vor vier Jahrzehnten bahnten sich die japanischen Monopole mit brutaler Gewalt den Weg nach China. Heute haben ihnen die Verräter um Deng und Hua die Tore weit geöffnet. Beim Besuch des Pekinger Mandarins in Tokio wurde eine neue Kapitaloffensive der Monopolherren nach China ausgehandelt. Sie sollen weitere Stahlwerke, chemische Großanlagen, Werften, Hafenanlagen usw. bauen, um den Pekinger Herren den Weg zur Errichtung einer neuen Supermacht zu ebnen. Zahlen können die Hua und Deng nicht. Darüber wurde in Tokio ganz offen gesprochen. Aber das ist kein Hindernis. Denn einmal sind die chinesischen Revisionisten ja längst dazu übergegangen, sich bei den westlichen Imperialisten zu verschulden, auch wenn das eine immer größere Abhängigkeit von ihnen bedeutet. Und zum anderen sollen die japanischen Monopolherren reichlich durch chinesische Rohstoffe entschädigt werden. Wobei ihnen die Pekinger Führer die „Erschließung", das heißt die Ausplünderung von Erdöl, Kohle, Kupfer, Zinn, Aluminium usw. überlassen wollen.

Bei seinem Besuch in Tokio versäumte es Deng auch nicht, die Beziehungen zu den japanischen Waffenschmieden noch enger zu knüpfen. So besuchte er unter anderem auch den Nissan-Konzern. Dieser Konzern hält sich einen Berater, den Luftwaffengeneral Kanji Tanaka, der unmittelbar vor Dengs Besuch mit Generälen der anderen beiden Waffengattungen in Peking weilte. Diese Herren sind in anderen Rüstungskonzernen als Berater tätig. Man kann also davon ausgehen, daß sich auf der Basis des „Friedensvertrags" bald ein ausgedehnter Waffenhandel und eine wachsende militärische Zusammenarbeit zwischen Peking und Tokio entwickeln wird. Wie weit diese Komplizenschaft schon gediehen ist, zeigte sich erst am 1. Oktober. Dieses Datum markiert den Sieg des chinesischen Volkes über den japanischen Imperialismus und die Gründung der Volksrepublik China. Auf dem Empfang, den die chinesische Botschaft in Tokio aus diesem Anlaß gab, tummelten sich mehrere hundert (!) uniformierte und zivile Angehörige der japanischen Streitkräfte und des Kriegsministeriums. Darunter auch solche Offiziere, die sich „Ruhm und Ehre" als Schlächter am chinesischen Volk erworben hatten.

Der Besuch Dengs in Tokio, sein unverhohlenes Auftreten für den japanischen Imperialismus und die amerikanischen Besatzer, stießen auf die helle Empörung der japanischen Werktätigen, die seit Jahren große Kämpfe gegen die Wiederbelebung des Militarismus und für die Vertreibung der amerikanischen Truppen führen. Diese Empörung äußerte sich auch in mehreren Demonstrationen, die gegen Deng von revolutionären und fortschrittlichen Organisationen durchgeführt wurden. (Die westdeutschen Propagandaorgane schwiegen sich allerdings darüber aus. Sie wollten den Eindruck erwecken, als hätten nur ein paar alte Faschisten Krawall um Deng gemacht). Der Pakt der Deng und Hua mit dem japanischen Militarismus, die dreiste Freisprechung der faschistischen Kriegsverbrecher, unter deren Terror fast alle Völker Südostasiens gelitten haben, all das wird diesen Völkern die Augen über den wahren Charakter der Pekinger Herren noch weiter öffnen. Und es wird den Haß des chinesischen Volkes gegen diese Verräter, die sich als seine Freunde aufspielen, stärken.

Ein Jahr Gemeinsame Erklärung

Für die Festigung der Einheit der marxistisch-leninistischen Parteien!

Vor nunmehr einem Jahr, im Oktober 1977, unterzeichneten Vertreter der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten, der Kommunistischen Partei Griechenlands/Marxisten-Leninisten, der Kommunistischen Partei Italiens/Marxisten-Leninisten, der Portugiesischen Kommunistischen Partei (Wiederaufgebaut) und der Kommunistischen Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten eine gemeinsame Erklärung dieser fünf Parteien. Diese Erklärung wurde beschlossen, um, wie es in den einleitenden Worten dazu heißt, „den gemeinsamen Kampf der Arbeiterklasse und der Volksmassen unserer Länder zu stärken und um einen Beitrag im Kampf um die Einheit der kommunistischen Weltbewegung auf der Grundlage der Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus zu leisten."

Das Jahr 1977, in dem diese Gemeinsame Erklärung entstand, war ein Jahr verstärkter Bemühungen, die Einheit und die Zusammenarbeit unter den kommunistischen Parteien zu verstärken. Dies war nicht zuletzt das Verdienst der Partei der Arbeit Albaniens, deren Erster Sekretär, Genosse Enver Hoxha, auf dem VII. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens im November 1976 die Notwendigkeit solcher Bemühungen betont hatte. Danach wurde in einer Reihe von Erklärungen, die von verschiedenen Bruderparteien veröffentlicht wurden, diese Notwendigkeit der Vertiefung der Einheit und Zusammenarbeit zwischen den marxistisch-leninistischen Parteien unterstrichen. Der erste große Erfolg in dieser Hinsicht war die gemeinsame Erklärung marxistisch-leninistischer Parteien Lateinamerikas. Weitere Erfolge waren internationalistische Kundgebungen in Rom, Ludwigshafen, Athen und Lissabon, auf denen sehr viele marxistisch-leninistische Parteien aus Westeuropa und anderen Ländern der Welt mit Delegationen oder über Grußadressen vertreten waren. Im Oktober schließlich wurde dann die Gemeinsame Erklärung fünf westeuropäischer Parteien unterzeichnet, in der der Marxismus-Leninismus, seine Prinzipien, vor allem aber auch seine konkrete Anwendung bei der Analyse der heutigen internationalen Lage und bei der Bestimmung der daraus erwachsenden Aufgaben für die marxistisch-leninistischen Parteien gegen die konterrevolutionäre „Theorie der drei Welten" verteidigt werden.

Unsere Partei mißt all diesen Bemühungen, und insbesondere der Gemeinsamen Erklärung von fünf europäischen Bruderparteien, große Bedeutung bei. Um das zu verstehen, muß man sich vor Augen halten, daß diese Gemeinsame Erklärung seit vielen Jahren, praktisch seit dem Verrat der modernen Revisionisten und der Spaltung der kommunistischen Weltbewegung durch sie, das erste umfassende Dokument der Einheit europäischer Parteien ist. Zwar gab es auch vorher schon die Einheit der wahrhaft marxistisch-leninistischen Parteien in der Treue zum Marxismus-Leninismus und im Kampf gegen den modernen Revisionismus, gab es brüderliche Beziehungen zwischen den Parteien, bilaterale Erklärungen und praktische Zusammenarbeit. Mit der Gemeinsamen Erklärung, die als Ergebnis intensiver Beratungen entstand, wurde aber zum ersten Mal von mehreren Parteien der Versuch unternommen, gemeinsame strategische und wichtige taktische Aufgaben verbindlich festzulegen. Ausgehend von der Einschätzung: **„Die Epoche, in der wir leben, ist die Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution, und die gegenwärtige Lage in der Welt ist das Ergebnis der Entwicklung und Verschärfung der von Lenin und Stalin analysierten wesentlichen Widersprüche dieser Epoche"** werden in der Gemeinsamen Erklärung die Aufgaben der Parteien im Kampf gegen die Verschlechterung der Lebenslage der Werktätigen, gegen Reaktion und Faschismus, gegen die Kriegspolitik des Imperialismus, besonders gegen die beiden Supermächte festgelegt, und es wird unterstrichen: **„Alle diese Kämpfe führen unsere Parteien mit dem Ziel, in unseren Ländern die Bedingungen für den Sieg der Revolution und des Sozialismus zu schaffen. Die gewaltsame Zerschlagung der Diktatur des Proletariats und des Sozialismus, die Weiterführung der Revolution bis zur Verwirklichung des Kommunismus, der klassenlosen Gesellschaft — das ist die bereits von Marx und Engels aufgezeigte historische Mission des Proletariats, deren Verwirklichung der gesamte Kampf unserer Parteien dient."**

Von besonderer Bedeutung ist die Tatsache, daß diese Gemeinsame Erklärung sich prinzipiell und in entscheidenden strategischen und taktischen Fragen von der sogenannten „Theorie der drei Welten" abgrenzt und ihren revisionistischen Charakter schonungslos entlarvt. Unmißverständlich wird festgestellt: **„Unsere Parteien erklären mit aller Entschiedenheit, daß die „Theorie der drei Welten" niemals die Grundlage für die Strategie der kommunistischen Weltbewegung sein kann; denn diese ‚Theorie' ist keine marxistisch-leninistische Theorie, sondern eine vollständige Revision und Verfälschung des Marxismus-Leninismus. (...) Die „Theorie der drei Welten" stärkt die Feinde der Revolution und des Sozialismus. Sie unterstützt die Kriegsvorbereitungen des USA-Imperialismus und seiner imperialistischen Verbündeten. Sie ist gegen den Kampf des Proletariats in den kapitalistischen Ländern für die sozialistische Revolution und gegen den nationalen Befreiungskampf der unterdrückten Völker gerichtet."**

Damit wird ein klarer und eindeutiger Trennungsstrich zu den chinesischen Revisionisten gezogen, auch wenn sie, aufgrund des damaligen Standes der Auseinandersetzung, noch nicht beim Namen genannt werden; auch wenn in dieser Erklärung noch vollständig getrennt wird zwischen der „Theorie der drei Welten" und dem Werk und der Politik Mao Tsetungs, was nach der heutigen Auffassung unserer Partei so nicht richtig ist. (Siehe dazu auch „Der Weg der Partei", Nr. 4/78.)

Es ist kein Zufall, daß das erste umfassende Dokument der tiefen Einheit dieser fünf Parteien zugleich ein Dokument des Kampfes gegen die „Theorie der drei Welten" und ihre Urheber, die chinesischen Revisionisten, ist. Denn angesichts der prinzipienlosen und zugleich brutalen Versuche der chinesischen Revisionisten, ihre konterrevolutionäre „Theorie der drei Welten" der gesamten marxistisch-leninistischen Weltbewegung als neue Generallinie aufzuzwingen, ergab sich für alle wahrhaften Marxisten-Leninisten die dringende Notwendigkeit, sich zur Verteidigung des Marxismus-Leninismus und der Einheit der marxistisch-leninistischen Weltbewegung zusammenzuschließen. Das ist das eine.

Aber es gibt noch einen anderen Grund dafür, warum das Jahr 1977 zugleich ein Jahr des Kampfes gegen die revisionistische Drei-Welten-Theorie **und** für die Vertiefung der Einheit der kommunistischen Parteien war. Weder die „Drei-Welten-Theoretiker" noch Mao Tsetung, wie unsere Partei heute meint, wollten eine feste, unverbrüchliche Einheit der kommunistischen Parteien auf marxistisch-leninistischer Grundlage bzw. bekämpften sie sogar. Das geschah und geschieht als logische Konsequenz der opportunistischen Politik der Klassenversöhnung und Klassenzusammenarbeit, die Mao Tsetung vertrat, und der Politik der konterrevolutionären Zusammenarbeit mit dem Imperialismus, wie sie heute von den chinesischen Revisionisten betrieben wird. Denn die Unterschätzung bzw. die Sabotage am Kampf für die Einheit der kommunistischen Parteien der Welt bedeutet nichts anderes als Sabotage und Verrat an der historischen Mission der internationalen Arbeiterklasse — dem Kampf für den Sieg der proletarischen Weltrevolution.

Genosse Enver Hoxha betonte bereits auf dem VII. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens: **„Es ist notwendig, daß wir als internationalistische Kommunisten unter uns Erfahrungen austauschen und daß jeder unter den Bedingungen seines Landes aufgrund des Marxismus-Leninismus handelt. Das ist unerläßlich, weil natürlich auch die Bourgeoisie und die Revisionisten miteinander zusammenarbeiten. Das tun sie in vielfältigen Formen und auf verschiedenste Weise, bis hin zu ‚international' genannten regelmäßigen Beratungen. Ihr Ziel ist uns klar. Ihnen geht es in erster Linie darum, ihre Ausbeutermacht auf dem Rücken des Volkes zu erhalten und das Proletariat durch allerlei Intrigen, die von ihnen geschmiedet werden, zu bekämpfen, damit es sich nicht organisiert, sich nicht in den Lehren des Marxismus-Leninismus stählt und nicht den Sozialismus und Kommunismus durch die Revolution errichtet."**

So betrachtet, bedeuten die Anstrengungen im Jahre 1977 zur Vertiefung der Zusammenarbeit der marxistisch-leninistischen Parteien einen Sieg des Marxismus-Leninismus über den Verrat des Revisionismus, insbesondere des chinesischen Revisionismus, der für die internationale Arbeiterklasse und ihren Kampf für den Sieg der Weltrevolution von entscheidender Bedeutung ist.

Seit dem Oktober 1977 sind auf diesem Weg zur Festigung der Einheit der marxistisch-leninistischen Weltbewegung weitere wichtige Fortschritte erzielt worden. Zahlreiche Parteien verteidigten in Erklärungen oder Veröffentlichungen ihrer Zentralorgane ausdrücklich den Marxismus-Leninismus gegen den Verrat der chinesischen Revisionisten. Neue marxistisch-leninistische Parteien gründeten sich, wahrhaft marxistisch-leninistische Organisationen bereiten die Gründung von kommunistischen Parteien vor. Vor allem die Verurteilung des antimarxistischen und chauvinistischen Akts der Volksrepublik China gegen die Volksrepublik Albanien durch eine Vielzahl von marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen wurde zu einer eindrucksvollen Demonstration der in den letzten zwei Jahren erzielten Erfolge bei der Herstellung und Festigung der Einheit der kommunistischen Weltbewegung. Große Bedeutung in diesem Zusammenhang besitzt auch die wissenschaftliche Konferenz über Probleme der heutigen Weltentwicklung, die kürzlich unter Beteiligung zahlreicher marxistisch-leninistischer Parteien in Tirana stattfand. Auf diesem Weg gemeinsamer Beratungen und gemeinsamen Kampfes der kommunistischen Parteien gegen Imperialismus, Reaktion und Revisionismus gilt es weiter voranzuschreiten. Unsere Partei wird sich auch in Zukunft mit aller Kraft dafür einsetzen, daß die revolutionäre Zusammenarbeit der marxistisch-leninistischen Parteien der Welt verstärkt und vertieft wird.

Carters Anti-Inflationsprogramm

Feldzug gegen die Werktätigen

Der amerikanische Präsident Carter hat in der vergangenen Woche ein Programm bekanntgegeben, mit dem die Inflation, deren Rate heute nach Regierungsangaben bei über acht Prozent liegt, bekämpft werden soll. Tatsächlich aber ist dieses Programm in erster Linie eine Kampfansage an die Werktätigen, ein Raubzug gegen ihre Löhne und ein Schlag gegen ihre gewerkschaftlichen Rechte.

Die USA, das mächtigste Land der westlichen Welt, versinken immer tiefer im Morast der kapitalistischen Krise. Der Fall des Dollarkurses ist ebenso ein Zeichen dafür wie das große Handelsdefizit, das in den ersten Monaten des Jahres auf 22,67 Milliarden Dollar (Vorjahr: 17,93 Milliarden) angestiegen ist, oder das riesige Loch von 40 Milliarden Dollar, das in der Haushaltskasse des Staates klafft. Das ernsteste Problem für die Werktätigen ist die Massenarbeitslosigkeit. Acht Millionen umfaßt heute schon das Heer der Erwerbslosen. In einigen Industriezentren wie zum Beispiel in der Autometropole Detroit, ist die Rate der Arbeitslosen schon auf Werte um 12 Prozent angestiegen.



Die Werktätigen sind nicht bereit, die Angriffe auf ihre Lebenslage hinzunehmen. Streik in New York, August 1978.

Und in dieser Situation unternimmt Carter mit seinem Programm Schritte, um die Arbeitslosigkeit noch weiter zu erhöhen. Als Mittel, um das durch gigantische Rüstungsausgaben und Subventionen für die Monopole entstandene Haushaltsloch zu stopfen, hat er sich folgendes einfallen lassen: Von zwei offenen Planstellen bei den Bundesbehörden soll jeweils nur noch eine besetzt werden. So will das Weiße Haus auf kaltem Wege mit einem Schlag 20.000 Angestellte des öffentlichen Dienstes auf die Straße werfen. Und wer davon betroffen sein wird, das hat sich in der letzten Zeit bei den Rationalisierungsfeldzügen der Großstädte wie New York schon gezeigt. Da wurden auch schon zwecks Aufbesserung der öffentlichen Finanzen Tausende von Feuerwehrleuten, Müllmännern und Lehrern aus dem Dienst gejagt.

Der Kern von Carters Anti-Inflationsprogramm sind sogenannte freiwillige Beschränkungen bei Lohn- und Preiserhöhungen. Nun ist das mit der Freiwilligkeit natürlich so eine Sache. Niemals werden sich die Kapitalisten auf den Appell aus dem Weißen Haus hin dazu bewegen lassen, die Preistreiberei aufzugeben. Aus einem berufenen Munde, nämlich vom westdeutschen Monopolkapitalisten Wolff von Amerongen, konnte man in einem Kommentar dazu hören: „Ich kann mir dieses System nicht recht vorstellen."

Anders sieht es bei den Werktätigen aus. Denn einmal sind es nicht sie selbst, die die Löhne aushandeln, sondern die reaktionären Gewerkschaftsbonzen. Und die werden sich sicher teilweise für einen „freiwilligen" Verzicht gewinnen lassen, den nicht sie selbst, sondern die Arbeiter und kleinen Angestellten tragen müssen. Zum anderen hat Carter jetzt eine Behörde eingerichtet, in der 135 Aufpasser die Tarifabschlüsse überwachen und die vom Weißen Haus festgesetzte 7-Prozent-Grenze durchsetzen sollen.

Das ist ein tiefgehender Angriff auf die Tariffreiheit und bedeutet den ersten Schritt hin zu staatlichen Zwangslöhnen. Zudem haben die amerikanischen Kapitalisten ein Antistreikgesetz (das berüchtigte Taft-Hartley-Gesetz) in der Hand, mit dem sie jeden Streik für illegal erklären und jeden Streikenden ins Gefängnis werfen lassen können. Carter hat dieses reaktionäre Gesetz in der letzten Zeit zweimal angewendet; gegen den großen Streik der Bergarbeiter und gegen den Eisenbahnerstreik vor einigen Wochen.

Die neuen Angriffe der Carter-Regierung sind bei den amerikanischen Werktätigen auf große Empörung gestoßen. Sie sind nicht bereit, sich angesichts der steigenden Teuerung mit Lohnraubabschlüssen von sieben Prozent abspeisen zu lassen. Und die großen Kämpfe der letzten Zeit haben gezeigt, daß sich die amerikanische Arbeiterklasse weder von den reaktionären Gewerkschaftsführern noch durch Drohung mit Gefängnisstrafen das Streiken verbieten läßt.

HÖRT RADIO TIRANA

JHRZEIT	WELLENLÄNGE		
	1. Programm		
13.00-13.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
14.30-15.00	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
16.00-16.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
18.00-18.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
19.00-19.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	2. Programm		
19.00-19.30	1394 kHz	215 m	MW
21.30-22.00	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
23.00-23.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
06.00-06.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW



Programmentwurf der Revolutionären Landvolkbewegung erschienen

Hinein in die Revolutionäre Landvolkbewegung!

Nach mehreren Extrablättern im Sommer erschien jetzt zum Oktober die erste reguläre Ausgabe von „Freies Landvolk“, der Zeitung der Revolutionären Landvolkbewegung (RLB). Gleichzeitig liegt eine Sondernummer mit dem Entwurf eines Programms der RLB vor. In dieser Sondernummer heißt es einleitend: „Vor einiger Zeit trafen aus vielen Regionen der Bundesrepublik Bewohner des ländlichen Raumes zusammen, um auf mehreren Konferenzen die Situation des Landvolks zu analysieren. Man kam überein, den Kampf gegen die ständig sich weiter verschlechternden Lebensbedingungen auf dem Land aufzunehmen und dazu den Aufbau einer ländlichen Kampforganisation zu unterstützen, den Aufbau der Revolutionären Landvolkbewegung.“

Die Notwendigkeit einer solchen Initiative ist offensichtlich, wenn man sich die erdrückenden Lebensbedingungen der Landbevölkerung vor Augen führt, die der Programmentwurf beim Namen nennt: seit 1945 sind über eine Million bäuerliche Existenzen dem brutalen Bauernlegen zum Opfer gefallen. Ein großer Teil der noch bestehenden 850.000 Höfe existiert am Rande des Ruins, viele Bauern sind gezwungen, sich zusätzlich Arbeit in der Fabrik zu suchen. 60 Prozent der Küstenfischer haben ihre Kutter für immer festmachen müssen. Ähnlich sieht die Lage der Winzer und Gärtner aus.

Während die Arbeiter auf dem Lande unter Tarif bezahlt werden, sehen sie sich der wachsenden Arbeitslosigkeit ausgesetzt, die in ländlichen Gebieten besonders hoch ist. Vor allen Dingen trifft die Arbeitslosigkeit die Landjugend, was eine Landflucht der Jugend zur Folge hat. Und auf den Höfen müssen bereits die Kinder mitschuften, um den väterlichen Hof vor dem Zugriff der Banken mit ihren Wucherzinsen retten zu helfen. Die Landfrau, die tagaus, tagein sowohl den Haushalt führen als auch auf dem Felde oder im Stall mitarbeiten muß, hat in der Regel seit Jahren — nicht selten seit Jahrzehnten — keinen Urlaub mehr gesehen, von einer Kur ganz zu schweigen. Ganze Landstriche veröden, weil Eisenbahnen, Schulen und kulturelle Einrichtungen abgebaut werden.

Das alles hat schon seit Jahren zu wiederholten Protesten der Landbevölkerung geführt. Allen erinnerlich sind noch die großen Bauerndemonstrationen anfang der siebziger Jahre. Militante Aktionen wie zum Beispiel die Behinderung von Panzern bei Manövern, die Blockierung der Kieler Schleuse durch die Küstenfischer und die gewaltsamen Kämpfe der Einwohner von Ermershausen gegen die Eingemeindung haben gezeigt, daß die Landbevölkerung zum Kampf bereit ist.

Daß aber nicht alle Landbewohner in der gleichen Situation sind, daß nicht Bauer gleich Bauer ist, das hält der Programmentwurf klar auseinander. So heißt es unter der Überschrift „Zwei Sorten von Bauern“: „Der Bonner Staat und die EG betreiben immer schärfer das Bauernlegen. Die Großbauern, Großagrarier und Agrarkapitalisten aber werden nach Kräften gefördert, weil sie im Sinne des Bonner Staates und der EG rentabel sind. Sie erhalten fast alle Subventionen und Vergünstigungen, während wir kleinen und mittleren Bauern nahezu von jeder Förderung ausgeschlossen werden. Im Gegenteil, uns wird dafür noch das Geld aus den Taschen gezogen. Nach den Plänen des Bonner Staates sollen wir das Vielfache der Steuern von dem zahlen, was die Großen entrichten müssen.

Nur wenige Bauern erzielen selbst nach offiziellen Angaben ein ausreichendes Einkommen, das sind in der Regel die Großbauern, Großagrarier und Agrarkapitalisten. Sie betreiben die Landwirtschaft mit großen Produktionseinheiten und haben die Massentierhaltung unter ihrer Kontrolle. Durch die Ausbeutung von Landarbeitern können sie noch zusätzlich Profite einstreichen.“

Der Programmentwurf geht auch auf die Spaltung der deutschen Nation und die Kriegsgefahr durch die Rivalität der beiden Supermächte ein. Weiter stellt die RLB heraus, daß sie in der jahrhundertealten Tradition revolutionärer Kämpfe der Bauernschaft steht. Über die gegenwärtigen Aufgaben heißt es:

„Wir müssen uns organisieren, und zwar auf neue Weise. Es darf kein Bet- und Bettelverein sein, der mit Gesuchen und Bittbriefen die Lage verändern will. Die Zeit der Resolutionen auf dem Lande ist endgültig vorbei! Das Kapital und seine Handlanger verstehen nur eine Sprache, die mutigen Kampfaktionen des organisierten Landvolks! Deshalb muß unsere neue Organisation ein Kampfverband sein, der nicht in erster Linie Mitgliedsbücher verteilt, sondern jedem einen Kampfplatz gibt, der bereit ist zu kämpfen. Eine solche Organisation will die Revolutionäre Landvolkbewegung (RLB) sein.“

Der Programmentwurf schließt mit einem konkreten Kampfprogramm ab, das sich in allgemeine Forderungen der ganzen Landbevölkerung, in Forderungen für die Klein- und Mittelbauern sowie Winzer, Gärtner und Fischer, in Forderungen der Landarbeiter, der Landjugend und der Landfrauen gliedert. Die Diskussion dieses Forderungsprogramms wird im Mittelpunkt der jetzt anstehenden Versammlungen der RLB auf dem Lande stehen.

Unsere Partei hat den Kampf der Bauern und der anderen Werktätigen auf dem Land stets unterstützt. Die werktätigen Bauern sind der engste Bündnispartner des Proletariats in seinem Kampf für den Sozialismus. Deshalb ist die Schmiedung eines festen Bündnisses zwischen Arbeitern und Bauern eine revolutionäre Aufgabe von größter Bedeutung. Der Aufbau der Revolutionären Landvolkbewegung ist ein wichtiger Schritt bei der Erfüllung dieser Aufgabe.

Bauern im Widerstand gegen die Flurbereinigung

(Aus „Freies Landvolk“ Nr. 1/78). Auch in Kattenvenne (Kreis Steinfurt) soll die Flurbereinigung durchgeführt werden. Eine in Jahrhunderten gewachsene Landschaft soll total zerstört werden, ohne daß die große Mehrheit der Bauern irgendeinen Nutzen davon hätte. Doch auch in Kattenvenne regt sich dagegen der Widerstand. Korrespondenten vom „Freien Landvolk“ sprachen mit Bauer Wilhelm Kruse, einem der beiden Sprecher der Kattenvenner Flurbereinigungsgegner. (FL = „Freies Landvolk“, K = Bauer Kruse. Interview wurde von der Redaktion leicht gekürzt.).

FL („Freies Landvolk“): Wir haben gehört, daß sich hier schon seit längerer Zeit der Widerstand gegen die Flurbereinigung regt. Wie hat das Ganze angefangen?

K.: Vor vier Jahren hatten wir eine erste Informationsversammlung. Da wollte man uns mit der Flurbereinigung ziemlich überfahren. Wir haben uns gleich dagegen gewehrt, weil wir in den Nachbargemeinden gesehen haben, wie weit der Unsinn hier getrieben wurde: viel zu tiefe Gräben, zuviele Wallhecken wurden entfernt, und wo wirklich etwas gemacht werden mußte, geschah nichts. Es blieben noch sehr viele Ecken, die unerfaßt sind, weil für die Folgekosten einfach kein Geld mehr vorhanden war. Aus dem Grunde sind wir ganz konsequent gegen die Flurbereinigung angegangen und hatten auch von Anfang an die Mehrheit der Beteiligten hier.

FL: Was bringt die Flurbereinigung für die Bauern, was soll sie kosten?

K.: Die Kosten werden wir überhaupt nicht gewahr. Wir haben nur den Vergleich mit den Nachbargemeinden und wissen, was die vorläufig bezahlen müssen. Die Bauern in Ostbevern bezahlen zum Beispiel 50 DM/ha vorläufige Kosten im Jahr. In Ladbergen, wo sich die Sache schon über zehn Jahre in die Länge zieht, bezahlen sie 30 DM /ha und wissen noch nicht genau, wie lange sie bezahlen müssen. Unter 25 Jahren bestimmt nicht. Man hat uns gesagt, mit 30 DM/ha kämen wir hier aus. Wenn man aber sieht, daß vor zehn Jahren schon 30 DM/ha bezahlt wurden und die Nachbargemeinden schon 50 DM/ha bezahlen mußten, können wir diesen Preis einfach nicht glauben. Bis jetzt mußte man diese Beträge ca. 25 bis 30 Jahre lang bezahlen. Das heißt aber nichts. In Ladbergen hatte man erst 25 Jahre festgelegt und jetzt, kurz vor Fertigstellung der Flurbereinigung, festgestellt, daß man mit dem Geld nicht auskam und die Frist dann auf unbestimmte Zeit verlängert.

Insgesamt soll die ganze Sache bei uns ca. 21 Millionen DM kosten, aber die Erfahrung hat gezeigt, daß es wahrscheinlich teurer wird. Durch unseren Widerstand gingen sie auf 17 Millionen DM runter, aber sie können uns nichts Hieb- und Stichfestes geben.

FL: Sie müssen doch auch noch Land abgeben?

K.: Ja! Man hat uns in der ersten Versammlung gesagt, 4 Prozent unseres Bodens müßten wir abgeben, und jetzt ist man runtergegangen auf 3 Prozent. Nach dem Gesetz können sie aber bis auf 8 Prozent gehen.

FL: Nachdem die Bauern schon durch die Landabgaben und Flurbereinigungskosten zur Kasse gebeten worden sind, werden sie auch noch in der Bemessungsgrenze anders eingestuft?

K.: Im Einheitswert steigen dann alle Betriebe. Das wird nicht sofort gemacht, sondern kommt erst mit den Jahren.

FL: Es waren doch nicht alle gegen die Flurbereinigung, sondern es gab doch auch einige, die sich etwas durch die Flurbereinigung versprochen hatten.

K.: Scheinbar sind es aber nur solche, die entweder nicht allein mit ihrem Betrieb fertig werden oder woanders noch einen Hof liegen hatten, den sie dann zusammengelegt haben wollten. Aber daß man wegen zehn Betrieben die ganze Gemeinde auf den Kopf stellen will und die anderen dafür bezahlen sollen, sehen wir nicht ein. Die Ortslandwirte haben die Flurbereinigung mit beantragt. Sie haben das zwar nie richtig zugegeben, aber der DBV-Präsident Heeremann hat einigen Kameraden von mir gesagt, als er auf die Flurbereinigung angesprochen wurde: was wir überhaupt wollten, unsere Vertreter seien doch pausenlos bei ihm gewesen und hätten gefragt, wann die Flurbereinigung endlich käme. Das sind unsere Ortslandwirte! Wir haben daraufhin unsere Vertreter, die Ortslandwirte, bei der nächsten Wahl abgewählt und haben neue Vorstände und neue Ortslandwirte gewählt. In beiden Vereinen, in Lienen und Kattenvenne, die zusammengehören.

FL: Wie hat sich der Boden- und Wasserverband zur Flurbereinigung verhalten?

K.: In diesem Boden- und Wasserverband ist unser Gemeindedirektor Karrenbrock der erste Vorsitzende. Als alle Instanzen ihre Zustimmung zur Flurbereinigung geben mußten, gab er sie auch, ohne vorher eine Versammlung abzuhalten. Als wir ihn daraufhin ansprachen, sagte er, er hätte keine Zustimmung gegeben. Wir haben uns das Protokoll vom Landesamt kommen lassen. Da stand wörtlich, daß der Gemeindedirektor Zustimmung gegeben hatte...

FL: Wie hat das Landesamt versucht, die Bauern klein zu kriegen? Sie hatten doch bei der Behörde auch Termine.

K.: Wir Widerspruchsführer (auf dem Landratsamt nennt man uns eine gutorganisierte Truppe), die ausnahmslos Landwirte sind, haben uns zusammengeschlossen, um uns mal richtig zu informieren, was im Gesetzbuch steht. Zwei Termine auf dem Landesamt ergaben nichts. Wir haben stundenlang dort gesessen und auf unsere Fragen keine präzisen Antworten bekommen. Wir haben auf dem Landesamt das Gutachten auseinandergepflückt, das sie selber erstellen ließen, jeden einzelnen Punkt. All das, so sagten die Herren plötzlich, sei für die Flurbereinigung nicht wichtig, obwohl es in ihrem Gutachten stand. Wir haben dann gefragt, was denn wirklich wichtig sei für die Flurbereinigung. Die Antwort lautete: das allgemeine Interesse! Aber was ist das allgemeine Interesse? Die Betroffenen hier in Kattenvenne haben aber kein Interesse an der Flurbereinigung. Das „allgemeine Interesse“ liegt nur noch bei den Behörden. Dann mußte der Straßenbau als Begründung für die Flurbereinigung herhalten. Die B 475 sollte ausgebaut werden. Dazu wurden auch Verkehrszählungen durchgeführt; aber nur zu einer Seite des Ortes und hauptsächlich während des Berufsverkehrs. So konnte der Durchgangsverkehr nicht festgestellt werden. Durch Straßenbau kann man natürlich auch dort Verkehr hinbekommen, wo noch keiner ist. Das hat man anscheinend auch geplant.

FL: Sie haben auch inzwischen erfahren, welche internen Anweisungen es beim Landesamt für Agrarordnung in Münster gibt, um mit dem Widerstand der Bauern fertig zu werden.

K.: Wir bekamen eine Examensarbeit über die Flurbereinigung in Ladbergen in die Hände, die aus den Unterlagen aus dem Landesamt erstellt war. Heft Nr. 35 der Schriftenreihe für Flurbereinigung sagte aus: **„Wer neue betriebswirtschaftliche Ziele setzen und sie durch andere verwirklicht und zum Erfolg geführt sehen will, muß gläubige Bauern vorfinden oder sie gewissermaßen durch seelsorgerische Betreuung zum Glauben und entsprechenden Handeln bringen.“** Solche und ähnliche Tips gab es eine Menge.

FL: Man hat doch jetzt gemerkt, daß diese Bewegung hier in Kattenvenne nicht alleine steht, daß sich überall was regt und daß viele nur darauf warten, daß sich etwas organisiert.

K.: Wir sind hier aus der Gemeinde herausgegangen und haben uns durch andere Zeitungen an die Öffentlichkeit gewandt. Dadurch haben wir sehr viele Zuschriften bekommen, auch von anderen Gemeinden. Wir haben uns auch schon mit ihnen zusammengesetzt und werden es in Kürze wieder tun, um uns dann auf Landesebene gegen Flurbereinigungsmaßnahmen zu wehren. Als nächsten Schritt wollen wir eine Bürgerinitiative auf Landesebene gründen. Und dann werden wir weitergehen.

FL: Herr Kruse, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

(Weitere Informationen dazu kann man bei Ewald Kottkamp, 4543 Lienen-Kattenvenne 22 bekommen.)

Der alte Bauer

Sie sitzen zusammen, drei zornige Seelen —
der alte Bauer beginnt zu erzählen.

Er rollt Tabak in das Blättchen, steckt an.
„Nein, damals hab ich nicht mitgetan.

— Damals war ein November kalt;
der Zug kam von der Front, hatte Aufenthalt.

Soldaten hielten Gewehre vor,
rissen die Rangzeichen ab von Kadett und Major.

— Das war ein Singen auf der Station;
in Deutschland war Novemberrevolution!

Ich saß im Waggon. Da kam einer an:
‚He! Was hältst du dich abseits, Mann!

Nimm dein Gewehr und komm mit raus!
Du siehst mir doch auch wie ein Arbeiter aus!

. . . Ach, Bauer bist du! — Na, dann pack doch mit an!
Jetzt gehts an die Junker, an die Geldsäcke ran!

Jetzt machen wir unsern Oktober, Kamerad!
Unsern Sowjet-, unsern Arbeiter- und Bauernstaat!

Komm, Bauer, schlag ein!‘ — Und reichte die Hand.
Aber ich hab mich abgewandt.

Ich hab an den Acker daheim gedacht.
Damals hab ich nicht mitgemacht.

Und ich hab mein Land daheim bebaut,
hab erst der Republik, dann den Braunen vertraut.

Die Republik, die hat Bankrott gemacht;
die Braunen haben den Weltkrieg entfacht.

Der Krieg verwühlte mein Ackerstück,
mein Sohn kam aus dem Krieg nicht zurück.

Nach dem Krieg gings mühsam von vorn.
Ich klaubte die Steine aus, pflanzte Korn.

Ich hörte im Radio Politik.
Sie machten jetzt einen Staat, der hieß Bundesrepublik.

Und sie rückten die Stühle, rissen auf ihre Rachen.
Ich hörte sie wieder Versprechungen machen.

Und ich nahm Kredit. Doch die hilfreiche Hand
ließ nicht mehr los. Nahm mir schließlich mein Land.

Die Zinsen haben die Felder erstickt.
Die Schulden haben den Hof erdrückt.

Und das ich bebaut hab all die Jahre, das Land,
das nahm die Bank in ihre Hand,

und hat mich vertrieben;
nichts ist mir geblieben!

Mein Schweiß machte nur die Geldsäcke fett!
Ja, wenn ich damals nur mitgemacht hätt!

Damals! Ich denk an das Singen, das Schrein;
den Soldat auf dem Bahnsteig, sein ‚Bauer, schlag ein!‘

Heut schlüg ich ein, frisch und entschlossen!
Da geb ich die Hand drauf — euch, wir ihr dasitzt, Genossen!“

— Sie sitzen zusammen. Der Bauer spricht.
Die Augen leuchten in seinem Gesicht.

„Ich bin zwar alt. Doch will ich nicht ruhn.
Was ich noch tun kann, will ich tun.

Denn seht: Dem Bauern bleibt keine Wahl
als mit dem Arbeiter gegen das Kapital!“

„Es ist schade um jeden Blutstropfen, der noch für diese Lumpen vergossen wird.“ So stand es in einem Brief, den in den letzten Oktobertagen des Kriegsjahres 1918 ein Matrose der kaiserlichen Marine an seinen Vater richtete. Keinen Blutstropfen mehr — das drückte die Stimmung aus, die damals in Heer und Marine herrschte. Keinen Blutstropfen mehr für die kaiserlichen Generäle, für die Junker und Schlotbarone, die vier Jahre lang, in immer neuen Wellen Arbeiter und Bauern in die Schützengräben gehetzt hatten.

Die Kieler Matrosen gaben das Signal

1918 — Novemberrevolution

Längst waren in jenen Oktobertagen die Zeiten vorbei, da die Generalität mit schrillen Siegesmeldungen die Hirne umnebeln konnte. Die Front im Westen war zusammengebrochen. Britische, französische und amerikanische Panzerverbände stießen nach Deutschland vor. Selbst die obersten Heerführer, die Generäle Ludendorff und Hindenburg, die tagtäglich Tausende auf den Schlachtfeldern Ostfrankreichs in den Tod geschickt hatten, selbst sie schrien jetzt nach einem Friedensvertrag.

Das letzte Kriegsjahr — 1918 — hatte sich mit einem gewaltigen Donnerschlag angekündigt. Eine Million Arbeiter in den Munitionsfabriken von Berlin, in den Zechen von Dortmund, auf den Werften der Küstenstädte, in den Krupp-Betrieben von Essen und München hatten sich in den Januartagen zu einem mächtigen politischen Massenstreik gegen die Militärdiktatur erhoben. Die Lage war unerträglich geworden für die Werktätigen. In den Rüstungsbetrieben wurde das Letzte aus ihnen herausgeschunden, während die Kanonenkönige den Lohn immer weiter senkten. Die Versorgung wurde von Monat zu Monat schlechter, selbst das Brot war gestreckt mit Kartoffelmehl und anderen Ersatzstoffen. Die Arbeiterfamilien hungerten.

Auf der anderen Seite zeigten die kapitalistischen Kriegsgewinnler immer unverschämter den Reichtum vor, den sie sich auf Kosten der Werktätigen zusammengerafft hatten. Auch im Feld traten die tiefen Klassengegensätze des kaiserlichen Deutschlands krasser denn je hervor. Während die Offiziere in der Etappe praßten, an allen möglichen dunklen Schiebergeschäften beteiligt waren, verbluteten die Soldaten auf den Schlachtfeldern an der Somme. Immer häufiger kam es zu Meutereien, zu Desertationen, zu Angriffen auf die Offiziere und zur Verbrüderung mit den ausländischen Klassenbrüdern, die auf der anderen Seite des Grabens lagen. Und immer mehr Soldaten gingen auf die revolutionären Positionen der Spartakusgruppe über, die dazu aufrief, den Feind im eigenen Land zu bekämpfen, mit der Reaktion „russisch zu reden“, die Gewehre umzudrehen und mit der Ausbeuterordnung der Kapitalisten und Junker ein für alle Mal Schluß zu machen.

So war die Situation in den Oktobertagen des Jahres 1918, als das Oberkommando der Flotte den Befehl zum Auslaufen aus den Nord- und Ostseehäfen gab. Der Krieg war schon verloren. Die kaiserliche Militärmaschine stand kurz vor dem Untergang. Trotzdem kam der Befehl, die ganze Flotte in eine letzte Schlacht gegen die weit überlegenen britischen Verbände zu werfen, um bei dem Geschacher um einen imperialistischen Frieden noch ein Faustpfand zu haben, um das Herannahen der Revolution noch einmal hinauszuschieben. Die Matrosen wußten, was dieser Befehl für sie bedeuten würde: den Tod. Der Befehl wurde verweigert. Keinen Blutstropfen wollten sie mehr geben!

Noch einmal schlug die Militärdiktatur zu. Tausend Matrosen wurden verhaftet, sollten vor Standgerichte geschleppt werden. Das war der letzte Anstoß, der Funke, der genügte, um alles, was sich in vier Jahren an kalter Wut und tiefem Haß in den Matrosen angesammelt hatte, zum Ausbruch zu bringen. Am 3. November versammelten sie sich gemeinsam mit Tausenden von Arbeitern zu einer mächtigen Protestkundgebung auf dem Kieler Exerzierplatz. „Gebt die Gefangenen frei!“, forderten sie. Ein Demonstrationszug bildete sich, zog in die Stadt. Soldaten aus den Kieler Kasernen schlossen sich an. An der Ecke Brunswiker Straße/Karlsstraße stellten sich Offiziere dem Aufmarsch entgegen und eröffneten das Feuer. Aber die Demonstranten waren nicht ohne ihre Waffen gekommen. Das Feuer wurde erwidert — und der Widerstand der Offiziere gebrochen.

Für die Matrosen gab es jetzt kein Zurück mehr. Sie bildeten einen Soldatenrat, der 40.000 Bewaffnete hin-



ter sich hatte. Die Oberste Heeresleitung warf Bataillone des IX. Armeekorps nach Kiel, um den Aufstand niederzuschlagen. Aber die Soldaten ließen sich von den Kielern entwaffnen und verbrüderten sich mit ihnen. Schon hier, in den ersten Tagen der revolutionären Erhebung, zeigte sich, daß die kaiserlichen Generäle und die kaiserliche Regierung in Berlin kaum noch über „zuverlässige“ Truppen verfügten.

Die Proletarier und Matrosen Kiels bildeten einen Arbeiter- und Soldatenrat, der die Macht in der Stadt übernahm. Die Tatsache, daß hier —wie dann auch später in anderen Städten Deutschlands — die revolutionären Massen nach dem russischen Vorbild zur Schaffung eigener Machtorgane, zur Schaffung von Räten übergingen, zeigt, wie tief und nachhaltig das Beispiel des russischen Oktobers gewirkt hatte. Es zeigte sich sehr bald aber auch noch etwas anderes: Die große Mehrheit der revolutionären Arbeiter und der aus dem Krieg zurückströmenden Soldaten wollten den Weg der Oktoberrevolution gehen, wollten die Monarchie beseitigen und eine sozialistische Republik schaffen. Aber im Gegensatz zu den russischen Klassenbrüdern fehlte ihnen die zielklare revolutionäre Führung, fehlte ihnen eine im Kampf gestählte und erfahrene Partei leninschen Typs, wie es die bolschewistische Partei in Rußland war.

So konnte die herrschende Klasse, der es in den Novembertagen nicht gelang, die Kieler Erhebung militärisch niederzuwerfen, die Unerfahrenheit und die mangelnde Klarheit, die bei den Arbeitern und Soldaten über das sozialistische Ziel herrschte, dazu ausnutzen, auf eine andere Weise den Schlag gegen das revolutionäre Machtorgan in Kiel zu führen. Als Beauftragter der Berliner Regierung reiste der Sozialdemokrat Gustav Noske in die Ostseestadt. Seine Mission: auf jede nur erdenkliche Weise den Aufstand ersticken. Noske löste dieses Problem auf seine Weise. Er setzte sich einfach an die Spitze des Arbeiter- und Soldatenrates und machte sich, ohne dabei auf nennenswerten Widerstand zu stoßen, zum Gouverneur von Kiel. Jetzt war er der offizielle Sprecher der revolutionären Massen, verhandelte in ihrem Namen mit den Militärbehörden. Tatsächlich jedoch schloß er einen Pakt mit den Admirälen und Offizieren und begann heimlich damit, reaktionäre Offiziersverbände aufzustellen (Freikorps), die dann später den entscheidenden militärischen Schlag gegen die revolutionäre Bewegung führen sollten.

Ein Sozialdemokrat als Quartiermacher der Konterrevolution! An dieser Stelle muß etwas gesagt werden zu der Rolle der SPD — einst revolutionäre Partei August Bebels und Wilhelm Liebknechts — in den Oktobertagen: Schon bei Beginn des Krieges hatten die Führer dieser Partei alles über Bord geworfen, was nur irgendwie revolutionär war. Sie hatten im Reichstag für die Kriegskredite gestimmt, hatten in all den Jahren des Völkermordens im Chor mit den nationalistischen Schreiern eine geifernde Kriegspropaganda betrieben und die deutschen Arbeiter zur „Verteidigung ihres Vaterlandes“, sprich zur Eroberung der von den Monopolherren ins Auge gefaßten Kriegsbeute, aufgerufen. So waren sie vollständig auf die Positionen des Imperialismus herabgesunken, waren Agenten der herrschenden Klasse in der Arbeiterbewegung geworden, die mit einigen sozialistischen Phrasen ihre Verbrechen bemäntelten und den Arbeitern gegenüber als deren Führer und Interessenvertreter auftraten.

Und in den Oktobertagen, als sich der revolutionäre Sturm drohend ankündigte, als die Fronten auseinanderbrachen und die Niederlage der deutschen Imperialisten in ihrem Raubkrieg unabwendbar geworden war, da standen die SPD-Führer bereit, in die kaiserliche Regierung einzutreten, um für die Herren zu retten, was noch zu retten war. Ebert: „Wer die Dinge in Rußland erlebt hat, der kann im Interesse des Proletariats nicht wünschen, daß eine solche Entwicklung bei uns eintritt. Wir müssen uns im Gegenteil in die Bresche werfen. Wir müssen sehen, ob wir genug Einfluß bekommen, unsere Forderungen durchzusetzen und, wenn es uns möglich ist, sie mit der Rettung des Landes zu verbinden, dann ist es unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit, dies zu tun.“

Sie hatten sich in die Bresche geworfen, um jeden Widerstand gegen den Raubkrieg zu ersticken. Jetzt warfen sie sich in die Bresche, um das Herannahen der Revolution zu verhindern. Und das alles „im Interesse des Proletariats“! Aber die Ebert und Scheidemann hatten diesen konterrevolutionären Kurs nicht ohne Widerstand in der Partei durchdrücken können. Schon 1917 hatte ein großer Teil der revolutionären Sozialdemokraten die Partei verlassen und sich zur „Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei“ (USP) zusammengeschlossen. Die Führung dieser Partei jedoch nahm eine schwankende Haltung ein, und je weiter sich die revolutionären Stürme entwickelten, desto enger scharten sie sich wieder um die Ebert und Scheidemann zusammen. Der entschiedenste und revolutionärste Teil der USP war die Spartakusgruppe. In ihr vereinten sich unter der Führung von Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Leo Jogiches, Franz Mehring und Clara Zetkin die wahrhaften proletarischen Revolutionäre, die entschlossen für den Sieg der sozialistischen Revolution und die Errichtung der proletarischen Diktatur kämpften.

Aber der Einfluß der Spartakisten auf die Arbeiterklasse war in den Oktobertagen im Vergleich zu dem der SPD-Reaktionäre und der USP-Opportunisten noch gering. Zudem bestanden in ihren eigenen Reihen noch Unklarheiten, vor allem über die Notwendigkeit der Schaffung einer Partei vom leninschen Typ. In einem Brief an die Bolschewiki schrieb Franz Mehring selbstkritisch: „Nur in einem haben wir uns getäuscht: nämlich als wir uns nach der Gründung der Unabhängigen Partei — selbstverständlich unter Wahrung unseres selbständigen Standpunkts — ihr organisatorisch anschlossen, in der Hoffnung, sie vorwärtstreiben zu können. Diese Hoffnung haben wir aufgeben müssen.“

Unter diesen Umständen entwikkelte sich die Novemberrevolution in Deutschland. Sie war in ihrem Verlauf und in der Ausprägung, die sie in den einzelnen Städten und Regionen annahm, von der Stärke des Einflusses geprägt, den die drei Organisationen jeweils auf die Arbeiterklasse hatten. Von Kiel aus wurde der revolutionäre Funke weitergetragen in die Städte der Ost- und Norseeküste. Am 5. November wurde in Hamburg der Generalstreik beschlossen. Noch in der Nacht besetzten bewaffnete revolutionäre Einheiten den Hafen. Am nächsten Tag versammelten sich 70.000 Werktätige auf dem Heiligengeistfeld. Von hier aus setzten sich die Marschkolonnen in Bewegung, um im Hamburger Gebiet die Kasernen zu öffnen, die Offiziere zu entwaffnen und sich mit den Soldaten zu verbrüdern. Auch in Hamburg wurde ein Arbeiter- und Soldatenrat gebildet, der allerdings — im Gegensatz zu Kiel — unter revolutionärer Führung stand. Er erließ einen Aufruf zur Wachsamkeit an die Hamburger Arbeiter, in dem es zum Schluß hieß: „Es ist der Anfang der deutschen Revolution, der Weltrevolution! Glückauf zur gewaltigsten Tat der Weltgeschichte! Es lebe der Sozialismus! Es lebe die deutsche Arbeiterrepublik! Es lebe der Weltbolschewismus!“

Revolutionäre Hamburger Arbeiter besetzten Redaktion und Verlag des sozialdemokratischen Kriegshetzerblattes „Hamburger Echo“. Am 8. November erschien dort statt dessen die erste Nummer der „Roten Fahne“. Aber es war nicht die erste Zeitung in Deutschland, die diesen ruhmreichen Namen trug. Schon drei Tage zuvor hatte der Arbeiter- und Soldatenrat in Stuttgart für die schwäbischen Werktätigen die „Rote Fahne“ herausgegeben. Am 9. September wurde in Stuttgart die Monarchie gestürzt. Zur gleichen Zeit hatten sich auch in München die Werktätigen zu riesigen Massendemonstrationen erhoben. Sie bildeten einen Arbeiter- und Soldatenrat, der Bayern zur Republik erklärte.

Wie ein Lauffeuer hatte sich die Revolution über Deutschland verbreitet. Am 8. November bildeten sich außer in den erwähnten Orten auch in folgenden Großstädten Räte: Oldenburg, Hannover, Braunschweig, Köln, Düsseldorf, Duisburg, Krefeld, Bielefeld, Magdeburg, Halle, Dresden, Leipzig, Frankfurt/a.M. In einigen Städten hatten die illegalen Kampfgruppen der Spartakisten das Signal zum Aufstand gegeben. In anderen Orten waren es Trupps von revolutionären Matrosen gewesen, die jetzt von der Küste in ihre Heimatorte zurückkehrten. Fast überall war es dabei zu bewaffneten Auseinandersetzungen gekommen. Aber im allgemeinen war der Widerstand der Reaktion relativ schwach. Nach wie vor machte sich das Fehlen von „ergebenen“ Truppen für die Generäle bemerkbar.

Und was ihnen geblieben war an Einheiten, auf die sie rechnen konnten, das wurde nach Berlin geworfen. Noch hatten sich die Berliner Arbeiter — fünf Tage nach dem Aufstand in Kiel — der revolutionären Erhebung nicht angeschlossen. Aber die Herren im Oberkommando wußten genauso gut wie die revolutionären Arbeiter und Matrosen, daß hier die Entscheidung fallen würde.

(In der nächsten Ausgabe wird der RM über die revolutionäre Erhebung Berlins und den Ausgang der Novemberkämpfe berichten.)

Die in den ersten Novembertagen gebildeten Arbeiter- und Soldatenräte hatten, je nach der Stärke der in ihnen vertretenen Strömungen der Arbeiterbewegung, revolutionäre oder reformistische Programme. Im folgenden einige der Forderungen des Stuttgarter Arbeiter- und Soldatenrats vom 4. November, die auf dem Programm des Spartakusbundes basieren.

1. Sofortiger Waffenstillstand und Abschluß des Friedens durch den Arbeiter- und Soldatenrat.

2. Abdanken aller Dynastien, einschließlich Wilhelms II. von Württemberg.

3. Auflösung des Landtags und des Reichstags. Die Regierungen übernehmen sofort zu wählende Delegierte der Arbeiter, Soldaten, Kleinbauern und der Landarbeiter.

4. Sofortige und vollständige Aufhebung des Belagerungszustandes; Aufhebung jeder Zensur, volle Pressefreiheit; Aufhebung des Hilfsdienstgesetzes.

5. Sofortige Freilassung aller politisch Inhaftierten und aller Militärgefangenen ohne Ausnahme in Württemberg und im Reich.

6. Banken und Industrien sind zugunsten des Proletariats zu enteignen.

7. Annulierung der Kriegsanleihen von 1.000 Mark aufwärts.

8. Siebenstündige Arbeitszeit; Festsetzung von Mindestlöhnen durch die Arbeiterausschüsse. Gleiche Löhne für männliche und weibliche Arbeiter.

Helden des Volkes

Fiete Peter



Als in den Oktobertagen des Jahres 1918 der revolutionäre Sturm losbricht, gilt der erste Gedanke der bewaffneten Arbeiter und Matrosen den von der Militärdiktatur eingekerkerten Genossen. Noch vor den Kasernen werden die Gefängnisse gestürmt. So ist es auch in Hamburg am 6. November.

Unter mächtigen Kolbenschlägen erzwingen sich die Aufständischen den Zugang zum Gefängnis, das mitten in der Stadt liegt. Vier Matrosen, die Mauser-Pistolen in der Hand, und sechs bewaffnete Arbeiter bahnen sich den Weg zu den Zellen. Aus einem der kalten und feuchten Löcher kommt ihnen eine ausgemergelte Gestalt entgegen. Es ist Friedrich Peter, genannt Fiete, ein junger Hamburger Metallarbeiter. Er ist einer der revolutionären Sozialdemokraten, von denen Lenin während des Krieges sagte, sie hätten „wirklich die Ehre des deutschen Sozialismus und des deutschen Proletariats gerettet."

Während die Führer der SPD zur „Vaterlandsverteidigung" aufriefen, hatte Fiete mit anderen revolutionären Genossen in den Hamburger Betrieben und Kasernen antimilitaristische Propaganda gemacht. Als er zum Kriegsdienst gepreßt wurde, desertierte er und setzte als Illegaler in Hamburg seine Tätigkeit fort. Er wurde jedoch entdeckt und vors Kriegsgericht geschleppt. In einem seiner Briefe schrieb er darüber: „Nach Aussagen eines gewissen Kern soll ich in einer Versammlung aufgereizt haben und überhaupt als Agitator und ‚großer Redner' bekannt sein. Na, kurz und gut, ich wanderte in Staatspension. Hier traf ich jeden Morgen beim Spazierengehen auf dem Hofe mit Heini Sehlmann, Karl Plättner und verschiedenen anderen zusammen. Aus dem Fenster sah ich unsere tapfere Gertrud Gräser. Wir sahen uns lächelnd an."

Am 6. November wurde Fiete zusammen mit vielen seiner Genossen befreit. Trotz seines schlechten körperlichen Zustands schloß er sich sofort der bewaffneten Demonstration an, deren Ziel nun nach dem Gefängnis die Kasernen waren. Fiete ruhte nicht eher, als bis er eines der wenigen Gewehre in den Händen hielt. Auf diesen Tag, auf diesen Augenblick hatte er in langen Kerkermonaten gewartet. Jetzt würde es den verhaßten Herren endgültig an den Kragen gehen. Der Arbeiter Richard Gyptner, Teilnehmer der Revolution in Hamburg, berichtet:

„Der Zug bewegte sich durch die Stadt, alles auf seinem Wege mitreißend, Offiziere entwaffnend und immer mehr Mitkämpfer sammelnd. Und während von der Seite des Hamburger Hafens her die nach Zehntausenden zählenden Arbeiter aufmarschierten, erreichte der Zug die Bundesstraße, in der die Kaserne der ‚76er' lag. Die Wagenkolonne fuhr, gefolgt von den Demonstranten, am Tor der Kaserne vor. Die Soldaten wurden zur Übergabe der Kaserne, zum Anschluß an die Revolution aufgefordert. Plötzlich wurden die Rufe vom Getack eines Maschinengewehrs zerrissen — vom Portal der Kaserne aus beschossen reaktionäre Offiziere die Wagen.

Fiete Peter stürzte, von Kugeln durchbohrt, vom Wagen. Sein Tod war wie ein unwiderstehliches Signal zum Sturm auf die Kaserne, die dann in wenigen Minuten in die Hand der Revolutionäre fiel." Zwei Offiziere waren noch vor dem Sturm von ihren eigenen Mannschaften erschossen worden. Ob der Mörder Fiete Peters einer von ihnen war, ist nicht bekannt.



Funker HEIN BRIGGS

Erzählung von Ludwig Turek

Es war im Herbst 1918. In der Kaserne Wilhelmshaven-Rüstringen saß Kapitänleutnant von Waldersee hinter seinem Schreibtisch und kratzte sich den kurzgeschnittenen Spitzbart. Vor ihm stand der Matrose Hein Briggs, groß, mit blauen Augen, drahtig und muskulös zugleich. Die am Hals offene Uniformjacke ließ einen dicken Pelz blonder Brusthaare sichtbar werden. Briggs war Funker, kam aus Kiel und sollte der Mannschaft vom Torpedoboot des von Waldersee zugeteilt werden. Das Boot war auf einer Patrouillenfahrt gegen die Engländer schwer zugerichtet worden, hatte große Verluste erlitten und wurde zur Zeit auf der Werft repariert.

Briggs gefiel dem Kapitänleutnant, wenn auch nur außerbords sozusagen, denn da waren noch des Funkers scharfblickende Augen, und in diesen Augen steckte das, was von Waldersee nicht leiden konnte: zuviel Denkvermögen. Ein unbewegliches Gesicht hatte dieser Briggs, schwer war es, darin zu lesen. Man mußte den Kerl auf eine Probe stellen. Von Waldersee nahm die vor ihm liegenden Papiere Briggs' in die Hand und warf sie lässig, mit Verachtung in der Bewegung, zurück auf den Schreibtisch. Dann sagte er streng und bissig:

„Wir hier in W-haven halten nicht viel von Leuten, die aus Kiel kommen! Sie gehen auf Stube 85! Verstanden!?"

„Auf Stube 85 gehen! Jawohl, Herr Kapitänleutnant!"

Von Waldersee wußte nicht, was er daraus machen sollte. Der Hieb mit den unzuverlässigen Leuten aus Kiel hatte nicht gesessen. Mit zusammengekniffenen Augen verfolgte von Waldersee den Abgang Briggs'. Entweder war das ein ganz Schlauer, oder es gab tatsächlich auch in Kiel noch „alte" Leute, die von Disziplin und vorschriftsmäßigem Umgang mit Vorgesetzten etwas hielten.

Hein Briggs' unbewegliches Gesicht klarte erst auf, als er seinen Seesack in Stube 85 stehen hatte. Es gab eine Überraschung. Karli Pund war ihm mit ausgestreckten Armen entgegengekommen: „Mensch, Hein! Wo kümmst du denn her?" Beinahe hätte ihn Hein Briggs nicht wiedererkannt. Eine große, noch rote Narbe ging Karli über Wange und Nase und zog einen Strich durch das energische Gesicht des alten Kumpels. Briggs freute sich, daß er gleich einen guten Freund im neuen Quartier getroffen hatte. Gern hätte er einiges gewußt, über Verpflegung, Aussichten auf den Dienst und sonstige Bedingungen rings um die neue Koje. Karli aber ließ ihn nicht zu Wort kommen: „Wat macht Fiedje, hast du Scharnfield gesehen oder Piepenmul, oder andere Leute von der ‚Lützow'. Was war los bei euch im Sommer? Weißt du schon, daß Arbs, Klingbeil und die anderen in Köln auf Festung sind?" Hein Briggs legte den Finger an den Mund und zischte leise durch die Zähne. Karli aber winkte ab: „Nich nötig hier, Hein! Alles alte Fahrensleute, kein grüner Hering dabei. Hier gibt's nur eins: Wie können wir uns vor dem nächsten Auslaufen drücken! Kein Mensch will noch absaufen kurz vor Schluß. Übrigens haben wir noch reichlich die Schnauze voll vom letzten Mal."

Auf Briggs' Gesicht aber zeichneten sich plötzlich schwere Sorgen ab: „Komm, Karli, hol die anderen ran. Ich bring euch eine verdammt schlechte Nachricht mit aus Kiel! Sie müssen es alle wissen!"

Die 16 Mann der Stube 85 kamen neugierig herbei.

„Wir haben rausgekriegt, daß sie mit uns ein tolles Ding drehen wollen, und alle Anzeichen deuten auch darauf hin. Sie stellen die ganze Flotte zu einem letzten Einsatz bereit. Alle Einheiten, alle Boote, alle Kreuzer und natürlich erst recht die dicken Eimer, alles soll gegen die englische Küste geworfen werden, alles, auf Biegen und Brechen!"

In den von der Kriegssuppe mageren Gesichtern stand Bestürzung. Karli Pund war der erste, der die Sprache wiederfand: „Glaub ich! Glaub ich ohne weiteres! Sie sind doch fertig! Sie wissen doch nichts mehr!"

Ein älterer Matrose mit schwarzem Hängeschnurrbart betrat die Stube. Der Kreis der Versammelten schien ihn nicht sonderlich zu wundern. Er begann sofort in seinem harten oberschlesischen Dialekt: „Wißt ihr schon das Neueste, Leute?" Alle Blicke gingen nun zu ihm. „Ich hab doch die leeren Sauerstoffflaschen von der Werft geholt. Jesus Maria! Das ist ja überhaupt nicht zu glauben. Ich hab nämlich gar keine vollen Flaschen mehr gekriegt!"

Jemand rief aus dem Kreis: „Is ja fein, Josef. Denn wird der Schlitten wenigstens nicht zur rechten Zeit fertig, und wir bleiben noch an Land!"

Da aber hob der Schnauzbärtige mit hochgezogenen Augenbrauen warnend den Zeigefinger: „Ja, Scheiße! Noch viel früher wird er fertig. Sie kloppen alles schnell mit Nieten zusammen, und wißt ihr, was die Nietenklopper gesagt haben? Mit dem Sarg möchten sie nicht bis Helgoland fahren! Ja, ja, das haben sie gesagt! — Und dann haben sie noch gesagt, in Spandau auf den Munitionsfabriken wird gestreikt."

Bis lange nach Mitternacht wollte auf Stube 85 keine Ruhe werden. Immer wieder kamen Leute und erkundigten sich, wollten wissen, ob das Ungeheuerliche wahr sei.

Auch der nächste Tag war von großer Unruhe getragen. Karli Pund hatte in Erfahrung gebracht, daß schon übermorgen alle Mann an Bord sollten.

Er hatte recht behalten, und auch Josef hatte nichts Falsches berichtet. Kaum an Bord sah man sofort: Das Torpedoboot war nur notdürftig repariert worden, so manche schwere Schramme vom letzten Gefecht, deren Reparatur nicht unbedingt lebenswichtig war, hatte man unbeachtet gelassen. Mit Spannung wartete die Mannschaft auf den Moment, wo die Maschinen anlaufen sollten. Als die bekannte Erschütterung des Schiffes schon bei „Halbe Kraft voraus" alles gewohnte Maß weit überschritt, wußte man Bescheid. Verdammte Hunde! Kapitänleutnant von Waldersee stand etwas bleich auf der Brücke und beobachtete wie ein Tierbändiger mit zugekniffenen Augen seine Mannschaft. Da war schon was los. Die Leute machten kein Hehl aus ihrer Stimmung. Sie hatten natürlich recht: Mächtig wacklig war die Wanne.

Gegen Abend, in Höhe der Eidermündung, bei stürmischer See, sichtete man vor der untergehenden Sonne dicke Rauchfahnen. Die Mannschaft geriet in Aufregung. Karli Pund schlich zur Funkerkabine. Bevor er etwas sagen konnte, packte ihn Hein Briggs recht derb mit beiden Händen an der Schulter. Sein Gesicht glühte: „Mensch, Karli, gut, daß du kommst! Ein Telegramm ist durch, ein tolles Ding. Das hast du noch nicht gesehen!"

Für Pund war die Einleitung zu lang: „Los, sag schon, wat ist?"

Briggs nahm ein Blatt Papier und las: „Matrosen und Maate der II. Division, laßt euch nicht mehr für diesen schändlichen Krieg mißbrauchen. Wir aus Kiel haben auf unseren Schiffen die rote Fahne gehißt. Alle nahmhaften Einheiten sind in unserer Hand!"

Karli Pund starrte stumm und wie gelähmt auf das Stückchen Papier, so, als wäre es nicht möglich, daß von diesem kleinen weißen Fetzen eine solche Nachricht kommen könnte. Plötzlich aber war er wieder der Alte. Mit eisernem Griff drückte er Hein Briggs auf den Schemel runter: „Was jetzt machen, Hein?"

Der Funker hatte sofort den richtigen Entschluß: „Du verständigst die Mannschaft, zuerst die Zuverlässigen. Ich gebe für einige Minuten den Spruch weiter. Der Alte und seine Bande müssen die letzten sein, die es erfahren, hörst du? Jetzt ist es drei Uhr siebenundvierzig. Punkt vier gehen wir mit der Pistole in der Hand auf die Brücke und übernehmen das Kommando. Sag allen, sie sollen nicht gleich Kobolz schießen vor Freude. Der Krieg ist aus, Karli, und wir leben. Hurra, wir leben, Karli! Aber vorher müssen wir auf die Brücke, die Brücke, verstehst du, die Brücke muß in unsere Hände kommen."

Als ob von Waldersee und seine Offiziere schon etwas gerochen hätten. Mit großen Gläsern stierten sie auf die fernen Rauchschwaden. Vielleicht war da eine Bewegung drin, die ihnen verdächtig vorkam. Schließlich konnten sie von oben mehr sehen. Der Kapitänleutnant ging hinunter zur Funkerkabine. Für eine Sekunde war Briggs überrascht. Der Alte kam sonst nie selbst hierher. Mit einem schnellen Griff holte der Funker das Telegramm vom Tisch und zerknüllte es. „Was verstecken Sie da?" fragte die betont strenge Stimme von Waldersees.

Heins Augen sprühten einen unheimlichen Haß aus, und das machte sicherlich die Lüge von einem Liebesbrief unglaubwürdig.

„Geben Sie das Telegramm her!" donnerte ihn der Goldbetreßte an.

Als ihm der Kapitänleutnant das Papier aus der Hand reißen wollte, wußte Hein Briggs, was er zu tun hatte. Mit unheimlicher Kraft stieß er dem Angreifer die rechte Faust in den Magen. Es war genau vier Minuten vor vier. Aber nur Sekunden dauerte der Schock bei von Waldersee, der nun Anstalten machte, seinen Revolver zu ziehen. Selbstverständlich würde der Kapitänleutnant ihn wie einen räudigen Hund über den Haufen knallen, das wußte Briggs, und so umklammerte er seinen Widersacher so fest, daß dieser die Arme nicht mehr bewegen konnte. Der Sekundenzeiger der Uhr hatte wieder eine halbe Minute hinter sich gebracht. Von Waldersee wehrte sich verzweifelt gegen den eisernen Griff des Funkers. Hin und her taumelten die Männer in der kleinen Kabine, der Offizier begann nun mit brüllender Stimme zu rufen: „Leutnant Paulsen! Leutnant Paulsen! Hallo, die Brücke! Ich rufe die Brücke!" Briggs konnte ihn nicht daran hindern. Die Tür der Kabine stand offen. Wer hier vorbeikam, mußte dieses Rufen hören, trotz der donnernden, groben See und dem Heulen des Sturmes. Briggs' Arme klammerten sich noch fester um Waldersees Körper. Noch drei Minuten waren es bis vier Uhr.

Briggs wiederholte sich selbst: „Haben auf unseren Schiffen die rote Fahne gehißt, alle Einheiten in unserer Hand." Und in seiner Hand war jetzt dieser Kapitänleutnant. Wie besessen schrie der nach Hilfe und machte wütende Anstrengungen freizukommen. Briggs sah dicht vor seinen Augen die silbernen Schulterstücke blinken. Die Uhr zeigte drei Uhr achtundfünfzig. Noch zwei Minuten, verdammt, noch zwei endlose Minuten bis vier. Dann würde Karli mit den Leuten ... auf der Brücke ... Doch bis dahin konnte noch jemand kommen, konnte ihm, Hein Briggs, eine Kugel durch den Kopf jagen. Einen Triumph aber sollte es noch geben bis dahin. In wilder Wut riß Hein seinem Gefangenen die Achselstücke mit den Zähnen von der Schulter.

Mit der Stimme eines tödlich verwundeten Stiers brüllte jetzt von Waldersee. Noch eine halbe Minute. Briggs erblaßte. Wie ein Gespenst erschien ein Kopf in der Tür. Leutnant Paulsen glotzte fassungslos auf die kämpfenden Männer. Briggs versetzte ihm einen Tritt, und er flog wieder hinaus.

„Schießen Sie doch, Leutnant Paulsen, schießen Sie diesen Hund über den Haufen. Ich befehle es Ihnen!" Die Stimme überschlug sich: „Ich befehle es Ihnen, schießen Sie!"

Paulsen öffnete mit zappliger Hand seine Revolvertasche. Schon war das kalte Eisen sichtbar. Briggs ließ jetzt ab von dem Kapitänleutnant und stürzte sich blitzschnell auf Paulsen. Mit einem furchtbaren Hieb auf das Kinn legte er den neuen Angreifer um. Dumpf schlug dessen Hinterkopf auf die eisernen Planken, der Revolver entglitt ihm. Briggs kam aber um den Bruchteil einer Sekunde zu spät. Von Waldersee hatte den Revolver bereits in der Hand. Mit teuflischer Fratze und fast aus den Höhlen gequollenen Augen legte er auf den in die Kabine zurückweichenden Funker an. Als ihm die Faust Karli Punds die Hand nach oben schlug, knallte der Schuß in die Decke. Es war genau vier Uhr siebzehn Sekunden. Unter dieser Zeitmarke trug Pund auch später folgende Aufzeichnung in das Logbuch ein: „Haben die Offiziere, mit Ausnahme von Leutnant Röder, gefangengesetzt und nehmen Kurs auf Cuxhaven. Am Signalmast weht die rote Fahne!"

Brecht-Kolloquium in Frankfurt

„Keine Zukunft für den armen B.B."?

In einer Szene seines Stückes „Turandot oder der Kongreß der Weißwäscher" hat Brecht treffend das Wesen von Intellektuellen, die den Herrschenden dienen, dargestellt. Die Szene zeigt einen Lehrer, der einen werdenden Intellektuellen im Fach Demagogie unterrichtet. Er stellt ihm



dabei die Aufgabe, nach Kräften gegen die herannahende Revolution zu hetzen, die Revolutionäre zu beschimpfen und zu verunglimpfen. Vor dem Schüler hängt ein Brotkorb, den der Lehrer an einer Schnur auf und nieder ziehen kann; und je giftiger der Schüler hetzt, desto näher schwebt der Brotkorb an seinen Mund heran ...

Ende September hat in Frankfurt ein Kolloquium über die heutige Bedeutung Bert Brechts stattgefunden. Die Teilnehmer waren in der Hauptsache maßgebliche Literatur- und Theaterwissenschaftler, anerkannte Regisseure und Schriftsteller; Leute, die ihren festen Platz an der Sonne des offiziellen Kulturbetriebs — auch in materieller Hinsicht — behaupten; Leute, denen also der Brotkorb recht bequem vor den Mund gehängt ist. Entsprechend traten sie auch in ihrer Mehrzahl auf der Frankfurter Tagung auf: sie überboten sich gegenseitig in Angriffen auf den revolutionären Dichter Brecht. Fast schien es, als müßten sie sich den Weg nach oben noch einmal verdienen, als wären sie wieder im Stande des besagten Schülers und müßten sich durch eine besondere demagogische Kraftleistung den Brotkorb noch einmal zu ihren Mündern herunterreden.

Das Frankfurter Kolloquium — kein „Kongreß der Weißwäscher", sondern ein „Kongreß der Dreckschleudern" — hatte Brecht „ins Abschußvisier" genommen, wie es hieß. Die Redner sahen „keine Zukunft für den armen B. B." mehr, sie proklamierten den „zweiten Tod des Klassikers".

„Brecht gibt uns keinen Raum für eine divergierende Meinung'', klagte der Regisseur Flimm, und sein Kollege Wendt schloß sich ihm an: „Ich finde keine menschliche Weite in seinen [Brechts] Figuren." Als dritter Regisseur schließlich mäkelte ein Herr Rudolf: „Die Wirklichkeit ist komplizierter, als es die Brechtstücke ausdrücken." Der Schriftsteller Tankret Dorst bekannte, daß er sich schon vor zehn Jahren von Brecht „freigemacht" habe; Brecht interessiere ihn heute nicht mehr. Ein anderer Schriftsteller, Helmut Lange, vermißte bei Brecht „die Tränen, das Erschrecken, die ganze Breite der Gefühlsmäßigkeiten". Brecht habe „zu fröhlich an den wissenschaftlichen Sozialismus geglaubt".

Ungeschminkt wurde Brecht von Frankfurts Oberbürgermeister Wallmann angegriffen, der die Eröffnungsrede hielt. „Starrheit des marxistischen Denkens" warf er Brecht vor. Brecht hätte die „Wirklichkeit auf die marxistische Theorie" verengt, „alle menschlichen Konflikte auf die Besitzfrage" reduziert. Er hätte — so Wallmann — „den Begriff der Menschheit über den des Menschen gestellt".

Es ist das Thema des proletarischen Klassenkampfes, das den Herrschaften an Brecht so mißfällt. Sie fühlen sich von seiner Anklage gegen Ausbeutung und Unterdrückung, gegen Faschismus und Krieg getroffen. Es erfüllt sie mit Sorge, daß Brechts Werk von den Werktätigen noch immer als Warnung und Kampfaufruf verstanden wird, daß es die Menschen anspricht und aufrüttelt. Und wenn ein Herr Wallmann darüber lamentiert, daß Brecht „die Menschheit" zu hoch stelle, so ist das nur verständlich. Wallmann und seinesgleichen wird man diesen Vorwurf nicht machen können; was sie betrifft, so sehen sie nicht über den von den Belangen ihres Geldbeutels gesteckten Horizont hinaus.

In der Bundesrepublik nehmen die Angriffe auf Brecht langsam den Charakter einer Kampagne an. In vielen Formen, versteckt und offen, wird versucht, Brechts Werk und Andenken herabzumindern, zu beschmutzen und zu unterdrücken. Das Frankfurter Kolloquium war nur ein weiterer Schritt in dieser Richtung. Jedoch ist heute schon klar, daß die Bemühungen letztlich keinen Erfolg haben werden. Das Interesse der werktätigen Menschen an Brecht wächst. Sie schätzen und benutzen das Werk dieses revolutionären Dichters, der mit seiner Kunst für die Freiheit und die Interessen der ausgebeuteten Menschen Stellung bezogen hat und der den Brotkorb, mit der ihn die Ausbeuterklasse zu ködern versucht hatte, verächtlich zurückgewiesen hat.



Diese Karikatur fand sich in der Augustausgabe der albanischen Illustrierten „Ylli". Was aber hat der Zeichner wohl damit gemeint? Er wird doch — um Himmels willen! — nicht auf die toten Päpste angespielt haben! Das wäre ja Blasphemie!

50 Jahre Bund proletarisch-revolutionärer Schriftsteller

Am 19. Oktober 1928 wurde in einem Versammlungsraum Berliner Arbeiter der „Bund proletarisch-revolutionärer Schriftsteller" (BPRS) gegründet. Der BPRS war die erste sozialistische deutsche Schriftstellerorganisation. Er bestand bis 1935. Sein Organ war die Zeitschrift „Linkskurve". Der BPRS entstand aus einem Zusammenschluß von literarisch tätigen Arbeitern — oft aus der Arbeiterkorrespondentenbewegung kommend — und sozialistischen Schriftstellern wie Johannes R. Becher, Ludwig Renn, Anna Seghers, F. C. Weiskopf, Egon Erwin Kisch und anderen. Die Gründer sahen es als ihre Aufgabe an, „die Ansätze der proletarisch-revolutionären Literatur in Deutschland bewußt weiterzuentwickeln, ihr die führende Stellung innerhalb der Arbeiterbewegung zu verschaffen und sie zur Waffe des Proletariats innerhalb der Gesamtliteratur zu machen" (Aktionsprogramm).

Der BPRS, dessen Mitglieder zu einem großen Teil Arbeiter waren, leistete einen großen Beitrag zur fortschrittlichen und revolutionären deutschen Nationalkultur. Unter seinem Einfluß entwickelten sich schreibende Arbeiter wie Karl Grünberg, Willi Bredel, Hans Lorbeer, Hans Marchwitza, Kurt Kläber und Ludwig Turek zu überzeugenden proletarischen Schriftstellern. Der BPRS trug in zahlreichen Beiträgen zur Klärung und Weiterentwicklung von Fragen der marxistisch-leninistischen Literaturtheorie bei. Nach Überwindung anfänglicher sektiererischer Fehler gelang er auch zu einer richtigen, differenzierten Einschätzung der bürgerlichen Literatur. Das war der Beginn einer systematischen Zusammenarbeit mit antifaschistischen bürgerlichen Geistesschaffenden (Heinrich Mann, Kurt Tucholsky) als Vorstufe einer späteren Kampfgemeinschaft gegen den deutschen Faschismus.

Nach der Machtergreifung der Nazis, die ihn mit blutigen Repressalien verfolgte, seine Mitglieder verhaftete, zur Emigration zwang oder gar ermordete, setzte der BPRS seine Tätigkeit illegal fort.



„Ein blindes Huhn findet auch mal ein Korn." — Die Wahrheit dieses alten Sprichworts wurde kürzlich von der Nummer 43 der SPD-Zeitung „Vorwärts" bestätigt. Auf ihrer letzten Seite brachte die Zeitung der Regierungspartei des Bonner Berufsverbote- und Schnüffelstaates nämlich obenstehende Karikatur.

Die Organisatoren der 30. Frankfurter Buchmesse sprachen vor der Presse von neuen Rekorden: 4.731 Verlage aus 78 Ländern; 282.000 Buchtitel, davon 85.000 Neuerscheinungen. Zahlen; die für eine Blüte des kulturellen Lebens zu sprechen scheinen. Der Zustand der westdeutschen Literatur drückt sich allerdings nicht in diesen Rekordzahlen aus, nicht in den Verkaufsgesprächen an den Verlagskojen, dem Rummel in den Messehallen. Er zeigt sich in den Diskussionen über Zensur, in der Tatsache, daß die „Autoren-Edition" nun nicht mehr im Bertelsmann-Verlag erscheint, er scheint durch in dem distanzierenden Nachwort des Goldmann-Verlages innerhalb eines Lyrikbandes, man sei nicht mit allen Gedichten einverstanden, aber man drucke sie doch, um den Anschein von Zensur zu vermeiden . . .

Frankfurter Buchmesse

Proteste gegen Zensur und Nazi-Literatur

Zensur und politische Gleichschaltung in den Massenmedien, am Beispiel des NDR, war deshalb auch Thema einer Podiumsdiskussion, an der neben Bernt Engelmann und Klaus Staeck auch Fernsehjournalisten wie Luc Jochimsen und Ulrich Wickert teilnahmen. Auch wenn die Diskussionsteilnehmer die Kündigung des NDR-Vertrages durch Stoltenberg vor allem als Offensive einer Partei, nämlich der CDU, interpretierten, wo war diese Diskussionsveranstaltung dennoch nützlich, weil hier Fälle von Unterdrückung an die Öffentlichkeit kamen, weil hier Fernsehmacher über den ständigen politischen Druck berichteten, dem sie ausgesetzt sind.

Daß diese kritischen Journalisten und Schriftsteller als ihre Antwort auf die Gleichschaltung der Massenmedien vor allem propagierten, „mehr Mut in den Redaktionsstuben" zu haben, zeigt einerseits eine gewisse Hilflosigkeit gegenüber der zunehmenden politischen Unterdrückung, andererseits aber auch, daß immer mehr Redakteure, Journalisten und Schriftsteller sich aus der resignativen Erstarrung zu befreien beginnen, die sich vor allem seit dem Herbst 1977 breitgemacht hat, als das BKA das Fernsehprogramm machte und die „Sympathisanten"hetze kritische Stimmen zum Schweigen brachte.

Protest äußerten ebenfalls zahlreiche Schriftsteller, Buchhändler und Verleger gegen die zunehmende Verbreitung neonazistischer Literatur und die Anwesenheit neofaschistischer Verlage auf der Buchmesse. Mehr als 10.000 antifaschistische Menschen hatten dem Börsenverein, der die Buchmesse organisiert, eine Protestresolution vorgelegt, in der es ein Skandal genannt wird, „daß auch in diesem Jahr wieder ausgesprochene Nazi-Verlage wie der Munin-Verlag (Osnabrück), der Druffel-Verlag (Leoni) und der Schütt-Verlag (Preußisch-Oldendorf) anwesend sind und ihre aggressive, das Nazi-System und den verbrecherischen Nazi-Krieg verherrlichende, antisemitische und demokratiefeindliche Literatur anbieten können. Diese Nazi-Propaganda ist keine politische Randerscheinung in unserem Land, sondern ein Bestandteil einer systematisch organisierten Kampagne zur Rehabilitierung des Nazi-Regimes."

Der „Verband der Schriftsteller" legte eine Dokumentation vor, in der nicht nur der faschistische Charakter des Verlagsprogrammes der genannten Verlage entlarvt, sondern auch die nazistische Vergangenheit ihrer Verleger ans Tageslicht geholt wurde. So wurde der Druffel-Verlag, in dessen Messekoje solche Machwerke wie „Adolf Hitlers drei Testamente" zu sehen waren, von Helmut Sündermann gegründet, zuletzt stellvertretender Pressechef der Nazi-Regierung. Der Leiter des Schütz-Verlages, Waldemar Schütz, war SS-Hauptsturmbannführer; er ist heute Verleger der NPD-Zeitung „Deutsche Nachrichten". Der Inhaber des Hohenstaufen-Verlages, Gerhard Schumann, war Kulturabteilungsleiter der Gauleitung Württemberg der NSDAP; er gehörte dem „Präsidialamt der Reichsschrifttumskammer" an.

Alle diese Nazis konnten ungehindert ihre faschistische Hetze auf der Buchmesse verbreiten. Börsenvereinsvorsteher Rolf Keller antwortete auf die Proteste, „ob ihnen alles gefällt oder nicht, eine Zensur soll es auf der Buchmesse nicht geben". 1978 ist es 45 Jahre her, daß die Nazis Bücher verbrannten, demokratische und revolutionäre Schriftsteller verhafteten oder ins Exil trieben und damit deutlich demonstrierten, daß sie ein erbarmungsloser Feind jeder demokratischen und fortschrittlichen Literatur und Kultur sind. „Toleranz" gegenüber der faschistischen Hetzpropaganda heißt also Toleranz gegenüber den Feinden des Volkes und eines demokratischen Kulturlebens zu üben.

Die Mehrzahl der Messebesucher, der Schriftsteller und kleinen Verleger wird sich mit dieser Entscheidung des Börsenvereins nicht abgeben. Das lebhafte Interesse, das Messebesucher an den Ständen des Verlages „Neue Zeit", des Verlages „Roter Morgen" und auch an anderen Ständen mit fortschrittlicher Literatur zeigten, oder das sie bei der Vorstellung des Buches „Notizen aus dem Gefängnis" von Manuel Blanco Chivite ausdrückten, demonstriert deutlich, daß die kulturinteressierten Menschen auf der Buchmesse keineswegs reaktionäre und faschistische Sumpfblüten wünschen, sondern nach einer Literatur suchen, die sich mit den gesellschaftlichen Fragen und der Wirklichkeit in diesem Land auseinandersetzt.



Der Bremer Genosse, der uns die Karikatur zusandte, schrieb dazu: „Gestern habe ich im Fernsehen einen Bericht über den Besuch des EG-Kommissars Haferkamp in China gesehen. Die ekelhafte Art, in der die Interessen des chinesischen Volkes dem Imperialismus geopfert werden sollen, hat mich zu der Zeichnung angeregt. Der EG-Kerl hat sich in einem Interview geradezu daran geweidet, wie unbegrenzt die Profite sein werden, die aus dem chinesischen Volk dank Huas Hilfe herauszupressen sind. Dazu wurden Bilder gezeigt, wie dieser Widerling chinesischen Kindern auf den Köpfen rumtatschte, während im Hintergrund servile chinesische Begleiter Beifall klatschten. Hoffentlich wird sich das chinesische Volk diese neuen Ausbeuter bald vom Hals schaffen."

Courbet-Ausstellung in Hamburg

Bis zum 17. Dezember findet in der Hamburger Kunsthalle eine Ausstellung von Werken des Malers Gustave Courbet (1819-1877) statt. Gezeigt werden 90 Gemälde Courbets, kombiniert mit Karikaturen, Photographien und Ölbildern deutscher und französischer Künstler des 19. Jahrhunderts. Bereits im Januar hatte der „Rote Morgen" Leben, Werk und Bedeutung dieses großen realistischen Malers und Mitglieds der Pariser Kommune in einem Artikel behandelt (siehe RM Nr. 1/78, Seite 8).

Nach dem 17. Dezember wird die Courbet-Ausstellung in Frankfurt zu sehen sein.



Hamburger MEK-Leute, die ihrem Hauptberuf nachgehen. Sie haben einen jungen Mann vom Fahrrad gestoßen und „behandeln" ihn auf ihre Weise. . . . und nach Feierabend: Polizisten als Gangster — kein Einzelfall, wie diese Auswahl von Schlagzeilen zeigt.

MEK-Beamter vor Gericht

Terroristenjagd und Zuhälterei

„Sie schlagen mit der Handkante und schießen aus der Hüfte wie James Bond. Im Halfter tragen sie neue großkalibrige Pistolen, und sie trainieren — anders als ihre uniformierten Kollegen, die zur Gefahrenabwehr nur auf die Beine oder Arme eines Rechtsbrechers zielen dürfen — den tödlichen Schuß." — Mit diesen überschwenglichen Worten charakterisierte eine westdeutsche Zeitung 1973 die damals in einigen Bundesländern bereits aufgestellten Mobilen Einsatzkommandos (MEK). Seither haben viele Menschen die Bekanntschaft dieser mittlerweile bundesweit eingeführten Schläger- und Terrortruppen in Zivil gemacht, sind von ihnen bedroht, zusammengeschlagen und verhaftet worden. Einige haben die Begegnung mit einem MEK nicht überlebt. Die MEKs sind — neben den Berufsverboten, neben Stammheim, Verteidigerüberwachung und GSG 9 — zu einem Markenzeichen für das „Modell Deutschland" geworden.

Was sind das für Menschen, die diese MEKs bilden? Welche Psychologie verbirgt sich hinter dem hollywoodreifen Bild eines Supermanns, das uns die oben zitierte Zeitung entwirft?

Einblick in die Pyschologie dieser polizeilichen Supermänner gewährt uns nun eine Gerichtsverhandlung, die gegenwärtig in Bremen stattfindet. Ein 35jähriger Polizeiobermeister, Mitglied eines Mobilen Einsatzkommandos, ist der Zuhälterei angeklagt. Er soll eine Prostituierte ein halbes Jahr lang auf den Strich geschickt und ausgeplündert haben.

Der Dienst dieses Polizeiobermeisters schien überhaupt sehr vielseitig gewesen zu sein: dienstlich lernte er die Prostituierte kennen — und „lieben", wie er angab. Die Liebe aber konzentrierte sich, wie die Gerichtsverhandlung ergab, sehr schnell auf das Geld, das die Frau beibrachte. „Er hat mich immer wieder aufgefordert, mehr Geld heranzuschaffen. Ich sollte auf den Strich in der ...straße gehen, denn das Geld reichte angeblich nicht."

Der MEK-Beamte, der 2.500 Mark netto verdiente, zeichnete sich durch chronischen Geldmangel aus. Das änderte sich jedoch, als er die Prostituierte kennenlernte. Unverzüglich richtete er ein Konto ein. Und er betrieb das Geschäft gewissenhaft. Nach Dienstschluß sei er stets zu ihr nach Hause gekommen, sagte die Prostituierte, habe das eingenommene Geld genau nachgezählt und am nächsten Tag zur Bank gebracht. Auch anderweitige Einkünfte forderte der Beamte ein. Als die Frau einmal 71 Mark im Lotto gewonnen hatte, mußte sie es ihm auf Heller und Pfennig abliefern.

Natürlich streitet der MEK-Beamte die ihm zur Last gelegte Zuhälterei ab. Zu seinem Unglück jedoch existieren Tonbandaufnahmen von Telefongesprächen, aus denen hervorgeht, daß er die Prostituierte zum Geldverdienen antrieb. Schon die Sprache verrät einiges: „Dicke, bring bloß Geld mit, ich bin pleite wie sonst was!" Oder: „Morgen mußt du kräftig arbeiten, was die Kante hält!" Oder: „Freundchen, arbeite zu, mache Hunnis!" — wobei mit „Hunnis" Hundertmarkscheine gemeint waren. Ein besonderes Interesse gewinnen diese Telefonate noch dadurch, daß sie im Herbst 1977 von Köln aus geführt wurden, wo der MEK-Mann im Zuge der Schleyer-Fahndung als Terroristenjäger tätig war. — Wie bequem sich doch die beiden Tätigkeiten verbinden ließen!

Der Ausgang der Gerichtsverhandlung ist noch offen. Ob der MEK-Beamte jedoch verurteilt wird, ist mehr als fraglich. Eine Lokalzeitung machte bereits Andeutungen in dieser Richtung; auch ist zu erwarten, daß der Staat schützend die Hand über den Seinigen hält.

Sollte es jedoch zum Äußersten kommen, sollte der Angeklagte verurteilt werden und damit seine Stelle verlieren, so braucht er nicht zu verzweifeln. Er könnte beispielsweise im nun schon bekannten Zuhältergeschäft größer einsteigen. Und dieser Aufgabe träte er wohl gerüstet gegenüber: seine vom Staat erhaltene Ausbildung zum MEK-Beamten — vom Karateschlag bis zum gezielten Todesschuß — würde ihm einen Vorzugsplatz in der finsteren Branche der Zuhälter sichern.

Als „Terrormädchen" 19 Tage in Haft

Beim Überholen wollte ein Autofahrer auf der Autobahn Oberhausen-Düsseldorf den Terroristen Willy Peter Stoll auf dem Rücksitz eines R 4 erkannt haben. Der offensichtlich von der Terroristenhysterie schwer in Mitleidenschaft gezogene Autofahrer meldete den R 4 der Polizei. Dies wurde nun der 24jährigen Studentin Karin Aalbers, Fahrerin des R 4, zum Verhängnis.

Am 29. September wurde sie verhaftet. Der am 30. September ausgestellte Haftbefehl lautete auf „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung". Alle Gegenbeweise, alle beigebrachten Zeugenaussagen halfen Karin Aalbers nicht. Sie verbrachte nun 19 Tage in den Gefängnissen Stuttgart-Stammheim und Köln-Ossendorf und erfuhr am eigenen Leib, was es heißt, in Sachen Terrorismus verdächtig zu sein: Einzelhaft auf einem Flur ohne Zellennachbarn, kein Kontakt zu anderen Häftlingen, Trennscheibe beim Gespräch mit ihrem Anwalt, kein Hofgang in Stammheim, und in Ossendorf ab und zu ein Spaziergang von 56 Schritten im Kreis — bewacht von Justizbeamten.

Kurz nach der Verhaftung schossen sich auch die einschlägigen Zeitungsblätter auf Karin Aalbers ein und stilisierten sie zur „Terroristen-Braut". Unter der Überschrift „Stolls Chauffeurin gefaßt" berichtete „Bild" von der „Festnahme eines neuen Terrormädchens", das „für deutsche Terroristen Autos mietete" und „als Kurier wichtige Nachrichten brachte". Die in Bielefeld erscheinende „Neue Westfälische" ließ einen „Kenner der Terrorszene" andeuten, daß sich Karin Aalbers zwar „nie in vorderster Front" befunden, aber doch „längere Zeit Kontakt mit dem harten Kern der Terroristen" gehabt habe. — Und diese Hetzkampagne wurde wenige Tage nach einem Gerichtsurteil gestartet, das „Bild" zur Zahlung von 50.000 Mark Schmerzensgeld an die Studentin Poensgen verurteilte. Eleonore Poensgen war im letzten Jahr ebenfalls im Zuge der Terroristenhatz festgenommen und von „Bild" zur „Terroristin" gestempelt worden.

Die gegen Karin Aalbers aufgestellten Beschuldigungen erwiesen sich schließlich als falsch. Was ihr jedoch wieder in die Freiheit verhalf war ein geradezu grotesker Zufall. Als der besagte Autofahrer Willy Peter Stoll in dem R 4 zu erkennen glaubte, befand sich Karin Aalbers zusammen mit einer Freundin und einem Freund auf der Fahrt zum Düsseldorfer Oberlandesgericht, wo ein politischer Prozeß stattfand. In diesem Prozeß wurden die Ausweise der Besucher fotokopiert. Und so bestätigte denn ausgerechnet ein Richter, daß Karin Aalbers am Morgen des 6. September tatsächlich gemeinsam mit ihren beiden Freunden, die nach übereinstimmenden Aussagen im Auto saßen, im Düsseldorfer Gericht angekommen war.

Aber — „die Bundesrepublik ist kein Polizeistaat!", sagte Bundespräsident Scheel vor kurzem in Australien.

Waidmannsheil und Schiff ahoi!



Es gibt Rekorde in allem und jedem, in jeder nur denkbaren Tätigkeit, Verrichtung und Disziplin, und es gibt natürlich auch einen Weltrekord im Bärenschießen. Neuester Inhaber dieses Rekordes ist der Staats- und Parteichef des revisionistischen Rumänien, Nicolae Ceausescu. Er schoß nämlich, wie gemeldet wurde, in den nordöstlichen Karpaten den größten Braunbären, der je in Europa erlegt wurde. Damit überbot er den alten Weltrekord, der übrigens vom Oberhaupt der jugoslawischen Revisionisten, Josip Broz Tito, gehalten worden war, um hundert Punkte, wobei die Größe des Bären und die Qualität seines Fells die entscheidenden Kriterien der Beurteilung waren.

Wie der Jagderfolg im einzelnen zustande gekommen war, blieb in den Nachrichten ungenannt. Es war nicht zu erfahren, wieviele Werktätige zum Beispiel als Treiber eingesetzt waren, ob nicht vielleicht auch einzelne Treiber, wie es auf solch hochherrschaftlichen Jagden durchaus vorkommt, ebenfalls auf der Strecke blieben. — Die Nachrichtenagenturen melden nur, daß der Chef des Internationalen Jägerrates, ein gewisser François Edmond-Blanc, den glücklichen Jäger Ceausescu mit einem goldenen Teller geehrt habe.

Der goldene Teller wiederum mag den Revisionistenchef über einen Verlust hinweggetröstet haben, der ihn erst kürzlich getroffen hatte: den Verlust seiner Privatjacht. Mit dieser nämlich waren Anfang September sieben oder acht Rumänen, Besatzungsmitglieder und Polizisten, über das Schwarze Meer nach Istanbul geflüchtet.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
Roter Morgen
Postfach 30 05 26

4600 Dortmund 30

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch!
ROTER MORGEN
Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. .....

○ für 1 Jahr ○ für 1/2 Jahr ○ Probenummer

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Unterschrift: .... Datum: ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:
○ jährlich **DM 30,00** ○ halbjährlich **DM 15,00** ○ vierteljährlich **DM 7,50**

Die jeweiligen Gebühren werden mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. um 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements).

Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION „ROTER MORGEN", 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 43 36 91 und 43 36 92

5100 **AACHEN**, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35, geöffnet: Di 16.30-18.30, Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4800 **BIELEFELD**, Politische Buchhandlung Spartacus, Sudbrackstr. 31, Tel.: 0521/17 74 04, geöffnet: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4630 **BOCHUM**, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/51 15 37, geöffnet: Mo, Di, Do, Fr 16.00-18.30, Mi 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

6100 **DARMSTADT**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit", Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16.00-18.30, Mi 12.00-13.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4600 **DORTMUND** 30 (Hörde), Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/43 36 91 u. 43 36 92, geöffnet: Mo-Fr 14.00-18.00, Sa 9.00-14.00 Uhr.

4100 **DUISBURG** 11 (Hamborn), Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Bücherstube", Alleestraße 49, Tel.: 0203/55 06 23, geöffnet: Mo-fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa 9.00-14.00 Uhr

4300 **ESSEN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Altendorfer Buchhandlung, Helenenstr. 35, Tel.: 0201/62 42 99, geöffnet: Do und Fr 10.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2390 **FLENSBURG** (Duburg), Buchladen „Paul Hoffmann", Burgstr. 5, geöffnet: Mi 16.00-18.30, Sa 10.00-12.00 Uhr. Tel.: 0461/2 96 01

6000 **FRANKFURT**, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78, Tel.: 0611/43 75 95, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040/430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

3000 **HANNOVER**, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511/44 51 62, geöffnet: Di-Fr 17.00-19.00, Sa 9.00-13.00 Uhr.

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Ernst-Thälmann"-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di u. Fr 17.00-19.00 Uhr.

3500 **KASSEL**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Arbeiterbuchladen „Klartext", Mittelgasse 9, Tel.: 0561/1 65 07, geöffnet: Di-Fr 15.30-18.00, Sa 10.00-12.00 Uhr.

2300 **KIEL** 1, Buchladen „Roter Morgen", Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/56 77 02, geöffnet: Mo-Mi u. Fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.00, Do 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

5000 **KÖLN** 91, Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221/85 41 24, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

6700 **LUDWIGSHAFEN** (Friesenheim), Parteibüro der KPD/ML, Ruthenstr. 1, Tel.: 0621/69 71 09, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13.00 Uhr

2400 **LÜBECK**, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451/7 69 39, geöffnet: Di, Do, Fr 16.30-18.30 Uhr.

4400 **MÜNSTER**, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251/6 52 05, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11.00-14.00 Uhr.

2350 **NEUMÜNSTER**, Buchladen „Roter Morgen", Kieler Str. 21, Tel.: 04321/4 64 24, Mo, Mi, Fr 15.30-18.00, Sa 9.00-13.00 Uhr.

8500 **NÜRNBERG**, Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/43 80 43, geöffnet: Mi-Fr 17.00-19.00, Sa 10.00-14.00 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 2, Buchhandlung „Roter Morgen", Frauenhoferstraße 13, geöffnet: Mo—Fr 13.30-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr. **089/2607554**

7000 **STUTTGART** 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 WESTBERLIN 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030/4 65 39 66, geöffnet: Mo-Fr 11.00-18.00, Sa 10.00-14.00 Uhr.